

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Erstausgabe: Juni 1. Jhr. 1898
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 21. März 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Von Rechts wegen.

Einer der wunderbarsten Rechtsprüche, die Deutschland in den letzten Jahren unter den vielen wunderbaren Rechtsprüchen erlebt hat, ist der Rechtspruch des Berliner Schöffengerichts in der sogenannten Diebstahlsangelegenheit Zetsche-Hillert-Tschamert. Diese drei Angeklagten wurden, wie unser Bericht über die Verhandlungen bereits mittheilte, zu je 6, 3 und 1 Monat Gefängniß verurtheilt wegen Diebstahls eines werthlosen Stückes Papiers.

Dass man diese Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufbauen wollte — dafür spricht das ungewöhnliche Vorkommniß, daß die Vertretung der vor das Schöffengericht verwiesenen Anklage der Oberstaatsanwalt Drescher selbst übernahm. Wie sehr man im Publikum unter dem Eindruck steht, daß die bei diesem Falle angewandten Mittel im umgekehrten Verhältnis zum Werthe der Sache stehen, dafür spricht am besten die Thatsache, daß in einer ganzen Reihe bürgerlicher Blätter die Ansicht ausgesprochen wurde, man habe die Angelegenheit deshalb vor das Schöffengericht — und nicht vor das Landgericht — verwiesen, weil man das Kammergericht und nicht das Reichsgericht als letzte Instanz wünsche. In jenen Blättern wurde nämlich ausgesprochen, man sei in zuständigen Kreisen der Ansicht, im Falle einer Revision beim Kammergericht sicherer zu fahren wie beim Reichsgericht.

Der Oberstaatsanwalt Drescher hat zwar die Angaben dieser bürgerlichen Blätter auf das energischste dementirt und wir zweifeln nicht, daß er formell durchaus recht hat. Aber auch das formell begründete Dementi vermag Meinungen und Ansichten, die sich im Volksbewußtsein einmal festgesetzt haben, nicht zu beseitigen, und so stehen wir nicht an, unsere Ansicht dahin auszusprechen, daß der Herr Oberstaatsanwalt für sein Dementi recht wenig Gläubige gefunden hat.

Wie zu erwarten war, suchte in seiner Anklagerede der Oberstaatsanwalt durch den Ausdruck sittlicher Entrüstung über die Handlungsweise der Angeklagten und ihrer Hintermänner, womit er deutlich auf die Redaktion des „Vorwärts“ anspielte, zu erweisen, was ihm an thatsächlichem Anklagematerial abging. Vom Gesichtspunkte der „Moral“ aus donnerte denn auch Herr Drescher im tiefsten Brustton sittlicher Entrüstung gegen die Angeklagten und ihre Hintermänner los, als sei eins der größten Sittlichkeitsverbrechen, deren moralisch verkommene Menschen fähig sind, begangen worden. Und er setzte auch durch, daß, nachdem das Schöffengericht das Delikt des Diebstahls als vorhanden bejaht hatte, der juristische Vorbehalt des Gerichts ein Strafmaß diktirte, das fast dem Antrage des Oberstaatsanwalts entsprach, um so lebhafteres Stöhnen aber bei allen denen hervorgerufen wird, welche die Angelegenheit als Leser der Verhandlung verfolgten.

Neun Monate wegen der Wegnahme eines selbst vom Ankläger als werthlos anerkannten Stück Papiers, das erinnert an die Zeiten, in welchen ein Angeklagter wegen Diebstahls eines wirklichen Werthgegenstandes mit dem Tode bestraft wurde!

Dem Oberstaatsanwalt und gewissen anderen Leuten mag diese Verurtheilung als eine große Genugthuung erscheinen. Das Volk urtheilt anders; es sucht in diesem Rechtspruch nur einen neuen schlagenden Beweis, in welchem unüberbrückbar tiefen Gegensatz sich nach und nach unsere Rechtsprechung zu den allgemeinen Volkseinschätzungen stellt.

Man mag über den Fall der Wegnahme eines bedruckten Stückes Papier, dessen Inhalt so wie so für die Öffentlichkeit bestimmt war, denken wie man will, ein Urtheil, wie es das Schöffengericht in dieser Sache aussprach, klingt an eine Rechtsprechung an, wie sie sonst nur vor politischen Ausnahme-Gerichtshöfen vorzukommen pflegt.

Die Verurtheilten sind wegen „Diebstahls“ hart bestraft, aber das Urtheil des Volkes lautet anders. Niemand wird in den Verurtheilten gemeine Menschen sehen, denen wäre es dem sittlich entrüsteten Oberstaatsanwalt nach gegangen, auch noch die Ehrenrechte hätten aberkannt werden müssen. Welcher Gegensatz in der Auffassung von Recht und Gerecht!

Hier werden drei Männer, die sicher glaubten, keine verbrecherische Handlung zu begehen, als Verbrecher angeklagt und schwer bestraft, obgleich sie selbst von ihrem „Verbrechen“ nicht den geringsten persönlichen Vortheil, und andere nicht den geringsten Nachtheil hatten. Aber wenige Tage zuvor saßen ebenfalls drei Männer auf der Anklagebank vor dem Forum des Reichstags und der ganzen gesitteten Welt, der gemeinsten, schuftigsten und entwürdigendsten Handlungen und Verbrechen angeklagt, die ein Mensch begehen kann, und für sie hat sich kein Staatsanwalt gefunden, der im Namen der Menschlichkeit, der Sittlichkeit und Moral eine Anklage erhob, weil, wie der Herr Justizminister ausführte, die gesetzliche Handhabung fehlte.

Diese drei moralisch Verurtheilten, aber kriminell nicht faßbaren Angeklagten: die Leist, Wehlan und Peters, laufen noch heute als freie Männer erhabenen Hauptes einher und höhnen über diejenigen, die ihre Schandtathen brandmarkten.

Ein wunderbarer Zufall aber will es, daß derselbe Oberstaatsanwalt, der mit Aufwand der höchsten sittlichen Entrüstung die drei unbekanntem Arbeiter wegen Diebstahls eines werthlosen Stückes Papier unter Anklage stellte und ihre schwere Verurtheilung durchsetzte, in dem Falle des Wehlan sich genöthigt gesehen hat

nachzuweisen, daß dieser wegen der von ihm an armen Negern begangenen Schandtathen durch keinen Paragraphen des Strafgesetzbuchs erreicht und zur Verantwortung gezogen werden könne.

Wahrlich ein vernichtenderes Urtheil über unsere öffentlichen Zustände kann nicht gefällt werden, als es durch diese Verurtheilung in dem einen und die Unversolgbarkeit in dem anderen Falle geschieht.

Wir sind überzeugt: Hätte der Oberstaatsanwalt Drescher am Donnerstag die Fälle Leist, Wehlan, Peters vor Augen gehabt, seine auflockernde sittliche Entrüstung gegen die Zetsche, Hillert, Tschamert wäre vermuthlich etwas weniger heftig zum Ausbruch gekommen.

Aber der Zentrumsabgeordnete Gröber hat wieder einmal Recht behalten. Die Sozialdemokratie hat ein „Schweinergläub.“ Die eifrigsten und hervorragendsten Stützen dieses Muster- und Rechtsstaates sind wider Willen gar häufig seine eifrigsten Unterwähler.

Dank Euch Ihr Herren, daß Ihr so eifrig und fleißig unsere Geschäfte besorgt.

Aus juristischen Kreisen geht uns nachfolgende Zuschrift zu: Das vorgelagerte in Sachen der vorzeitigen Veröffentlichung des Gnaden-Erlasses durch den „Vorwärts“ ergangene Urtheil wird nothwendig in allen Kreisen, in welchen man die Fähigkeit, selbständig zu denken, sich erhalten hat, auf höchste Befremden und schwerlich einer beifälligen Aufnahme begegnen. Nach dieser Prozedur hat ein eigenartiges Vorkommiß. Nach der Darstellung des die Anklage vertretenden Oberstaatsanwalts hat die Strafkammer, vor welcher die Verhandlung stattfinden sollte, die Sache an das Schöffengericht verwiesen, indem es als ausschlaggebend den Werth des Stückes Papier ansah, aus welchem jenes ominöse Exemplar bestand; das Schöffengericht dagegen hat den Lausfswerth dieses materiellen Substrates außer Betracht gelassen und den entscheidenden Nachdruck in der Bedeutung des auf dem Papier abgedruckten Textes gefunden.

Wie die Sache auch immer sich zugetragen haben mag, die praktische Folge ist die, daß die endgültige Entscheidung in der Revisions-Instanz von dem Strafsenate des Kammergerichts abgegeben wird — einem Kollegium, in welchem fast durchweg ehemalige Staatsanwälte sitzen, und das eben deshalb Julius Ugerius in einem Aufsatze erregenden Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ für ungeeignet erklärt hat, in Strafsachen als höchste preussische Instanz zu fungieren. Nun freilich besitzen auch die Strafsenate des Reichsgerichts keineswegs eine ausgesprochene Neigung zu gunsten des revidirenden Angeklagten in politisch, allein hier liegt noch ein besonderes Moment vor. Im Band 11 Seite 208 ff. der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen findet sich nämlich ein Urtheil abgedruckt, dessen Gründe sich analog auf den gegenwärtigen Fall sehr wohl anwenden lassen, wenn dies auch der Oberstaatsanwalt mit mehr Applomb als Recht bestritten hat. Dort nämlich hatte jemand eine verschlossene Blechdose mit dem darin befindlichen Gelde gestohlen, später die Dose

85

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

„Das geht doch aber nicht. Was verstehen denn die von der Forstkultur, dann müssen wir hin!“ rief der Oberförster ein. „Es ist jetzt zu Anfang der Jagd, ich fühle mich wieder besser.“

„Na, na!“ rief zweifelnd die Oberförsterin. —

„Du hörst aber doch, daß Theodor gern geliebt wäre, aber nicht kann, reisen wir, laß uns die elterlichen Räume und Fluren wieder aufsuchen, mich sehnt es so schon lange, den Wald wiederzusehen, wo ich in glücklicher Bräutigamszeit Arm in Arm mit Dir die ersten schönen Liebes-Spaziergänge unternahm.“ —

Das Gespräch wurde unterbrochen durch den Hufschlag mehrerer Pferde, welche aller Blicke nach den Fenstern lenkten. Eine Kavalkade mit fünf prächtigen Thieren (drei Reiterinnen und zwei Reiter) hielt vor dem Hause und der eine Reiter ließ sein Pferd courbettiren. Man sah es ihm an, daß er sich als geschickter Bereiter und Pferdehändiger und seinen Race-Vollbluthengst zeigen wollte. Alle eilten ans Fenster.

„Was ist das?“ sprach die Majorin, „ein solcher Aufzug vor unserem Hause?“

Die beiden Reiter schienen etwas hier zu suchen, sie besprachen sich lebhaft. Die drei Reiterinnen hielten abseits mit Mühe ihre weißen Zelter zurück, da die feurigen Hufe ungeduldig vorwärts drängten. Zwei der Reitdamen waren sehr junge hübsche Mädchen, blond mit blauen Schleiern an den hohen Männerhüten, sie trugen weissenblaue Sammt-Reittkleider mit langen Schleiern, sowie weiße Herrenwesten mit Vorhemd, Kragen und Kravatten und blühende Busennadeln. Die dritte Reiterin, eine ebenfalls sehr kokett gekleidete ältere Dame in schwarzem Sammetkleide schien die Mutter der beiden jungen Damen zu sein.

„Sehe ich recht,“ rief Theodor von Müzendorf, die ältere Dame sollte ich kennen. Ja, ja, es ist Frau Delroi!“

„Die Frau meines Vaters?“ fragte der Oberförster. „Sie ist“, erwiderte Müzendorf, „und das sind bestimmt ihre beiden Töchter.“

„Da kommst Du doch von dem Manne keinen Pachtzins erwarten, wenn die Frau mit den Töchtern solchen Sport treiben muß,“ höhnte der Oberförster.

„Es ist mir,“ begann Clotilde an dem Fenster stehend, „als sollte ich den einen der Reiter kennen, er sieht dem Italiener sehr ähnlich, der bei meinem Polterabend den Ganimed vorstellte.“

„Da haben wir’s,“ rief der Major, „dieser junge Mann steigt vom Pferde, er grüßt, er scheint auch Sie erkannt zu haben.“

Der Reiter gab seinem Kameraden die Zügel und schritt auf die Hausthür zu.

Clotilde klopfte das Herz. „Was mag der bei uns wollen?“ warf die Majorin hin und eilte fort an das Thor, um ihre Aengstliche zuerst zu befriedigen. Der berittene Herr benachrichtigte die Reitt Damen, wie es schien, von dem gesundenen Ziel und die drei Reiterinnen trieben ihre Pferde an und sort flogen diese in laufendem Galopp.

Wir folgen ihnen, damit wir sie nicht gänzlich aus den Augen bekommen.

Auf der Fahrstraße nach Baden-Baden zu kam ihnen ein dritter Reiter entgegen, den die drei Damen sehr genau zu kennen schienen, denn sie hielten ihre Pferde so plötzlich an, daß diese sich hoch aufbäumten.

Der Reiter war Herr Delroi. Er begrüßte seine Frau und Töchter sehr erfreut, drehte um und ritt zur rechten Seite seiner Frau hinter seinen Töchtern in lebhaftem Gespräch der Stadt zu.

Er wie seine Frau schienen gute Nachrichten einander mitzutheilen.

Frau Delroi meldete ihrem Mann in fliegender Hast, daß sie froh wäre, dem einsamen Bauerngute rechtzeitig entflohen zu sein, sie habe zwar gewagt, aber glücklich

spelulirt. Das Geld, welches sie dem Verlobten der Lolli vorgestreckt habe, sei wieder in ihren Händen, der Herr von Bechler habe damit einen ersten Preis im Rennen, 10 000 Mark, auch am Totalisator die gleiche Summe gewonnen und denke nun bald Hochzeit zu veranstalten. Er habe ihr und den beiden Schwestern Reittkleider gekauft, Pferde gemietet und sei mit einem seiner Freunde, dem Italiener Pupo Chiorang oft ins Hotel gekommen, um mit ihnen auszureiten. Dies habe großes Aufsehen erregt. Sie schwelge in dem Entzücken, endlich einmal sich nach Gefallen zeigen und auftreten zu können.

Der Aufwand, die Ausgaben sind aber groß, wie lange denkst Du das aushalten zu können?“ fragte Delroi.

„So lange das Geld langt“, erwiderte seine Frau, „und dann wird sich schon wieder eine neue Quelle aufthun. Lolli und Flora, die so gern in kostbaren Gewändern sich zeigen, haben schon eine sehr einträgliche entdeckt. Der junge Italiener, der sterblich in Flora verliebt ist, hat neulich die beiden Mädchen gebeten, bei einer Kunstausstellung, die sein Vater, seine Schwester und er ausführen, mitzuwirken, wofür die Mädchen reich beschenkt würden.“

„Was sind denn das für Kunstproduktionen?“ fragte ihr Mann.

„Es sind eine Art lebender Bilder“, entgegnete Frau Delroi. Der Vater des jungen Italieners ist ein gesuchter Mundloch und Konditor. Reiche Leute engagiren ihn zu großen Festen, und besonders bei Hochzeiten führt er dann mit seinen Kindern interessante Schaustellungen auf, die sehr gut honorirt und mit reichem Beifall belohnt werden. Dabei haben unsere Kinder mitgewirkt und als Schönheiten geglänzt.“

„Nun vielleicht lernen sie bei diesem Koch endlich eine Suppe kochen,“ unterbrach Delroi seine Frau.

(Fortsetzung folgt.)

erbrochen und, nachdem er sie ihres Inhaltes bis auf wenige Pfennige entleert, wegwarf. Es handelte sich nun darum, ob der Angeklagte an dem Gelde oder nur an dem Gelde einen strafbaren Diebstahl begangen habe. Im letzteren Falle lag schwerer Diebstahl vor, verübt mittelst Erbrechens eines Behältnisses, nämlich der Bäckse, im ersteren nur einfacher Diebstahl. Das Reichsgericht stellte sich in jenem am 3. November 1884 verkündeten Urtheile zu gunsten des Angeklagten auf den Standpunkt, die Aneignungsabsicht derselben sei überhaupt nicht auf die Bäckse als solche, sondern ausschließlich auf den Geldinhalt gerichtet gewesen. Was dort die Bäckse war, das ist hier das Papier; dem Gelde in jenem Falle entspricht der Text des Gnadenlasses in dem unsrigen. Das an sich schon völlig wertlose Stück Papier mußte den Angeklagten ganz gleichgültig sein, sie konnten kein vernünftiges Verlangen tragen, dasselbe sich anzueignen; ihr Streben war vielmehr lediglich auf den Text gerichtet, mit welchem jenes Papier bedruckt war. Hätten sie sich die Zeit und Mühe nehmen wollen, den Text abzuschreiben oder auswendig zu lernen, so würden sie das hierzu benutzte Exemplar vermutlich garnicht mit nach Hause genommen haben, zumal es sich — was vorgestern durchaus nicht widerlegt oder als ungläubwürdig erwiesen wurde — um einen sogenannten Fehldruck handelte. So wichtig erschien ihnen aber die Sache nicht, weil sie erst später auf den Gedanken kamen, das Blatt noch weiteren Zwecken, als dem der Befriedigung der eigenen Neugierde dienlich zu machen. Aus diesen rein juristischen Erwägungen schon mußte die Freisprechung erfolgen, und wäre sie in letzter Instanz von Seiten des Reichsgerichts zu erwarten gewesen, wenn anders dieses nicht mit sich selbst in Widerspruch gerathen wollte! Gestern aber zog man weidlich, mit wenig Mühe und viel Behagen gegen die fittliche Verdorbenheit und Verworfenheit unserer Partei zu Felde, sprach von argem Vertrauensbruch in demselben Alibemunde, in welchem festgestellt und anerkannt wurde, daß in der Wittlerschen Druckerlei auch sekrete Schriftstücke nicht mit besonderer Sorgfalt behütet werden; man stellte sogar die öffentliche Ruhe und Sicherheit als gefährdet dar, weil der „Vorwärts“ früher als das offizielle Organ die Kunde von den Gnadenbezeugungen, zu welchen der Kaiser sich entschlossen hatte, der Öffentlichkeit und damit den Betroffenen selbst zur Kenntnis brachte — Argumente und Tiraden, die sich im Prozesse „Hammerstein“ sehr gut machen werden, die man daher hierfür auch aufsparen und nicht hier verschwenden sollte, wo sie ganz und gar deplatziert sind. Das gestern ergangene Urtheil ist als ein Fehlspruch zu bezeichnen, wie solche jetzt leider bei den vielen Anlagen, die sich bei politischen Delikten oder gegen solche, welche mit mißliebigen politischen Anschauungen im Zusammenhang stehen, an der Tagesordnung sind, und wie sie nothgedrungen das an sich schon erschütterte Vertrauen zu unserer Rechtsprechung noch mehr gefährden müssen. Es läßt sich ein innerer Zusammenhang konstatiren zwischen dem gestern in Moabit verkündeten Urtheile und den Worten, welche fast zu derselben Stunde in dem preussischen Abgeordnetenhause der konservative Abgeordnete Schettler sprach: „Das Ansehen des Richtersstandes balancirt heute auf der Messerschwende. Wir Richter sinken heute auf ein Niveau herab, von dem wir uns schwer wieder erheben können.“ Wenn immer und immer wieder von Stellen aus, an die ungestraft ein Widerlegungsversuch sich nicht wenden kann, unsere Anhänger, die sich ihre Ueberzeugung ehrlich gebildet haben, die mannhafte für sie eintreten und schon darum auch des Gegners Anerkennung verdienen — wenn unsere Anhänger stets und ständig als die personifizierte Verworfenheit bezeichnet werden, dann ist es kein Wunder, daß den Richtern, die an sich wohl völlig gerecht urtheilen wollen, gegen einen sozialdemokratischen Angeklagten die hierzu erforderliche Unbefangenheit verloren geht, und wenn im allgemeinen im Volke die Ueberzeugung mehr und mehr erfährt, daß für die Entscheidung über politische Delikte unsere Richter die Fähigkeit, ohne Ansehen der Person zu urtheilen, nicht mehr immun und intakt erhalten haben, sondern sich selbst vielleicht unbewußt, von Anschauungen und Rücksichten beeinflussen lassen, die der Richter in Ausübung seines Amtes völlig aus seinem Ideenkreise verbannen muß.

Politische Ueberfahrt.

Berlin, 20. März.

Im Reichstage tief heute bei der fortgesetzten zweiten Etatslesung der Theil „Hölle und Verbrauchssteuern“ lebhafteste Debatten hervor. Graf Kanitz jammerte über die ungenügenden Getreidezölle und bedauerte, daß seine Gefinnungsgegnossen nun bald nach Hause (unter die gelicten Strohdächer!) zurückkehren müßten, ohne den Wählern etwas mitzubringen. „Ohne für uns selbst Liebesgaben empfangen zu haben“, würde das, aus dem Agrarischen ins Ehrliche Deutsch übersezt, heißen müssen, wäre aber auch dann natürlich noch unwahr. Als der Präsident v. Bülow den Herrn Grafen bei einer längeren „volkswirthschaftlichen“ Auseinandersetzung, die unter Umständen eine mehrtägige Debatte hätte hervorrufen können, unterbrach, tobte die Rechte. Unsere Resolution betreffend die Aufhebung der Salzsteuer beschäftigte das Haus mehrere Stunden lang. Genosse Schulte begründete sie eingehend und sozial- wie finanzpolitisch so überzeugend, daß auch der nationalliberale Hammacher ihm beipflichten mußte. Aber Hammacher sowohl wie der konservative v. Stauden vermühten die erforderliche anderweite Deckung, inwiefern sie weder eine Reichseinkommensteuer noch eine Verminderung der Ausgaben durch Fortfall der Liebesgaben wollen. Ihnen und dem Antifemiten Werner erwiderte schlagfertig und treffend Genosse Wurm. Herr Richter von der Freisinnigen Vereinigung war sehr empört über die Andeutung Wurms, daß er Gegner der Reichseinkommensteuer sei, er zog aber nicht die Konsequenz, mit Rücksicht auf diese leichte Deckung des Ausfalls für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Für denselben erhoben sich außer den Sozialdemokraten nur die beiden Volksparteien, deutsche und freisinnige. Eine gründliche Niederlage holte sich unmittelbar vor der Abstimmung noch der Febr. v. Stumm. Obwohl er jetzt gegen den Antrag ist, machte er viel Ruhmens davon, daß seine die Reichspartei, 1872 die Aufhebung der Salzsteuer praktisch, nicht bloß wie die Sozialdemokraten theoretisch (!), beantragt habe. Abg. Richter wies ihm nach, daß die Reichspartei damals lediglich einen Antrag Hoyerbed auf Ermäßigung der Salzsteuer um 50 pCt. durch ein Manöver, nämlich durch die Verquickung mit einer aussichtslosen Forderung, zu Fall gebracht habe. Herr v. Stumm, der jetzt öfter an den im Reichstage fehlenden Stöcker erinnert, machte vergebens den Versuch, diesen Sachverhalt zu entstellen. Eine antifemistische Anrempelung wurde vom Genossen Singer gebührend bestraft. — Aus den weiteren Beratungen ist das wichtigste die vom Sekretär des Schachamts von Rosadowsky abgegebene Erklärung zum Antrage Lieber, betreffend die Reichs-Schuldentilgung. Die Regierungen halten das Beginnen mit einer Schuldentilgung für nützlich, verlausiren jedoch ihre Stellungnahme und wollen durch das einseitige Zugeständniß im nächsten Etat der

Zukunft nicht präjudiziren. Die Schuldentilgung ist vorläufig nur eine politische Komödie; denn die jetzt im Reich herrschende Politik wird, wenn nicht Wandel geschaffen werde, den zwei Milliarden der Reichsschuld sehr bald eine dritte hinzugefügt haben, die ins — Wasser geworfen werden soll.

Nächste Sitzung morgen 1/11 Uhr. Tagesordnung: Der Etat in zweiter Lesung. —

Das preussische Abgeordnetenhause erledigte am Freitag zunächst eine Reihe kleiner Vorlagen in dritter Lesung, darunter die Aufhebung der im Gebiet der Monarchie bestehenden Taxierungen für Approbirende, Mediziner und Zahnärzte sowie den vom Herrenhause bereits angenommenen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Generalkommission für Ökonomie, in Verbindung mit einem Antrage von Jedlich (H.) auf gesetzliche Festlegung der Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper bei der Rentengutsbildung. Eine längere Debatte rief der Antrag Wallbrecht (H.) betreffend die Einführung von Ortsstatuten zur Sicherstellung der Forderungen für Lieferungen und Arbeiten bei Bauten hervor. Hiernach soll die Genehmigung eines Neu- oder Umbaus von der Zahlungsfähigkeit des Geschäftstellers abhängig gemacht werden; der Bauunternehmer haftet allen Handwerkern, Lieferanten oder Arbeitern; seine Haftung bleibt bei Veräußerung des Grundstücks bestehen. Der Antrag ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern, während eine hiermit in Verbindung stehende Petition, betreffend die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker der Regierung zur Erörterung überwiesen wurde. Schließlich nahm das Haus noch einen Antrag v. Mendel-Steinfels (L.) betr. die Abwässerungsverhältnisse der Stadt Leipzig an, nachdem der Landwirtschaftsminister erklärt hatte, daß die Angelegenheit infolge des entgegenkommenden Verhaltens der sächsischen Regierung voraussichtlich bald erledigt sein werde. — Am Sonnabend stehen Petitionen auf der Tagesordnung. —

Am 21. März feiert der Reichstag das fünfzigjährige Jubiläum seiner ersten Sitzung. Der 21. März ist Frühlingsanfang. Für das deutsche Volk aber war der 21. März 1871, an welchem der erste deutsche Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, kein Frühlingsanfang, sondern der Anfang eines harten und langen Winters, indem alle patriotischen Hoffnungsblüthen erfroren sind. Die Wahlen zu diesem ersten deutschen Reichstag hatten stattgefunden, während die Vorkämpfer des Proletariats in Löben, Leipzig und anderen Orten eingekerkert waren, und der Druck von oben war so groß, daß nur ein Arbeitervertreter gewählt ward. Das war schon ein böses Omen, und die schlimmsten Ahnungen haben sich erfüllt. Nicht das deutsche Volk, nein, das Junkerthum und der Militarismus hatten in Frankreich siegreich und ihnen fielen die Früchte des Sieges zu. Die Freiheit wurde unterdrückt, der Militarismus wuchs ins Riesengroße, der Kapitalismus der Großgrundbesitzer und Großindustriellen sog das Mark des Volkes aus, Millionen wurden geächtet und das einzige, was auf deutschem Boden üppig empornoch, das waren Kanonen, Kasernen, Schaffotte und Zuchthäuser.

Alles gesunde Leben hat aber der Frost des Despotismus nicht zu ertöden vermocht. Der Sozialismus, obgleich man ihn planmäßig und rücksichtslos auszuröten versuchte, hat den Angriffen und feindlichen Einflüssen nicht bloß widerstanden, er ist auch herrlich gediehen und mächtig gewachsen. Er fühlt schon die Lebensluft des nahenden Frühlings und er weiß, das Jubiläum des 18. März, daß er vor drei Tagen feierte, wird die Herzen der Völker noch schlagen machen, wenn das Jubiläum des 21. März längst vergeffen ist. —

Das christlich-soziale Parteiprogramm wird vom Hofprediger Stöcker als Vorstehenden des Gesamtvorstandes der neugebildeten Partei veröffentlicht. Es lautet:

I. An die Staatspolitik. 1. Eine starke Monarchie als Trägerin der sozialen Reform im Reiche wie in den Einzelstaaten. 2. Volle Selbstständigkeit der Kirche. Leitung des Religionsunterrichts durch die Kirche. 3. Konfessionalität der Schule. Mögliche Durchführung einer einheitlichen Volkserziehung in den ersten Schuljahren. Gesetzliche Zulassung freier Schulen unter staatlicher Aufsicht. Ausreichende Staatsbeihilfe zum Besuch höherer Schulen für begabte Kinder der unbemittelten Stände. 4. Gesetzliche Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Schule. Fachliche Schulaufsicht. 5. Einrichtung der Staatsbetriebe zu arbeiterfreundlichen Mutterbetrieben. 6. Verstaatlichung geeigneter Berufszweige und Betriebe da, wo es das Interesse des Gemeinwohls erfordert. 7. Verminderung der Prozess- und Anwaltskosten und dadurch Erleichterung der Prozessführung für die ärmere Bevölkerung. 8. Reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts. II. An die Wirtschafts- und Gewerbepolitik. 1. Staatliche Maßregeln zur Erhaltung eines gefunden und zur Einschränkung eines übergroßen Grundbesitzes. 2. Reform des Hypothekenwesens im ländlichen Grundbesitz. Festsetzung der Verschuldungsgrenze. Ansässigmachung der ländlichen Arbeiter. Innere Kolonisation. Herstellung eines gerechteren Verhältnisses in der Besteuerung der Geschäfte über Mobilien und Immobilien. 3. Obligatorische Fachgenossenschaften beziehungsweise Zünfte, gemäß dem Bedürfnis des Handwerks. Versöhnungsnachweis. Errichtung von Handwerkerkammern. Sicherung der Bauhandwerker in ihren Forderungen. Einschränkung der Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit. 4. Beseitigung des unlauteren Wettbewerbes. 5. Reform der Börse. Einschränkung des Differenzgeschäfts und Verbot desselben in Produkten. III. An die Sozialpolitik. 1. Staatlich anerkannte Berufsvereine als Uebergang zu obligatorischen Genossenschaften. 2. Staatliche Förderung genossenschaftlicher Produktion. 3. Festsetzung der Arbeitszeit nach Fachgenossenschaften. 4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen. 5. Zweckmäßigere und gerechtere Regelung der bestehenden Versicherungsgegenstände und Ergründung von Maßregeln zur Sicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit. 6. Unentgeltlicher Arbeitsnachweis. 7. Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie. 8. Thunlichste Durchführung der 36 stündigen Sonntagsruhe. 9. Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die Angestellten des Verkehrs- und Schantgewerbes. 10. Weibliche Assistenten der Fabrikinspektoren. 11. Staatliche Regelung und Beaufsichtigung der Wohnungsverhältnisse. IV. An die Steuerpolitik. 1. Progression der Einkommen- und Vermögenssteuer unter Berücksichtigung des Familienstandes. 2. Ausbildung der Erbschaftsteuer. 3. Luxussteuern. V. Energetische Kolonialpolitik. VI. In der Judenfrage. 1. Anschluß der Juden aus allen obrigkeitlichen Kreisen. 2. Zulassung der Juden zu den anderen Kammern und zur Advokatur nach dem Bevölkerungsverhältniß. 3. Verhinderung des Ueberwuchers der Juden an den christlichen höheren Knaben- und Mädchenschulen und der jüdischen Lehrkräfte an den Universitäten. 4. Verbot der Juden einwanderung. VII. In der Frauenfrage. 1. Ausdehnung der weiblichen Berufsarten. 2. Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

Diese Sammlung von widerspruchsvollen Forderungen

entspricht durchaus dem, was man sich vom Hofprediger a. D. Stöcker versehen konnte. Politisch und kirchlich reaktionär, will er eine „starke Monarchie“ neben einer starken Kirche, der durch die gesetzliche Neuordnung von Kirche und Schule, offenbar im Sinne des Jedlich'schen Entwurfes, ein maßgebender Einfluß auf den Unterricht eingeräumt werden soll. Dieser konservativ Grundbau ist mit einigen staatssozialistischen und im Interesse sozialer Reformen aufgestellten Forderungen verdrängt, die für die Limburg-Strum und Mantuffel annehmbar sein würden.

Den Antifemiten nähert sich dann der Wunschzettel des Herrn Stöcker mit einigen ebenso unsinnig wie egoherzigen Forderungen, die auch den Wünschen des Herrn Liebermann v. Sonnenberg entsprechen könnten. Daß mit diesem Sammelsurium eine Volksbewegung entfacht werden könnte, wie Herr Stöcker das träumt, möchten wir denn doch erst einmal bewiesen sehen.

Viel praktischer als Stöcker verfährt sein Konkurrent Pfarrer Naumann, dem Stöcker Programmlosigkeit vorgeworfen hatte. Wohl in der Erkenntniß, daß die christlich-soziale Bewegung für ein Programm nicht reif ist, erklärt er:

„Das Eigenthümliche unserer Aufgabe ist, den Uebergang aus den allgemeinen sozialistischen Theorien in die sozialistische Praxis zu unterstufen. Wir wollen nicht einen großen neuen Plan entwerfen, wie alles sein müßte, wenn alles anders wäre, sondern wir wollen praktische Sozialpolitik treiben für dieses und das hinter uns kommende Menschengeschlecht. Ein prinzipielles Programm im Sinne einer kurzen Formel, aus der sich alles übrige von selbst ergibt, besteht für uns nicht. Die Forderungen sind zu formuliren von Fall zu Fall, nach dem Maße der wachsenden wissenschaftlichen Erkenntniß des Wirtschaftslebens. Wir werden immer am Programm arbeiten und werden vielleicht nie mit dem Programm endgiltig fertig werden, weil das Leben selbst nicht still steht.“

So begründet man allerdings auch keine politische Parteibewegung, die die Christlich-Sozialen doch anstreben. —

Pizarro en miniature. Die Versuche des Herrn Dr. Peters, das gegen ihn im Reichstage zusammengebrachte Anlagematerial zu entkräften, werden unbarbarisch zerschnitten, und zwar aus dem Lager seiner eigenen bisherigen Freunde. So schreibt der kolonialfreundliche „Hamburger Korrespondent“:

Giebt es etwas Unverständlicheres als die Erzählung des Einbruchdiebstahls des Peters'schen Dieners in die Offiziersmesse? Angeblich handelte es sich um einen qualifizirten Diebstahl. Gleichwohl verurtheilt Peters, der Diener habe eigentlich zu den beiden Mädchen dringen wollen, die in dem Vorrathsmagazin schliefen. Wollte er etwa die Mädchen stehlen? Nachher berichtet Peters plötzlich von einem der Wittthäterschaft verdächtigen Mädchen, das er zu seinen Eltern entlassen habe. Woher kommt dieses dritte Mädchen, das Peters „ungekroft“ entließ, das also anscheinend ihm gehörte? In welcher Beziehung Peters ferner zu der getödteten Eingeborenen gestanden hat, verschweigt er. Diese Eingeborene kam anfangs November 1891 in Verdacht hochverrätherischer Umtriebe, d. h. kurze Zeit nach der Hinrichtung des Dieners, die Ende Oktober erfolgt war. Ein merkwürdiges Zusammenreffen!

Ferner hat „ein Deutsch-Afrikaner“, der sich im Augenblick in Berlin aufhält, dem „Vorw.“ folgende Mittheilung zugehen lassen: „Dr. Peters schreibt, wie ich in Ihrem Blatte vom 18. März lese, daß er sich „mit seinem Stabe“ nach Wanga begeben habe, wo er mit seinem englischen Kollegen, dem früheren englischen Marine-Lieutenant, nachmaligen englischen Botschaftsrath Smith, vier Wochen hindurch an der Grenzregulirung des Umbaflusses „gearbeitet“ habe. Bei den Akten des englischen Generalkonsulats in Sansibar befindet sich ein Brief des Botschaftsraths Smith, in welchem er schreibt: „Ich bin seit vierzehn Tagen allein mit der Grenzregulirung beschäftigt, da Dr. Peters seit 14 Tagen auf die Jagd gegangen ist. Was die Peters'sche Antwort betreffend der Korrespondenz mit den englischen Missionaren anbelangt, so habe ich zu bemerken, daß Dr. Peters — aus welchen Gründen, das will ich der Beurtheilung des Publikums überlassen — nochmals die ganze Angelegenheit in ein konfuse Stadium zu bringen sucht. Die Station Magila ist hart an der Küste (zwei Tagereisen von der See) gelegen; sie gehört der University Mission Society, welche damals unter Leitung des Bischofs Smythies stand, während die Church Mission Society Stationen in Moshi und Zapeta unter Leitung des Bischofs Tucker standen. Diese beiden Missionare wirken nun Herr Dr. Peters durcheinander. Auf der Station Magila waren sämtliche Deutsche stets in der liebendwürdigsten Weise empfangen worden und unsere Beziehungen zu der Universitätsmission waren stets die denkbar besten gewesen. Herr Dr. Peters hat es sich aber nicht nehmen lassen können, sich auch mit diesen Herren schlecht zu stellen, wie sein von ihm selbst veröffentlichter Brief zeigt. Es wird sich ja herausstellen, ob Dr. Peters die Briefe an die Vertreter des Bischofs Tucker, an die englischen Missionare Dr. Baker und Reverend Stegall geschrieben hat oder nicht — wir Afrikaner sind der Meinung, daß Dr. Peters sie trotz alledem geschrieben hat. Was Herr Baron v. Eich in der „Dina-Zeitung“ veröffentlicht hat, unterschreiben wir Afrikaner sämtlich. Als Dr. Peters als Reichskommissar mit Majoratsbesitzungen, gelben Anstiefeln und Sporen ausgerüstet, in Tanga landete, da soll Herr von Soden, der damalige Gouverneur, sich in die Haare gefahren sein und zu seinen Beamten gesagt haben: „Was lange ich mit dem Peters an?“ Er wollte ihn nicht in Dar-es-Salaam haben und hat ihm auch nicht gestattet, nach Sansibar zu fahren. Er sandte ihn nach dem Küstendicharo. Das Unheil, das er dorten angerichtet, kennt man und sein Wirken hat uns mehrere tüchtige Offiziere, brave, beliebte Kameraden und viele hunderttausende Markt gekostet.“

Frankreich's Stellung zum Dongola-Feldzuge, worüber widerspruchsvolle Mittheilungen aus Paris und London Unklarheit verbreitet haben, ist gestern in der französischen Kammer durch den Minister Bertelot klargestellt worden. Auf eine Anfrage hin erwiderte der Minister des Aeußeren laut einem Telegramm aus Paris:

England habe an Frankreich das Ansuchen gestellt, zu gestatten, daß die Kosten der Expedition auf die Finanzen Egyptens mit Vorrang übernommen werden. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Ermächtigung hierzu die Zustimmung sämtlicher Mächte haben müsse. Die Expedition würde möglicherweise die kriegerische Erhebung der fanatischen Anwohner der Wüsten Frankreichs veranlassen, auch würde die Expedition die unerwünschte Folge haben können, den Termin der Räumung Egyptens hinauszuschieben. Die Regierung ersuche die Kammer, von Erörterungen hierüber abzusehen, denn zwischen den Mächten dauere der Meinungs-austausch noch fort.

Das Telegramm verzeichnet einstimmigen Beifall nach diesen Worten. Die beiden Gründe, die Bertelot gegen die Sudan-Expedition ins Feld führt, die Befahr eines Aufstandes der muhamedanischen Eingeborenen in den französischen Kolonien Afrika's, sowie die Hinausschiebung der Räumung Egyptens sind allerdings für die französischen

Interessen schwermiegend genug, um die Abneigung der Franzosen gegen den englischen Plan zu erklären. —

Leo Frankel ist zwar auf dem Weg zur Genesung, aber so weit ist er noch nicht, wie die „Petite République“ und noch ihr einige deutsche Blätter, gestern auch der „Vorwärts“, mitgeteilt haben. Wir erhalten soeben von unserem Freund einen Brief, den wir nachstehend zum Ausdruck bringen, da er für die Genossen sicher von Interesse sein wird:

Paris, 17. März 1896.
Hospital Cariboisière.

Mein lieber Freund!

Es ist doch gut, wenn man Freunde in einer Redaktion sitzen hat, die einen hier und da besuchen, und wenn man dann im betreffenden Blatte Nachrichten liest, wie die der „Petite République“, die in ihrer gestrigen Nummer sagte, daß ich fast vollständig hergestellt bin und nur noch einige Tage Ruhe bedürfte, um meine Arbeiten wieder aufzunehmen. In Wirklichkeit bin ich noch weit entfernt, meiner früheren Beschäftigung nachgehen zu können, da ich noch jeden Nachmittag fiebere und aus diesem Grunde täglich 0,30 Gramm Chinin einnehme. Außerdem bin ich noch immer so schwach, daß ich mich täglich kaum eine halbe Stunde auf den Beinen aufrecht halten kann und nach Verlauf einer Stunde, von der ich mindestens die Hälfte sitzend verbringe, wieder froh bin, das Bett aufsuchen zu können. Das einzig Erfreuliche ist, daß ich jetzt bei gutem Appetit bin und so volle Hoffnung habe, wenn auch nicht meine früheren Kräfte, so doch mein früheres Körpergewicht bald wieder zu gewinnen. Ich habe während meiner Krankheit, was mir ganz schrecklich erschien, nicht weniger als 13½ Kilo eingebüßt. Als ich nämlich vor 8 Tagen, wo ich von der chirurgischen Abteilung in die medizinische veretzt wurde, gewogen wurde, da hatte ich nicht mehr als 49 Kilo, während ich einige Zeit vor meiner Krankheit 62½ Kilo wog. Diese Differenz wollte mir nicht aus dem Kopfe und immer und immer murmelte ich vor mich hin: 13½ Kilo! 13½ Kilo! Es kam mir dieser Verlust um so schrecklicher vor, als ich kaum mittelgroß bin und nie fett war. Der Professor, unter dessen Behandlung ich mich gegenwärtig befinde, tröstete mich damit, daß ich in 8 Tagen 50 Kilo wiegen werde u. s. f. Ein Kilogramm in einer Woche, das schien mir etwas übertrieben; zu meinem Erstaunen aber hatte ich um 1½ Kilo zugenommen. Nichtsdestoweniger werde ich wohl bis Mitte April — ich habe gegenwärtig ein besonderes Zimmer — hier verbleiben und dann wohl noch mindestens 2 Monate auf dem Lande verbringen. Der Professor meint, daß nach der Krankheit, die ich durchgemacht habe mit den beiden so gefährlichen Operationen, selbst der ganze Sommer nicht zu viel für meine Erholung wäre. — — —

Leo Frankel.

Wir können dem Briefschreiber die Versicherung geben, daß in Deutschland und Oesterreich Millionen ihn bei seiner Genesung mit ihren besten Wünschen begleiten. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein Maurerlehrling aus Buxleben stand vor der Strafkammer des Landgerichts in Gotha wegen Majestätsbeleidigung. Es wurde nach der Beweisaufnahme auf Einstellung des Verfahrens erkannt, da nach Lage der Sache angenommen werden müsse, daß der Angeklagte nicht den deutschen Kaiser, sondern nur den König von Preußen beleidigt habe, also einen deutschen Bundesfürsten. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch tritt aber die Verfolgung wegen Beleidigung eines Bundesfürsten nur mit Ermächtigung des Beleidigten ein, und da diese nicht vorlag, so mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage, betreffend die Beschlüsse des Landesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushaltsbetriebs von Elsaß-Lothringen für 1896/97 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. —

Zur Handwerks-Gesetzgebung weiß die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu berichten:

Die Nachricht der „Liberalen Korrespondenz“, der Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks sei dem Staatsministerium zugegangen, ist verfrüht. Bisher ist, wie wir Grund haben anzunehmen, dieser Gesetzentwurf dem Staatsministerium noch nicht zugegangen. —

Die unzufriedenen Agrarier werden in den offiziellen „Berl. Vol. Nachr.“ wieder einmal zur Zufriedenheit ermahnt. Es wird dort erinnert, daß der Staatsrath vor Jahresfrist zahlreiche kleine Mittel empfahl, welche alle entweder schon ausgeführt wurden oder sich in der Ausführung befinden. Diefelben sind:

1. die gemischten Transitlager nebst ihrem Zollkredit auf solche Läger zu beschränken, welche dem Transitverkehr dienen und nicht für den Inlandverkehr ausgenutzt werden; — ein Bundesrathsbeschluss hat diese Beschränkung ausgesprochen;
2. durchgreifende Reform der Produktpreise beeinflussenden Spiel- und Spekulationsgeschäfte; das Börsengesetz liegt dem Reichstage zur Beschlussfassung vor;
3. Unterstützung der genossenschaftlichen Errichtung von Kornspeichern, um das Angebot der Produzenten zweckmäßiger zu gestalten; — die demnachst zu erwartende Neben- und Kleinbahnvorlage wird dahingehende Bestimmungen enthalten;
4. Ermöglichung einer Aenderung der Kredit- und Anleihenverhältnisse der Mühlen; — ist erfolgt;
5. die Reform der Zucker- und Branntweinsteuer-Gesetzgebung; — das neue Branntweinsteuergesetz hat sich bewährt; das neue Zuckersteuergesetz liegt dem Reichstage vor;
6. die vom Herrn Reichskanzler in Erwägung genommenen Verhandlungen hinsichtlich der Währungsverhältnisse zunächst abzuwarten; — diese Verhandlungen sind zum Abschluss gebracht;
7. zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion Ermäßigung der Eisenbahntarife, Einführung der Staffeltarife für Vieh u. s.; — die Aenderungen im Eisenbahntarifen sind durchgeführt;
8. Begründung leistungsfähiger Landgemeinden bei Ausführung der Gesetze über die Bildung von Rentengütern; — die Ausführung dieser Gesetze wird aufs eifrigste gefördert, die Rentengütergesetzgebung durch den Anebenbesetzwurf anzubauen versucht;
9. befristete Verringerung des landwirtschaftlichen Realcredits eine möglichst ausgedehnte Umwandlung kündbarer, nicht amortisierbarer und hoch verzinslicher Privathypotheken in billigen, unkündbaren, mit Zwangsamortisation verbundenen Anstaltskredit; — die Landschaften haben diese Umwandlung in die Hand genommen;
10. die Bildung eines Landes-Kreditinstituts im Anschluß an die Behandlung zur Förderung des Genossenschaftskredits; — die preussische Zentral-Genossenschaftskasse ist schon seit mehreren Monaten in Thätigkeit;
11. Beförderung der Meliorationsarbeiten; — ist im Etat vorgenommen.

Die Agrarier werden sich durch diese Aufzählung der zahlreichen Leistungen in ihrem Interesse nur zur schärferen Betonung ihrer Forderungen veranlaßt sehen. —

Die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland über die Landesgrenze des Regierungsbezirks Gumbinnen ist durch Verfügung des Regierungspräsidenten bis auf weiteres allgemein untersagt.

Die „Kreuz-Zeitung“ theilt jetzt mit, ihr bisheriger provisorischer Leiter Prof. Dr. Kropatschek sei zum 1. April definitiv als ihr Chefredakteur berufen worden. —

Der staatsgefährliche Räbezahl. Alle ordnungsliebenden Seelen wurden kürzlich durch die Nachricht erfreut, die Magdeburger Regierung habe für die Schulen ihres Bezirks das bekannte Freiligrath'sche Gedicht „Räbezahl“, das den Nothstand der schlesischen Weber schildert, verboten. Hierzu wird nun der „Saale-Zeitung“ von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: „Für die Schulbehörde liege keine Veranlassung vor, die Behandlung des Gedichtes zu verbieten, falls es bis dahin in den Schulen gebräuchlich gewesen sei und von dem Lehrer, wie zur Ehre des Lehrstandes angenommen werden müsse, in angemessener Weise erklärt werde. Eine generelle Verfügung, welche die Behandlung des Gedichtes geradezu verbiete, sei den Lehrern im diesseitigen Regierungsbezirk nicht bekannt gegeben.“ Hiernach scheint also die Magdeburger Regierung den Lehrern eine „angemessene Behandlung“ des Freiligrath'schen Gedichtes nahegelegt zu haben, „falls es bis dahin in den Schulen gebräuchlich gewesen sei.“ Wo es bisher noch nicht „gebräuchlich“ war, wird danach jeder Lehrer wissen, daß er gut thut, es nicht zu gebrauchen. Die „angemessene Erklärung“ im Sinne der Magdeburger Bureaucratie möchten wir aber doch wirklich einmal kennen lernen. Doch vielleicht dichtet ein freiesamer Poet den „Räbezahl“ zeitgemäß um im Sinne des Kampfes für Ordnung, Sitte und Religion. —

Brandenburg. Eine preßgesetzliche wichtige Entscheidung ist von der Strafkammer in Brandenburg (dem Landgericht Potsdam zugehörig) gegen die „Brandenburger Zeitung“ gefällt worden. Unser Bruderorgan berichtet darüber am 19. März: „Wegen Vergehen gegen § 17 des Preßgesetzes verurtheilte gestern die hiesige Strafkammer unseren früheren Redakteur G. Wollgang zu einer Geldstrafe von 5 M. event. 1 Tag Haft, nachdem sie in derselben Sache am 15. Oktober v. J. auf Freisprechung erkannt, das Reichsgericht aber auf Antrag des Staatsanwalts das Urtheil aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an die erste Instanz zurückverwiesen hatte. Es handelte sich um die Veröffentlichung eines polizeilichen Strafmandats der Polizeiverwaltung in Ludenwalde, welche den Gutmandat Heflinger, weil er angeblich durch Inserate in unserer Zeitung und den Ludenwalder Blättern ein sozialdemokratisches Volksfest angezeigt und dadurch zu einer polizeilich nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel aufgefördert haben sollte, mit fünf solcher Strafmandate bedacht hatte. Eins dieser Strafmandate ist in der Nummer 190 unserer Blattes vom 18. August vorigen Jahres glossirt und im Wortlaut veröffentlicht worden, wodurch sich W. eines Vergehens gegen § 17 des Preßgesetzes (Veröffentlichung einer Anklageschrift) schuldig gemacht haben soll. In der ersten Instanz unterließ das Gericht die Feststellung, ob zur Zeit der Veröffentlichung des Strafmandats schon Widerspruch gegen dasselbe erhoben sei, und erkannte auf Freisprechung, weil ein polizeiliches Strafmandat erst dann den Erlass einer Anklageschrift bildet, wenn Widerspruch gegen dasselbe erhoben ist. Wäre die Behauptung der Anklage zutreffend, dann müßten auch Veröffentlichungen nach erstinstanzlichem Urtheil, wenn später gegen dasselbe Verwahrung eingelegt wird, als strafbar erachtet werden. Das Reichsgericht fand diese Auffassung irrig und erkannte an, daß auch dem polizeilichen Strafverfügungsverfahren der Charakter des Strafprozesses zukommt. Wie bei den amtsrichterlichen Strafbesehlen, so ist auch bei den polizeilichen Strafverfügungen in allen Fällen die Möglichkeit eines künftigen richterlichen Urtheils gegeben. Durch § 17 des Preßgesetzes soll aber gerade die Unbefangtheit der bei den Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen gegenüber einseitigen Darstellungen gesichert werden und dieser Gesichtspunkt trifft bei den polizeilichen Strafverfügungen in demselben Maße zu, wie bei den amtsrichterlichen Strafbesehlen. Die Strafkammer kam daher zu obigem Urtheil. Der Staatsanwalt hatte 10 M. Geldstrafe beantragt.“

Das erstaunliche Strafmandat, das zu diesem Prozeß Anlaß gab, ging bekanntlich von der Anschauung aus, daß eine Zeitung Inserate nicht ohne deren vorherige Genehmigung durch die Polizei aufnehmen dürfe. Darüber steht die gerichtliche Entscheidung noch aus. —

Gießbrügge. Landrath kontra Pastor. Eine gerichtliche Entscheidung von allgemeinem Interesse fällt das Schöffengericht in Jork. Pastor Riesenberg hier in Gießbrügge, ein Christlich-Sozialer der Naumann'schen Richtung, hatte in unserem Orte und in Granz Volk's Unterhaltungsabende abgehalten, ohne sie polizeilich anzumelden. Dafür wurde er vom löblich. Landrathsamte zu Jork zu einer Ordnungskasse von 15 M. event. zwei Tagen Haft verurtheilt, weil die Unterhaltungsabende „öffentliche Volksversammlungen“ und also polizeilich anzumelden seien. Die betreffenden Wirthe erhielten die gleiche Strafverfügung. Die Verurtheilten hatten gerichtliche Entscheidung beantragt, diese lautete auf kostenlose Freisprechung. —

Für einen neuen Torpedo-Schießplatz ist seitens der Marineverwaltung die Hensburger Böhde ausgetreten worden, wofolbst zum Ankern der großen Kriegsschiffe bereits Bojen ausgelegt worden sind. Als bisheriger Torpedo-Schießplatz diente die Wiler Bucht (Kieler Hafen), die aber infolge des Nord-Drise-Kanals für übenbe Kriegsschiffe allerlei Unzuträglichkeiten hervorrief, da der Übungspfad durch die Handelschiffe sehr häufig gestört wurde. Durch die Verlegung nach der Hensburger Böhde dürfte außer den Hotelbesitzern und Geschäftsleuten niemand weiter Vortheil haben, während für die Handelschiffahrt mancherlei Beschränkungen hervorgerufen werden. —

Der deutsch-soziale Reform-Verein, der kürzlich in Hamburg zur Vernichtung der Sozialdemokratie gegründet wurde, behält auch in Kiel, um seine Anhänger zu vermehren. Nach dem schwachen Besuch seiner ersten mit allen Mitteln der Klame einberufenen Versammlung müssen aber die Leiter eingesehen haben, daß dem Antisemitismus, in welcher Form er auch auftritt, in Schleswig-Holstein der Boden abgedrungen ist. —

München, 20. März. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Finanzausschusses erwiderte der Finanzminister auf Anfrage des Referenten, die Aushebung des Identitätsnachweises sei für die Landwirtschaft vortheilhaft geworden. Die bayerische Regierung habe sich gegen eine Einschränkung der Zollkredite nicht ablehnend verhalten. Die Zuckersteuer-Vorlage sei für Bayern wichtig.

Der Antrag Lieber im Reichstage bezwecke, die Einnahmen der Einzelstaaten zu schmälern. Die Verwendung der Ueberschüsse im Lieber'schen Sinne bedeute für Bayern einen Ausfall von 500 000 Mark. Der Führer des Zentrums Dr. Daller hält die Aushebung des Identitätsnachweises für die Landwirtschaft nicht für nachtheilig, aber die Einschränkung der Zollkredite für erwünscht. Auf Daller's Anfrage erklärt der Finanzminister, was die Konvertirung der bayerischen Staatsschuld anlange, so liege er noch jetzt auf dem Standpunkte, den er seinerzeit dem Antrage Daller gegenüber eingenommen habe, nämlich, daß an eine Konvertirung der bayerischen Staatsschuld einzuwillen nicht zu denken sei, sondern ein passender Zeitpunkt erwählt werden müsse. —

Oesterreich.

Wien, 20. März. Das Abgeordnetenhaus nahm das gesammelte Budget in dritter Lesung an.

Da das Etatsjahr in Oesterreich schon am 1. Januar beginnt und das Budget nun noch vom Herrnhause durchberathen werden muß, steht in dieser Meldung eine traurige Kritik des österreichischen Budgetrechts und Parlamentarismus. —

Ueber die Behandlung der Presse gab der Justizminister die folgende Erklärung ab: Die jetzt ausgeübte Praxis bei den Konfiskationen sei sehr milde. Der Minister weist nach, daß die Konfiskationen unter der gegenwärtigen Regierung abgenommen haben, und erklärt dann weiter, die Geschworenengerichte in Preßsachen lauteten nahezu ausnahmslos freisprechend. Eine Reform der Preßgesetzgebung sei notwendig und werde in der nächsten Session das Parlament beschäftigen. Diese soll jedenfalls mit Rücksicht auf die Urtheile der Geschworenengerichte die reaktionäre Preßgesetzgebung noch reaktionärer ausgestalten. —

Frankreich.

Ein sozialistischer Erfolg in der Kammer. Nachdem der Ministerpräsident Bourgeois den Antrag des Genossen Ballant abgelehnt hatte, der für die Arbeiter der Weltausstellung den Achtstundentag verlangte, genehmigte die Kammer einen Theil des Antrages, wenn auch mit geringer Majorität (214 gegen 188). Dieser lautet: „Bei allen Bauten, Materiallieferungen u. s., die die Weltausstellung von 1900 betreffen, sollen humane Arbeitsbedingungen eingeführt werden, soweit es sich um Bauten der Stadt Paris und des Staates handelt.“ Ferner nahm die Kammer durch Aufheben der Hände eine Bestimmung an, wonach die Arbeiter der Weltausstellung von 1900 wöchentlich einen Ruhetag haben sollen. —

In der Begründung des Touloufaner Urtheils, das Reségnier mit seiner Schadenersatzklage gegen Jaurès kostenpflichtig abweist, heißt es: „Es ist nicht richtig, daß Jaurès und die ihm befreundeten Blätter den Zustand geschaffen oder unterhalten haben, das hat die Schließung der Glashütte durch Reségnier gethan. Kein Gesetz verbietet Unbetheiligten ehrsüchtiges Eingreifen in Anstände, dieses Eingreifen ist insbesondere Abgeordneten und Blättern gestattet, deren Beruf Aufklärung der öffentlichen Meinung ist. Das Gegentheil behaupten, hieße das Ausstandsrecht gefährden. Die Gerichte können Reségnier nicht auf den Boden folgen, auf den er seine Klage hat stellen wollen, nämlich auf den Boden eines Straits der Gewerbetätigkeit gegen den Sozialismus.“ Reségnier hat gegen das Urtheil sofort Berufung eingelegt. —

Ueber das Verhältniß zu Madagaskar hat die Kammer gestern verhandelt. Destournelles führt aus, die Unterdrückung des Sklavenhandels, welche in brüster Weise auf Madagaskar vorgekommen sei, würde die Kolonie zu grunde richten. Cochin legt die Nothwendigkeit und Wichtigkeit der Abschaffung des Sklavenhandels dar. Der Minister des Auswärtigen Vertheil verlas eine Erklärung, in welcher es heißt, es handle sich thatsächlich um eine Verhinderung, die von der Königin anerkannt sei. Die äußere Souveränität sei Frankreich vorbehalten, die innere der Königin gelassen worden. Die Regierung werde dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen, betreffend die Organisation der Insel, hauptsächlich bezüglich des Sklavenhandels. Die Regierung habe den Mächten die Verhinderung der Insel mitgeteilt. (Beifall.) De Mahy bringt eine Tagesordnung ein, durch welche diese Notifikation gebilligt wird. Der Ministerpräsident Bourgeois nimmt diese Tagesordnung an und kündigt an, die Regierung werde zwei Gesetzentwürfe einbringen bezüglich der Konversion der Madagaskar-Schuld und des Zollregimes. Die Tagesordnung De Mahy's wird alsdann mit 445 gegen 8 Stimmen angenommen. —

Briey, 19. März. Gestern entstand in Joux zwischen französischer und italienischer Arbeiter eine Schlägerei infolge eines am Montag stattgehabten Angriffs der Italiener auf einen französischen Arbeiter. Es verlautet, daß ein Arbeiter getödtet und fünf verwundet wurden. Es wurden Gendarmerei-Abtheilungen an den Thortort entsandt. Die italienischen Arbeiter haben sich nach Moyeuve in Deutsch-Lothringen zurückgezogen. —

Italien.

Die Afrikapolitik in der Deputirtenkammer. Ministerpräsident di Rudini erklärte gegenüber dem Deputirten General Nocenni, er werde die Deklamationen über Afrika vorlegen, darunter solche, welche bewiesen, daß die Friedensunterhandlungen schon vom vorigen Kabinete eingeleitet worden seien; er werde auch eine Abschrift des hierauf bezüglichen Beschlusses des Ministerrathes vorlegen. —

Die Kammer beginnt hierauf die Verhandlungen über den Kredit für Afrika. Der Deputirte Napoleone Colojanni, Sozialist, bekämpft jede Kolonialpolitik. Er sagt, daß das frühere Kabinete die Verantwortung für die Vorgänge in Afrika tragen müsse, und ladet diejenigen, welche sich für die Sympathie-Unterstützung Englands gegenüber Italien so begeistert haben, ein, zu bedenken, daß England sich für Italien nur aus dem Grunde interessire, weil es befürchte, daß Italien Kassa verlieren könne, während es wünscht, daß Italien dasselbe zur Verteidigung Englands verbleibe. Der Deputirte Franetti erklärt sich für den Afrika-Kredit. Imbriani bekämpft jede Afrikapolitik. Die Befestigung von Kassa sei ein Fehler gewesen und man würde gut thun, sich von dort zurückzuziehen. —

Bei der Debatte über den Afrika-Kredit werden mehrere Tagesordnungen eingebracht werden, darunter eine von Zechio und Genossen, welche die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über die Verantwortlichkeit der Regierung bezüglich der jüngsten Ereignisse in Afrika verlangt. —

Die Deputirtenkammer genehmigte den Schluß der Verhandlung über die Afrika-Kredite und begann darauf die Verhandlung zahlreicher zu diesem Gegenstande eingebrachter Tagesordnungen. —

Für die Vernehmung Crispi's und Baratier's in Anklagezustand haben sich von den neun Bureaus der Kammer drei erklärt, von vieren steht die Entscheidung noch aus. —

Rom, 20. März. Der „Popolo Romano“ veröffentlicht ein vom 5. Mai 1894 datirtes Urtheil, welches als Anhang zu dem Protokoll über die Regulirung der englischen und italienischen Interessensphäre in Afrika zwischen Crispi und dem Botschafter Sir Francis Clare Ford vereinbart wurde, welches aber bisher nicht bekannt geworden ist. Darin wird England das Recht zugesprochen, so lange Italien keine thatsächliche Kontrolle seiner Interessensphäre eingerichtet habe, zeitweilige Maßregeln zu ergreifen, welche notwendig erscheinen, um die Bevölkerung jener Gebiete zur Beobachtung der im Protokoll festgesetzten Bestimmungen zu zwingen und die Ordnung in der englischen Einflussphäre anrecht zu erhalten. Ebenso werden die englischen Behörden ermächtigt, in direkte Verbindung mit der Obrigkeit des Harar zu treten, wenn es die Sicherheit der englischen Grenze erheische. Unter zeitweiligen Maßregeln sind nach der Definition des Vertrages ausnahmsweise Maßregeln von kurzer Dauer zu verstehen. Die provisorische Einrichtung direkter Beziehungen zum Harar soll nach derselben das Protektorat Italiens über Aethiopien und die von diesem abhängigen Länder, welches England bereits anerkannt hatte, nicht berühren. —

Rußland.

Wall in Livland. (Nat. Ztg.) Der protestantische Pfarrer Zren, welcher bereits einmal wegen Vergehens gegen die russische Kirche zum Verlust seines Amtes auf ein Jahr verurtheilt worden war, wurde wegen Mißfalls zum Verlust seiner kirchlichen Würde verurtheilt. —

Türkei.

Kreta. Aus Athen wird unter dem 19. d. Mts. telegraphirt: Karatheodory-Pascha erklärte in einem Interview, daß die

Kretenser die Reformentwürfe für unausführbar hielten; er hoffe, daß der Friede nicht gefährdet werde. — Eine Nachricht aus Kreta meldet, daß Turhan-Pascha ein Trüde veröffentlichte, welches eine allgemeine Amnestie verkündet. —

Afrika.

— Zum Dongola-Feldzug. Als nächstes Ziel des Vormarsches der Ägypter und Engländer ist vom Unterstaatssekretär Curzon bekanntlich Alasche genannt worden, welcher Ort etwa 150 Kilometer südlich von Wadi Halsa liegt, ein Drittel des Weges von Wadi Halsa nach Dongola. Alasche kann wegen der günstigen Bodenbeschaffenheit leicht besetzt werden. Von Wadi Halsa ist über Sarraa nach Alasche im Jahre 1885 eine Feldbahn gebaut worden. Als die Truppen der Expedition im August jenes Jahres von Dongola abgegangen, überließen sie die Strecke von Sarraa bis Alasche den Dervischen, welche alle Schienen aufrißen. Dieser Teil der Bahn soll nun vor allem wieder rasch in betriebsfähigen Zustand gebracht werden. Ein Vordringen über Alasche läßt sich vor Mitte oder Ende des Monats August kaum erwarten. Ist bis dahin der Nil hoch genug gestiegen, so würden flachgehende Raddampfer den Transportdienst vermitteln. Bis dahin müssen die Boote der Eingeborenen aushelfen. —

Die Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie.

Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts wurden gestern eine Anzahl von Zwischenmeister vernommen, wobei sich wiederum herausstellte, daß einzelne Konfektionsfirmen immer noch mit Erfolg die Einigungsbedingungen zu umgehen suchen. Aus einem Lohnbuche wird festgestellt, daß die Firma S. Adam, die vorwiegend bessere Sachen anfertigen läßt, jetzt theilweise niedriger Löhne zahlt, als vor dem Streik. Beispielsweise sind für Westen, für welche der Schneidermeister vor dem Streik 1 M. erhielt, jetzt nur 90 Pf. gezahlt worden. In dem fraglichen Lohnbuche waren Sachen mit sogenannten Rettopreisen verzeichnet; das sind solche, die eine geringe Erhöhung der vor dem Streik gezahlten Grundpreise ohne den Zuschlag von 12 1/2 pCt. darstellen. Bei anderen Sachen wurden 12 1/2 pCt. zugelegt. Ferner stellte sich auch in dieser Sitzung wieder heraus, daß die Firma Hugo Hermann u. Co. den vernommenen Meistern vor dem 10. März überhaupt keine Zulage gezahlt hat, und nach diesem Tage zwar 12 1/2 pCt. Zuschlag gewährt, aber die Grundpreise erniedrigt hat, so daß die Löhne jetzt zum theil niedriger sind, als vor dem Streik. Nach Ausweis eines Lohnbuchs werden bei Hugo Hermann u. Co. für Westen mit Knochentüchern 5 Pf. weniger bezahlt, als für andere Westen. Sonst ist es allgemein üblich, daß für Knochentücher 5 Pf. mehr bezahlt wird. Moritz Gottschalk Söhne haben gleichfalls, wie aus Lohnbüchern festgestellt wurde, ganz dieselben Sachen, die früher mit 75 Pf. bezahlt wurden, jetzt nur mit 60 Pf. bezahlt. Der anwesende Vertreter dieser Firma, Konfektionär Müller, giebt an, daß die fraglichen Sachen minderverwertbar seien, und in den dafür gezahlten Löhnen der Zuschlag enthalten sei, jedoch gelingt ihm der Nachweis für seine Angaben nicht. Nach vielen Hin- und Herreden wird dem Herrn aufgegeben, bis Montag nachzuweisen, daß seine Behauptungen richtig sind, und, wenn dies nicht der Fall, die Konsequenzen seiner Handlungsweise zu tragen. Die Zwischenmeister zahlen meistens immer noch nicht den vollen Zuschlag an ihre Arbeiter. Einige derselben haben nach dem Streik neue Leute eingestellt, in der Meinung, daß diesen gegenüber die Abmachungen keine Gültigkeit haben.

Aus Götting erfahren wir, daß die Firma Philipp Becker nun auch den Tarif anerkennt hat. Von besonderem Interesse ist dabei — so schreibt man uns —, daß dies für die Arbeiter dieser Firma eine Lohnerhöhung von nahezu 100 pCt. bedeutet, während es sich bei den übrigen zwei Firmen nur um eine solche von höchstens 20 pCt. handelt. Dies Resultat ist durch Zusammenwirken aller Faktoren und zwar ohne Streik erreicht worden. Die Kollegen an den größeren Konfektionsplätzen werden alles daran setzen müssen, die Lohnverhältnisse weiter zu verbessern, denn von hiesigen Unternehmern sind uns verschiedentlich die theilweise noch niedrigeren Löhne von Berlin und Breslau vorgeführt worden und unter Berufung auf diese Orte hat man unsere höher gestellten Forderungen abgewiesen.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Steinbek in Schleswig-Holstein siegte in der 3. Klasse unser Genosse H. Westphal mit 40 Stimmen über den von gegnerischer Seite aufgestellten Kandidaten, der es nur auf 13 Stimmen brachte.

In Boizenburg in Mecklenburg-Schwerin wurde Genosse Garber mit 89 Stimmen in den Bürgerausschuß gewählt. Sein Gegner bekam 82 Stimmen. Dieser Erfolg unserer Partei ist, wie die Mecklenburgische Volkszeitung" ausführt, von um so größerer Bedeutung, als nur Bürger, die das Bürgerrecht für längere Münze erworben haben, wahlberechtigt und wählbar sind, daher die Zahl der Arbeiter unter den Bürgern sehr gering ist.

In die Stichwahl kommen in Weisenfels unsere Genossen Klinger, Weise und Schubert. Sie erhielten 81—85 Stimmen; die Kandidaten der Gegner, mit denen sie sich zu messen haben, 62—77.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Mülheim am Rhein erhielten in der Klasse der Arbeitervertreter die Kandidaten unserer Partei 1505—1508 Stimmen, die Kandidaten der Gegner 1283—1285.

Aus Straßund wird uns geschrieben: Die Leser des „Vorwärts“ wird es gewiß interessieren, auch einmal etwas aus einem der noch am weitesten zurückliegenden Wahlkreise zu hören. Es handelt sich um den Wahlkreis Straßund, Franzburg-Rügen. In diesem vorwiegend ländlichen Kreise wurde bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 zum ersten Male ein sozialdemokratischer Kandidat, der Maurer Mäggenburg aus Straßund aufgestellt; er brachte es auf 735 Stimmen. Schon bei den vorhergehenden Wahlen waren vereinzelt Stimmen für Herbert, Weber und Liebknecht abgegeben worden. Nach der 1890er Wahl regte es sich auch in unserem Kreise. Im Jahre 1893 bekam unser Kandidat, Zimmerer Rathmann aus Wandsbek, 2384 Stimmen; ein erfreuliches Resultat, wenn man bedenkt, daß die Agitation unter sehr schwierigen Umständen betrieben werden mußte. Lokale standen uns nur in Straßund zur Verfügung; in Garz a. Rügen und Damgarten war ein Lokal nur zu je einer Versammlung zu haben. In Richtenberg wurden wiederholt Versammlungen angemeldet, jedoch stets wußten sie unsere Gegner zu hintertreiben. Adressen von Personen, an die man Agitationsmaterial senden konnte, waren uns damals im Straßunder und Franzburger Kreise nur zwei, auf Rügen gar keine bekannt.

Nach der Wahl von 1893 begann auch auf Rügen die Bewegung mehr Fuß zu fassen. Im Jahre 1895 wurde hier die erste Kreisversammlung abgehalten; es waren Genossen anwesend aus den Ortsschaften Straßund, Vorch, Devin, Breesa a. Rügen, Wilms a. R., Gingsl a. R. und Jarendorf, letzterer Ort zum Kreise Grimmen-Greifswald gehörig. Soweit man übersehen kann, hat die Konferenz gute Früchte getragen, wenigstens läßt sich dies von Rügen annehmen. Von dort haben aus einer ganzen Reihe Orte Genossen sich zur Verbreitung von Agitationsmaterial beim Vertrauensmann in Straßund oder beim Vorsitzenden der Agitationskommission für Pommern in Stettin gemeldet. Die Erfolge in der Agitation möchte ich einerseits der Verbreitung des „Vorwärts“, andererseits dem Umfange zuschreiben, daß auf Rügen die Arbeiter

theilweise in den Kreidrüchen und Kreideschlemmereien und so weiter in größerer Zahl zusammen arbeiten. Hier gelang es uns, feste Anhänger zu gewinnen. Ich will hierbei noch bemerken, daß, wie im letzten „Vorwärts“ mitgeteilt ist, aus Garz a. R. 4 Mark zur Agitation nach Stettin gesandt wurden, was meines Wissens das erste Geld ist, das von Rügen zu diesem Zwecke kam. Von der vorjährigen Konferenz wurde beschlossen, die nächste Konferenz in diesem Jahre am 1. Pfingsttage abzuhalten. Leider steht uns jetzt zu politischen Zwecken kein Lokal, weder hier in Straßund noch im ganzen Wahlkreise zur Verfügung. Unser bisheriger Wirk in Straßund hat sein Lokal zurückgezogen, weil er von den Genossen zu wenig unterstützt wurde. Hat der Wirk daran auch selbst schuld, den größten Theil der Schuld tragen zweifelsohne die Genossen. Hoffentlich wird es uns gelingen, noch ein Lokal zur Konferenz aufzutreiben.

Das wäre so in Kürze die Geschichte der Bewegung in unserem Kreise. Wenn wir auch größere Prozesse nicht gehabt haben, so hat es doch an Versammlungen nicht gefehlt. Agitationsmaterial wurde beschlagnahmt und die Verbreiter angeklagt, jedoch freigesprochen. Ein hier gegründeter Arbeiterinnenverein wurde polizeilich geschlossen, vom Gericht aufgelöst und die Vorstandsmitglieder in zweiter Instanz zu Geldstrafen verurteilt, nachdem sie vom Schöffengericht freigesprochen worden waren; Genossen wurden gemäßigert und was dergleichen Freuden eines kämpfenden Proletariats mehr sind. Jedoch werden die Verfolgungen nur dazu beitragen, immer fester und energischer den Kampf zu führen. Vieles würde eher zu erreichen sein, wenn die finanzielle Seite nicht so sehr in Betracht gezogen werden müßte. Zu unserer Freude hat sich in Berlin kürzlich ein Verein hiesiger Landleute gegründet, der sich die Aufgabe gestellt hat, uns bei der Agitation im hiesigen Kreise zu unterstützen. Daß ihm dieses zum theil gelungen ist, will ich durch nachfolgende Zahlen beweisen. Die Einnahme des hiesigen Vertrauensmannes betrug vom 1. Januar 1895 bis 1. Januar 1896 81 M. 20 Pf., hiervon stammten 99 M. 60 Pf. vom Berliner Agitationsverein für den hiesigen Wahlkreis. Die Ausgabe betrug 63,70 M. Gemiß sind dieses nicht sehr hohe Zahlen, jedoch muß man in Betracht ziehen, daß meist jeder Genosse das, was er für die Partei leistet, nicht bloß unentgeltlich thut, sondern noch häufig die baaren Auslagen selber trägt. Wir wollen hoffen, daß unsere Partei im Wahlkreise Straßund-Franzburg-Rügen bei der nächsten Reichstagswahl denselben Stimmengewinn erhält, wie von 1890—95, dann wird auch hier bald der Sieg unser sein.

Aus London wird uns mitgeteilt, daß der seit circa 1 1/2 Jahr bestehende deutsche sozialdemokratische Verein (St. Mary's Branch S. D. P.) sich mit dem früheren Les- und Diskussionsklub „Vorwärts“ und in Gemeinschaft mit den polnischen Parteigenossen zu einem neuen Verein verschmolzen hat, der den Namen „Internationaler sozialdemokratischer Klub“ führt und sein Lokal 33 Cannon Street Road E. hat.

Todtenliste der Partei. In Nürnberg sind die alt-erprobten Parteigenossen Karl Reizger und Johann Böheim aus dem Leben geschieden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der Staatsanwalt Schubert in Erfurt sprach bei dem Prozeß gegen unseren Parteigenossen Biertelarz in Beziehung auf sozialdemokratische Redakteure von „sozialdemokratischem Schreibvolk“, gegen das Fürst Bismarck prinzipiell keine Strafanträge stelle. Biertelarz wies den Ausdruck „Schreibvolk“ als unpassend zurück, worauf ihm der Vorsitzende der Strafkammer, Landgerichtsdirektor Matthes, die Belehrung angedeihen ließ, „Schreibvolk“ sei keine Beleidigung, sondern die deutsche Uebersetzung für „Redakteur“. — Die Thär. Tribüne bemerkt launig dazu: „Das Richtervolk“, wie Herr Matthes vielleicht das Wort „Justiz“ übersehen würde, hat eben seine eigenen Ansichten über Beleidigungen, auch läßt sich mit ihm so wenig wie mit dem Ankläger oder sonst jemand über den Geschmack streiten. . . . Was schließlich den Erlanger Bismarck anbelangt, so ist dessen Diktatorität erst neueren Datums. Als er noch nicht „abgesägt“ war, befah er eine außerordentliche Empfindsamkeit. Er fühlte sich damals selbst durch die Kritik einer Ruhmwig in seiner Ministerwürde beleidigt. Es regnete förmlich gedruckte Strafanträge. Erst als Bismarck, der bekanntlich an der Kaiser Depesche ebenfalls redaktionell thätig war, Erlanger wurde, verloren die „gedruckten Papiere“ ihren Werth.“

— **Vereins- und Versammlungs-freiheit** in Sachsen. Nach einer Mitteilung, die Genosse Kadon kürzlich in der zweiten Kammer des Landtages machte, wurden in zwei Jahren 7 Vereine verboten, 90 Vereine aufgelöst, 178 Versammlungen verboten und 53 aufgelöst, 56 Feste ganz und 19 theilweise verboten.

— In Wien wurde die Märznummer des „Wahren Jakob“ beschlagnahmt.

Soziale Uebersicht.

In Breslau darf vom 1. Oktober an das Schlachten von Vieh nur im städtischen Schlachthaus vorgenommen werden. Alles zum Schlachten gelangende Vieh muß sowohl vor als nach dem Schlachten auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden. Dasselbe gilt von dem frischen Fleisch, das von anseherlich kommend in Breslau feilgeboten wird.

Die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerks und einer elektrischen Straßenbahn ist von den Gemeindevorständen in Glauchau's i. S. beschlossen worden. Nach den Vorschlägen sind hierfür insgesammt 515 000 M. bewilligt.

In Nürnberg werden die Namen derjenigen Bäckermeister, welche kränkelnde Gehilfen beschäftigen, vom Magistrat öffentlich bekannt gemacht. Von seiten der Bäckermeister ist gegen dieses Verfahren, das sicherlich nur zu begrüßen ist, Beschwerde bei der Regierung geführt worden; die Regierung hat aber durch Ablehnung der betr. Beschwerden das Vorgehen des Magistrats gebilligt.

Die Gründung eines Verbandes der Arbeitss-nachweis-Anstalten Badens und der Nachbarländer ist, wie die „Soziale Korrespondenz“ mittheilt, vom Geheimen Ober-Finanzrath Fuchs in Karlsruhe angeregt worden und wird schon in aller nächster Zeit ins Leben gerufen werden.

Ein städtisches Arbeitsamt wird auf Beschluß der bürgerlichen Kollegien in Schwäbisch-Gmünd errichtet werden.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend bitten wir, sich auch am heutigen Sonntag ihrer im schwersten Kampfe stehenden Klassenossen in Kottbus zu erinnern. Gelder nimmt entgegen die Berliner Gewerkschaftskommission (M. Millarg, Berlin S., Annenstraße 16, Gewerkschaftsbureau).

An die Zimmerer Berlins! Unsere Forderungen: Reinstundenlohn und 55 Pf. Minimal-Stundenlohn, sind weiter anerkannt worden von den Banfirmen Kulisch, Rathenowerstraße 78; Boese, Rathenowerstr. 4; Wolf, Ansebeckstr. 62, Rixdorf; Stein, Pfalzburgerstr. 70, Wilmersdorf; Krendt u. Romp, Müllerstr. 163; Wieltke, Bernauerstr. 47; Lenh, Kahlerstr. 11.

Die Lohnkommission der Berl. Zimmerleute. Achtung, Metallarbeiter! Die Arbeiter in den Reinickendorfer Messingwerken (Inhaber Seidel) beabsichtigen,

in eine Lohnbewegung zu treten. Die Kollegen wollen hiervon Kenntnis nehmen. Deutscher Metallarbeiter-Vereinband (Filiale Berlin.)

Die Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend werden hiermit nochmals auf die morgen, Sonntag, bei Nieft, Weberstraße 17, vormittags 10 1/2 Uhr, stattfindende große öffentliche Versammlung mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß dort die Frage gestellt wird: „Ob die Tabakarbeiter angehts ihrer elenden Lage gewillt sind, in eine Lohnbewegung einzutreten.“ Wir verweisen noch auf den Aufruf in der letzten Sonntagsnummer des „Vorwärts“ und geben der Erwartung Ausdruck, daß die gesammten Tabakarbeiter Berlins zu dieser Frage Stellung nehmen werden. Die Kommission.

An die Kontobuch-Arbeiter Berlins! Um der Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen entgegenzutreten zu können, ist es unumgänglich nötig, daß die Kollegen und Kolleginnen die persönlichen Zwistigkeiten unterlassen. Nur vor einer einigen Arbeiterschaft hat das Fabrikantenthum Respekt. Weiter richte ich an Euch die Mahnung, dafür zu sorgen, daß in den Delegirten s i k u n g e n, die regelmäßig jeden Mittwoch vor dem Ersten des Monats im Restaurant von Lenh, Alte Jakobstr. 69, abends 7 1/2 Uhr stattfinden und deren nächste am kommenden Mittwoch, den 25. März abgehalten wird, jede Fabrik und überhaupt jedes Geschäft vertreten ist. Der Vertrauensmann.

Die Fensterputzer Berlins und Umgegend werden vom Vertrauensmann dieser Branche aufgefordert, in der öffentlichen Versammlung zu erscheinen, die Montag, den 23. März abends 8 Uhr bei Buske, Grenadierstr. 33, abgehalten wird. Es soll dort die wichtige Frage erörtert werden: Gedenken wir Forderungen zu stellen, und welche? Die Vertrauensmann weiter mittheilt, haben die Fensterputzer trotz 12 stündiger Arbeitszeit nur 12—15 M. Lohn.

Internationaler Buchdruckerkongreß. Die am 15. März in Bern zusammengetretene Aufsichtskommission des internationalen Buchdruckersekretariats hatte sich u. a. mit der Beschlußfassung über die Abhaltung des internationalen Buchdruckerkongresses beschäftigt. Die Mehrzahl der beteiligten Verbände hat sich für die Schweiz ausgesprochen. Infolge dessen beschloß die Kommission, den diesjährigen Kongreß nach Genf einzuberufen. Mit Rücksicht auf den internationalen Sozialistenkongreß in London wurde der Termin der Abhaltung auf die erste oder zweite Woche des Monats August verlegt. — Wegen des Rücktritts des bisherigen internationalen Sekretärs, des Buchdruckers, Genossen Rimann, der zum Adjunkten des schweizerischen Arbeiterssekretärs gewählt wurde, wird die Neubesehung der Stelle auf den 1. Mai ausgeschrieben.

In der Ballschuh-Fabrik von Michelis u. Comp. in Hamburg sind Lohnunterschiede ausgebrochen.

Die Maler in Halle a. S. sind in die Lohnbewegung eingetreten.

In Waren i. M. waren die Steinmehrer der Firma Schenpflug ausständig, weil einem auf Grabsteine arbeitenden Kollegen der verlangte Stundenlohn von 50 Pf. nicht bewilligt worden war, weil er diesen Lohn nach Ansicht des Unternehmers nicht verdiene. Eine Deputation der Ausständigen schlug nun dem Unternehmer vor, er solle jenen Steinmehrer Bauarbeit in Accord geben und sich für die Grabsteinarbeit einen anderen wählen, der seines Trachtens 50 Pf. Stundenlohn verdiene. Der Unternehmer nahm diesen Vorschlag an. Infolgedessen ist der Streik beendet.

Der Streik der Steinarbeiter rechts der Elbe in den Mevieren Posta, Liebetal etc. dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben die Arbeiter bis jetzt noch gar keine Antwort gewährt.

Die Wütcher der Brauerei Reifewitz bei Dresden haben wegen Entlassung zweier Kameraden die Arbeit niedergelegt.

In der mechanischen Weberei der Firma Brüder Perutz in Lieben bei Prag haben 250 Arbeiter und 50 Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt. Die Streikenden verlangen die Wiederaufnahme der wegen Agitation entlassenen Arbeiter, zehnstündige Arbeitszeit und eine 20prozentige Lohn-erhöhung.

Ueber den Stand der Dinge in Fürth, wo die Fabrikanten bekanntlich viele Hunderte von Arbeitern ausgepersert haben, schreibt die „Frank. Tagespost“: „Auf jene Unternehmer, welche nicht aufsperrten wollten, wurde ein starker Druck ausgeübt, einzelne ganz offen mit „zu Grunde richten“ bedroht. Die Situation ist für die Arbeiter nicht ungünstig, da die Unternehmer mit Anträgen reichlich versehen sind. Die Fabrikanten spekulieren einzig und allein darauf, daß es nicht möglich sein werde, die große Arbeiterzahl ausreichend zu unterstützen. Galten die Arbeiter nur 14 Tage lang, dann sind sie Herr der Situation.“

Der Jehnsfundentag ist den Arbeitern der Kerpert'schen Pianofortefabrik in Bamberg auf ihr Gesuch bewilligt worden.

Die Posamentirer Bajels beabsichtigen auf neue in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit bei dem gleichen Minimallohn von 4 Fr. wie bisher. Die zehnstündige Arbeitszeit handt bereit bei der vorjährigen Lohnbewegung als Hauptforderung, ist aber beim Friedensschluß fallen gelassen worden.

In Wien haben die englischen Schneider und die Täschner ihre Forderungen in einer Anzahl Werkstätten bewilligt bekommen.

Der Streik der Tapezirer Budapests dauert fort. Die Prinzipale der großen Firmen sind nach Paris, Berlin und Wien um Arbeiter gereist; hoffentlich sind ihre Bemühungen vergebens. Wenn kein Zugang eintrifft, ist ein günstiger Erfolg des Streiks unaussprechlich.

In Südt in Ungarn sind 300 Steinmehrer in einen Abwehrstreik getreten. Die Meister haben es auf die Zerföderung der Organisation abgesehen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Rom, 20. März. (B. G.) Gestern gingen größere Abtheilungen Stellungartillerie nach Rossau ab. Der Transport erfolgte auf telegraphischen Wunsch Valdissera's, da Menetik mit seinem Heere wieder weiter vorrückte.

Venedig, 20. März. Beim Verlassen des Hafens kollidierte der Lloyd-Dampfer „Archiduchessa Carlotta“ mit dem Segelschiff „Sanvito“. Die Mannschaft des Seglers, die ins Wasser fiel, wurde gerettet.

London, 20. März. (B. G.) Hiesige Blätter erklären, daß England selbst das Geld für die Dongola-Expedition vorstrecken werde, wenn seitens der französischen Regierung England die Ermächtigung verweigert werden sollte, dazu den ägyptischen Schatz anzugreifen. England würde dann neue Rechte auf Ägypten erwerben. Die Behauptung, daß die französische Opposition allein das Angreifen des ägyptischen Schatzes verhindern könne, wäre übrigens lächerlich.

Kingston (Jamaika), 20. März. (G. N. of G.) Ein britisches Kriegsschiff ist von hier abgegangen, um die vorgestern mit dem Dampfer „Bermuda“ abgegangene Flibustier-Expedition gegen Kuba abzufangen.

Reichstag.

65. Sitzung vom 20. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Pofadomsky.
Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der Reichsschuld und zwar in der gestern angefangenen Besprechung über die Konvertierung der Reichsschulden.

Abg. Mintzen (Z.) erklärt sich gegen die Konvertierung. Der Etat der Reichsschuld wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern, wozu der Antrag der Sozialdemokraten vorliegt: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen vom 1. April 1897 ab das Salz von jeder Abgabe und Steuer befreit wird.“

Ferner beantragt die Budgetkommission: „Den verbündeten Regierungen wird empfohlen, in den Ausführungsverordnungen über den Verkehr in denaturiertem Spiritus Erleichterungen dahin einzutreten zu lassen, daß den Brennereien die Denaturierung geringer Quantitäten Spiritus in ihren Spiritusfabriken dadurch ermöglicht wird, daß das Denaturierungsmittel in kleinen Quantitäten an die Brennereibesitzer abgegeben werden darf.“

Der Berichterstatter Abg. Pachtke theilt mit, daß bei diesem Etat Mitteilung gemacht wurde von dem in Aussicht stehenden Mehrbetrag an Ueberweisungen; dazu wurde der Antrag gestellt: Uebersteigen im Etatsjahre 1896/97 die den Bundesstaaten zustehenden Ueberweisungen an Zölle, Tabaksteuer, Branntwein-Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben, sowie an Reichs-Stempelabgaben für Wertpapiere u. die aufzubringenden Matrikularbeiträge, so ist die Hälfte des Ueberschusses zur Verminderung der Reichsschuld zurückzuhalten. Bei Ermittlung des Unterschiedes zwischen dem zu Ueberweisungen verfügbaren Betrage und den Matrikularumlagen werden von den letzteren abgezogen: a) die von den einzelnen Bundesstaaten zur Reichskasse zu zahlenden Ausgleichsbeträge, b) die Summe von 12 688 180 M. Die Verminderung der Reichsanleihe erfolgt durch entsprechende Abfertigung vom Anleihefoll. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat-Bestimmung getroffen. Außerdem wird die Summe, welche gemäß § 8 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 der Reichskasse von dem Betrage der Zölle und der Tabaksteuer verbleibt, für das Etatsjahr 1895—1896 betrug Verminderung der Reichsschuld von 190 auf 143 Millionen Mark erhöht.“

Der Antrag wird beim Etatsgesetz beraten werden.

Abg. v. Stumm fragt, wie der Bundesrat sich zur Einführung eines Zolles auf Quebrachholz stellt. Ich würde die Ablehnung unseres Antrages bedauern, weil wir alle der Nothlage der Landwirtschaft abhelfen wollen.

Staatssekretär Graf Pofadomsky: Das Plenum des Bundesrats hat sich noch nicht schlüssig gemacht; das wird aber in der nächsten Zeit geschehen und nach der bevorstehenden Verabreichung des Gesetzes werde ich zur Auskunft bereit sein.

Die Abgg. Broelmann (Z.) und Hinge (Z.) bedauern, daß der Antrag noch nicht erledigt ist.

Abg. v. Kardorff: Es ist mir ganz unerklärlich, daß der Bundesrat noch nicht eine feste Stellung in dieser Angelegenheit genommen hat, die das Volk so sehr interessiert.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Ich bitte die Regierung, dem Antrage des Reichstages nicht Folge zu geben und nicht der zurückgebliebenen Lederindustrie zu Hilfe zu kommen durch die Vertheuerung des Quebrachholzes, an dessen Zollfreiheit zahlreiche Arbeiter und Industrielle ein Interesse haben. Die Einführung des Zolles würde uns nur in einen Zollkrieg mit Argentinien hineinführen. Aber darum kümmern sich die Herren nicht. (Große Unruhe rechts.)

Staatssekretär Graf Pofadomsky: Das gründliche Studium der Frage liefert den Beweis dafür, daß der Bundesrat die Frage sehr ernst genommen hat.

Abg. Hinge (Z.): Es handelt sich nicht um den Ruin der Lederindustrie, sondern um den Schutz der soliden kleinen Industrie und der kleinen Schälwaldbesitzer.

Abg. Graf Kanitz (L.): Die Einnahme aus den Zöllen war früher schon höher wie jetzt; es ergab sich ein Ausfall von 33 Millionen Mark infolge der Zollermäßigung durch die Handelsverträge. Wenn der vorausgesagte wirtschaftliche Aufschwung wirklich eingetreten wäre, so hätten die Zolleinnahmen steigen müssen. Aber das ist nicht der Fall gewesen, das beweisen die Zahlen der Einfuhrstatistik und der Einkommensteuerveranlagung. (Zustimmung rechts.)

Herr v. Marschall behauptete bei der Beratung meines Antrages, daß eine Steigerung der Roggeinfuhr nicht eingetreten sei. Die hatte ich auch gar nicht behauptet, sie konnte auch nicht eintreten wegen des Zollkrieges mit Rußland, den unsere Handelspolitik ohne Noth heraufbeschworen hatte. (Sehr richtig! rechts.)

Aber eine Steigerung der Getreide-Einfuhr überhaupt ist festgestellt, und zwar um 48 pCt., so daß wegen der Ermäßigung der Zölle eine Mindereinnahme von rund 43 Millionen Mark entstanden ist. Wie ganz anders würde unsere Finanzlage sein, wenn wir über diese Gelder noch verfügten! Wir brauchen dann keine Schulden zu machen und hätten für manche nützliche Verwendung Geld. (Sehr richtig! rechts.)

Das sind aber nicht die einzigen Zollermäßigungen; es haben auch andere Zollermäßigungen stattgefunden, zum Theil sogar für Luxusartikel. Es kommen schließlich 70 Millionen Mark Einnahmeverlust heraus. Und welche Vortheile stehen diesen Mächten gegenüber? Welchen Nutzen haben die Handelsverträge gebracht? Einzelne Industriezweige befinden sich in einer günstigen Lage. Die Eisen- und Textilindustrie. Aber wie steht es mit der Landwirtschaft, welche die Kosten der Handelsverträge bezahlt hat? Herr v. Marschall meinte, wir würden ohne Handelsverträge vielleicht höhere Getreidezölle oder niedrigere Preise haben. Er berief sich auf die Preise im Januar in Paris und Berlin, die ziemlich gleich waren. Aber man muß einen längeren Zeitraum in Betracht ziehen. Während des Jahres 1895 fanden die Getreidepreise in Berlin 142, in Paris 155 und in London 108; also die Pariser Preise waren höher. (Hört! rechts.) Die Kaufkraft des Volkes hat sich vermindert.

Präsident v. Duol: Es ist mit der Geschäftsordnung nicht vereinbar, sich zu verbreiten über ein so weitgehendes volkswirtschaftliches Thema. (Abg. v. Kardorff: Zur Geschäftsordnung!)

Abg. Graf Kanitz: Ich wollte nachweisen, wie die Getreidezölle gewirkt haben auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident v. Duol: Ich habe den Redner nicht unterbrochen, als er von den Zöllen sprach, sondern nur, als er zu tief in die Frage hineinging. (Große Unruhe rechts.) Wir würden sonst drei Tage darüber debattieren. (Große Unruhe rechts; Ruf rechts: Wir können ja drei Tage darüber debattieren!)

Abg. Graf Kanitz: Ich will der Geschäftsfrage des Hauses Rechnung tragen und möchte daher nur an die verbündeten Regierungen die Frage richten, ob sie sich noch immer nicht dazu entschließen wollen, eine Revision der Handelsverträge einzutreten zu lassen und darüber mit den vertragsschließenden Staaten

in Verhandlung zu treten. Ich kann die Regierung nur bitten, endlich zu Thaten zu kommen.

Unterstaatssekretär Wischenborn: Ich muß den Herrn Staatssekretär entschuldigen, der wegen dringender Geschäfte plötzlich abberufen ist, er hofft den weiteren Verhandlungen noch beiwohnen zu können. Wenn die Zölle herabgesetzt werden, vermindern sich die Einnahmen, aber durch die Steigerung der Einfuhr erhöhen sie sich. Es ist nicht wahr, daß die Zolleinnahmen zurückgegangen sind. (Hört! links.) Das laufende Etatsjahr bringt die größte Einnahme an Zöllen, die wir gehabt haben. Das Jahr vor den Handelsverträgen, 1892, hatte eine Einnahme von 578 Millionen Mark, das laufende Jahr von 380 Millionen Mark und zwar sind die Einnahmen aus den Getreidezöllen ziemlich gleich geblieben. (Hört, hört! links; große Unruhe rechts.)

Nach einigen unverständlichen Ausführungen des Abg. Müller-Julda (Z.) erklärt

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): daß der Präsident sich vollständig in Uebereinstimmung befindet mit den Abmachungen zwischen den Parteien, wenn er eine Ausdehnung der Debatte nicht zugelassen habe. Wenn Herr v. Kardorff besonders erregt scheint, so sei das wohl auf die jüngsten Londoner Nachrichten zurückzuführen. (Große Unruhe rechts.) Wir sind der Meinung, daß unsere Wähler uns nicht hierher geschickt haben, um Liebesgaben zu bewilligen. (Sehr richtig! links.) Redner empfiehlt dann, zur Vermeidung der seltsamen Entscheidungen von Zollbehörden, die den Handelsstand beeinträchtigen, einen Zollgerichtshof einzusetzen. Redner verweist dann auf den Spiegelglas-Ring, welcher den deutschen Markt bewuchere; dabei kommt ihm eine Verfügung des Bundesrats zu Hilfe, durch welche der Bruttozoll von 24 M. zu einem Nettozoll von 40 M. werde und jede auswärtige Konkurrenz verbünde.

Direktor im Reichsschatzamt v. Koerner: Für Spiegelglas besteht ein Brutto-Zollsatz von 24 M. Da jetzt Spiegelglas eingeführt ohne Verpackung oder mit geringer Verpackung, so mußte ein Zuschlag zum Zollsatz erfolgen, um dem Tarif zu entsprechen. Man ist dabei auf 6 1/2 pCt. Tara gekommen. Sollte der Satz sich als unrichtig ergeben, so wird der Bundesrat Remedur einzutreten lassen.

Abg. v. Kardorff (Sp.): Ich denke über die Vorgänge in London nicht erregt. Ich denke darüber ruhiger als die Herren (links). Jetzt hat England die Initiative und wir sind davon entlastet. Erregt war ich darüber, daß das Haus, welches drei Tage über Peters gesprochen hat, uns nicht sprechen lassen will über die Nothlage der Landwirtschaft, die doch etwas wichtiger ist als Herr Peters. Wenn die Getreidezölle immer dieselbe Einnahme gezeigt haben, so beweist das, daß der Charakter der Getreidezölle verschoben ist, daß er ein reiner Finanzzoll geworden ist. (Lachen links.)

Es handelt sich nicht um die Finanzlage des Landes, sondern um die allgemeine wirtschaftliche Lage und da komme ich immer wieder darauf zurück, daß unsere Handels-Unterbilanz in den letzten fünf Jahren eine so abnorm hohe gewesen ist, daß alle Sachkenner sagen: Sie geht über das hinaus, was wir an Zinsen aus dem Ausland erhalten. Nach den statistischen Mittheilungen beträgt der Mehrbetrag der landwirtschaftlichen Verschuldung 200 Millionen jährlich. Wenn wir noch 8 Jahre unter diesem System leben, dann ist die Landwirtschaft zu Zweidritteln durch das mobile Kapital expropriert.

Abg. Graf Kanitz: 1891 betragen in den ersten 10 Monaten die Zolleinnahmen 367 Millionen Mark, 1895 aber in den ersten 10 Monaten nur 357 Millionen Mark. Das Einkommensrenten zeigt eine rückläufige Bewegung, speziell für die ländliche Bevölkerung. Daß ich das Konzept einer alten Rede hervorgeholt haben soll, ist doch nicht verwunderlich, wenn die Zustände dieselben bleiben.

Unterstaatssekretär Wischenborn: Die Einnahme aus dem Jahre 1891 beträgt 578 Millionen. Die Einnahme aus den elf Monaten seit April 1895 bis Februar mit Hinanznahme der Einnahmen des März vorigen Jahres betragen 280 Millionen Mark.

Abg. Zebien (nall.) richtet an das Reichsschatzamt die Frage, ob auch der Buchweizen unter die Vorschriften über die Aufhebung des Identitätsnachweises falle.

Direktor v. Koerner: Der Buchweizen ist in das Gesetz nicht aufgenommen worden, weil die Ausfuhr eine sehr minimale war, so daß es sich nicht lohnte. Sollten sich die Verhältnisse ändern, so könnte das Gesetz einer Aenderung unterworfen werden.

Abg. Baumacher (nall.) behält sich vor, auf die Frage des amtlichen Waarenzeichnisses bei anderer Gelegenheit zurückzukommen, da der Staatssekretär Graf Pofadomsky nicht anwesend sei.

Die Einnahmen aus den Zöllen werden genehmigt; ebenso ohne Debatte die Einnahmen aus der Tabaksteuer und Zuckersteuer.

Bei der Salzsteuer kommt der bereits mitgetheilte Antrag wegen Aufhebung der Salzsteuer zur Verhandlung, welche der

Abg. Schulze-Königsberg (Soz.) damit begründet, daß gerade die ärmeren Familien mehr Salz verbrauchen müssen, als die wohlhabenderen. Jede Ermäßigung des Salzpreises habe immer eine erhebliche Steigerung des Verbrauchs zur Folge gehabt. Redner verweist auf die früheren Versuche, die Salzsteuer zu beseitigen; nur finanzielle Bedenken seien geltend gemacht worden. Die Landwirtschaft habe auch ein Interesse an der Aufhebung der Salzsteuer, wenn auch das Viehsalz steuerfrei ist, denn das denaturirte Viehsalz bekommt den Thieren nicht an.

Abg. v. Stumm: Ich habe allerdings 1872 einen Antrag wegen Aufhebung der Salzsteuer gestellt, hauptsächlich zur Förderung des Salz-Bergbaues; denn daß die ärmeren Leute mehr Salz verzehren als die wohlhabenderen, ist ein Irrthum. Aber wie kann man jetzt daran denken, ohne jede Deckung die Salzsteuer aufzuheben. (Ruf des Abg. Singer: Man braucht nur die Liebesgabe aufzuheben!) Wenn die Tabaksteuer in der nöthigen Höhe bewilligt würde, so würde man über den Antrag reden können.

Abg. Werner (Reform-P.) stimmt den Ausführungen des Antragstellers im großen und ganzen zu. So lange aber keine Deckung des Ausfalls beschafft sei, habe der Antrag nur einen agitatorischen Zweck. Die Sozialdemokraten hätten bei der Vörsensteuer etwas mehr geben sollen, um das Großkapital heranzuziehen, sie haben sich aber ablehnend verhalten. Gegen eine Tabakfabriksteuer müsse protestirt werden, dafür seien seine Freunde niemals zu haben.

Abg. Hammacher (nall.): Die Antragsteller haben wohl selbst nicht die Hoffnung, daß der Antrag angenommen wird. Wenn die Finanzlage es gestattete, würden wir es als eine Ausgabe der ausgleichenden Gerechtigkeit halten, die die ärmeren Klassen besonders belastende Salzsteuer erheblich herabzusetzen oder zu beseitigen.

Eine übermäßige Ausdehnung des Salzkonsums ist nicht zu erwarten, es wird sich niemand seine Suppe verfalzen, weil er es bezahlen kann. Der Konsum ist von den natürlichen Bedürfnissen des Menschen abhängig.

Abg. Richter schließt sich diesen Ausführungen an; er würde noch weiter gehen und alle Steuern auf Nahrungsmittel be-

seitigen. Aber die anderen Parteien haben es nicht so bequem wie die Sozialdemokraten, welche den ganzen Etat ablehnen; sie nehmen ihn an und müssen auch zur Deckung der Ausgaben die Einnahmen suchen. Wenn andere Einnahmen beschafft werden, würde sofort die Salzsteuer beseitigt werden können.

Abg. Wurm (Soz.): Wir fühlen unsere Verantwortung dem Volke gegenüber, deshalb lehnen wir den Etat ab, der seine Einnahmen hauptsächlich von den ärmsten Klassen der Bevölkerung nimmt. Wir haben vielfach eine Reichs-Einkommensteuer, eine Erbschaftsteuer verlangt, aber davon wollen Sie nichts wissen. (Widerspruch bei den Freisinnigen und National-Liberalen.) Die Salzsteuer ist eine Kopfsteuer, welche die Ärmsten am härtesten belastet, aber davon wollen wiederum 40 Millionen Liebesgabe bewilligen will, dann muß man doch endlich an die Beseitigung der Salzsteuer denken. Die Aufhebung der anderen Lebensmittelssteuern werden wir schon später beantragen. Die Vörsensteuer haben wir abgelehnt, weil sie zur Deckung der Militärvorlage diente; wir hätten sie angenommen, wenn dafür die Salzsteuer und andere Lebensmittelssteuern aufgehoben wären. Die Antisemiten bezeichnen unsern Antrag als agitatorisch, als wenn sie solche Dinge garnicht kennen; dazu ist das Parlament da, solche Dinge dem Volke klar zu machen.

Abg. v. Staudy (L.): Ich und eine Reihe meiner politischen Freunde würden bereit sein, die Salzsteuer aufzuheben, wenn für einen Ersatz gesorgt werden würde.

Ich und eine Reihe meiner politischen Freunde sind nicht schuld an dieser Zuckersteuer-Vorlage.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Meine Freunde werden für den Antrag stimmen und werden zur Deckung auf die Liebesgabe bei der Branntweinsteuer verweisen. Im Programm der freisinnigen Volkspartei steht ebenso wie im sozialdemokratischen Programm eine progressive Reichs-Einkommensteuer.

Nachdem Abg. Werner (Reform-P.) noch einmal auf die Vörsensteuer zurückgekommen und seine Behauptung über die Haltung aufrecht erhalten, bemerkt

Abg. Singer, daß die Antisemiten doch endlich aufhören sollten, mit dieser Eechlange hauffiren zu gehen. Es wäre richtiger, die Einkommen der Vörsenleute angemessen zu treffen, als das Gewerbe zu besteuern, durch welches sie die Einkommen erwerben. Bezeichnend ist das beredete Schweigen der verbündeten Regierungen, welches im Lande wohl richtig beurtheilt werden wird.

Abg. v. Stumm: Die Mehrheit des Hauses hält offenbar diesen Antrag für eine politische Demonstration. Was soll die Regierung dabei thun. Wenn Sie 47 Millionen streichen wollen, müssen Sie doch für Ersatz sorgen!

Abg. Werner bestreitet, daß er und seine Freunde mit der Eechlange im Lande hauffiren gehen; sie überlassen das anderen Leuten. (Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten haben mit den Liebesgaben, diesen Requisitionen aus der Kumpfkammer der freisinnigen Partei operirt; sie sollten doch mit eigenen Mitteln arbeiten.

Abg. Richter: Die Initiative zur Aufhebung der Salzsteuer ist 1872 ausgegangen von der Fortschrittspartei und den National-Liberalen in dem Antrage Gerverbeck und Genossen. Wir hatten damals eine glänzende Finanzlage und Freiherr v. Stumm kreuzte die Absicht des Reichstages dadurch, daß er die Aufhebung der Salzsteuer knüpfte an eine Erhöhung der Tabaksteuer. Die Mehrheit des Reichstages stellte sich auf unsere Seite, nicht auf die des Freiherrn v. Stumm. Die Regierung stand auf Seiten des letzteren. Der Herr von Stumm hatte also nur ein taktisches Manöver vollzogen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Stumm: Es ist absolut unwahr, daß die Fortschrittspartei die Salzsteuer aufheben wollte; sie beantragte nur ihre Ermäßigung von 2 auf 1 Thaler. (Ruf Richter's: Zunächst!) Wir beantragten die Aufhebung.

Abg. Richter: Unser Antrag wollte die Salzsteuer zunächst um die Hälfte ermäßigen und sie später ganz aufheben. Diese Absicht wurde gekreuzt durch den Antrag Stumm, welcher für die Salzsteuer andere Steuern einführen wollte.

Abg. von Stumm: Mein Antrag wurde damals getrennt und die Fortschrittspartei hat damals für die Aufhebung der Salzsteuer auch nicht gestimmt. Das Haus hat auch damals den fortschrittlichen Antrag nicht angenommen.

Abg. Richter: Es ist klar, daß etwas zu Fall gebracht wird, wenn die Forderung so gesteigert wird, daß sie unmöglich ist. Herr v. Stumm hat damals wohl auch nicht für den ersten Theil seines Antrages gestimmt, daß die Salzsteuer aufgehoben werden solle.

Abg. v. Stumm: Ich habe doch für den ersten Theil meines Antrages gestimmt.

Gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei, der Demokraten und Sozialdemokraten wird der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Salzsteuer wird bewilligt. Bei der Branntweinsteuer führt

Abg. Holz (Sp.) aus, daß die Branntweinsteuer so gewirkt habe, wie sie wirken sollte, nicht preissteigernd, sondern nur preis-erhaltend.

Direktor v. Körner bleibt unverhandlich, da er direkt zum Abg. Holz gemeldet spricht und dabei der Tribüne den Rücken zukehrt.

Abg. Gamp (Sp.) verweist darauf, daß bereits 1887 der Reichstag verlangt habe, daß alsbald die Strafbestimmungen des Branntweinsteuer-Gesetzes von 1868 bezüglich der Raifkraumsteuer in Uebereinstimmung gebracht werden sollten mit den Strafbestimmungen des neuen Branntweinsteuer-Gesetzes. Eine Vorlage sei aber noch immer nicht gemacht worden.

Direktor v. Körner bleibt auch bei der Antwort auf diese Frage völlig unverhandlich.

Die Abgg. v. Staudy und v. Kardorff halten es ebenfalls für dringend nothwendig, die Resolution von 1887 endlich zur Ausführung zu bringen.

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen und die Einnahme aus der Branntweinsteuer bewilligt; ebenso die Branntwein- und die Einnahme aus den Reichsstempelabgaben.

Weim Etat des B a u l w e s e n s empfiehlt Abg. Holz (Sp.) eine Aenderung der Bauvorschriften über die Beleuchtung der landwirtschaftlichen Pfandbriefe, die den Staatspapieren gleich gestellt werden sollten. Hier könne der Staatssekretär sein warmes Herz für die Landwirtschaft betätigen.

Staatssekretär Graf Pofadomsky: Nicht der Staatssekretär des Reichsschatzamtes ist Kurator der Reichsbank, sondern der Staatssekretär des Innern. Von diesem ist eine Anregung an die Reichsbank ergangen, aber diese hat sich aus technischen Gründen ablehnend verhalten.

Staatssekretär v. Bötticher sagt für die dritte Lesung eine Auskunft darüber zu.

Der Etat des Bankwesens wird genehmigt. Die Kapitel: Ueberschüsse aus früheren Jahren und Matrikularbeiträge werden zurückgestellt, bis das Etatsgesetz erledigt sein wird.

Weim Etatsgesetz berichtet Abg. Lieber über die Verhandlungen der Budgetkommission über seinen von der Kommission angenommenen vorhin mitgetheilten Antrag.

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Ich habe zunächst namens der verbündeten Regierungen zu erklären, daß sie Änderungen der bestehenden Gesetze in dem Entwurf nicht akzeptieren können. Nach dem Zolltarif-Gesetz von 1879 haben die Einzelstaaten Anspruch auf den vollen Betrag der Ueberweisungsteuern und auf den vollen Betrag der Zölle, soweit sie die Summe von 130 Millionen Mark übersteigen. Die verbündeten Regierungen glauben es nicht als staatsrechtlich zulässig erachten zu können, daß ein bestehendes Gesetz in Verbindung mit dem Staatsgesetz abgeändert wird; sie würden eine solche Form des Staatsgesetzes nicht akzeptieren können. Aber ich glaube schon heute versichern zu können, daß die verbündeten Regierungen den Beginn einer Schuldentilgung für eine nützliche Maßregel halten; die Mehrheit der Regierungen würde auch bereit sein, zu einer gesetzlichen Regelung die Hand zu bieten, welche die Verwendung der halben Ueberschüsse des Jahres 1896/97 zur Schuldentilgung vorseht. Einzelne Regierungen haben bisher noch eine dissentierende Stellung eingenommen; speziell die Königlich preussische Regierung (Abg. Richter: Hör! Hör!) — speziell die Königlich preussische Regierung ist damit einverstanden (Große Mehrheit), daß die Ueberschüsse des Jahres 1896/97 eine detartige Verwendung finden. Aber die Mehrheit der Regierungen und insbesondere auch die lgl. preussische Regierung, geben von der Auffassung aus, daß es sich hier nur um ein Provisorium, um einen Versuch handelt. Die preussische Regierung wie die Mehrheit der übrigen Regierungen, ich kann hier sagen, sämtliche Regierungen, halten daran fest, daß, wenn die Ueberschüsse aus den Ueberweisungsteuern ganz oder teilweise zur Schuldentilgung verwendet werden, auch die Einzelstaaten sicher gestellt werden müssen gegen wechselnde Ansprüche des Reichs. Wenn hier die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit zwar bereit sind, zu einer Regelung in der von dem Antrage Lieber beabsichtigten Richtung für das Jahr 1896/97 die Hand zu bieten, so thun sie das nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß hierin kein Präjudiz für die Zukunft liegt und daß in dieser Maßregel nur der erste Anfang zu einer dauernden Finanzreform gemacht wird. (Beifall rechts.) Der Antrag des Abg. Müller-Fulda (Z.) auf Zurückverweisung an die Budgetkommission wird, nachdem der Abg. Richter sich dafür ausgesprochen, angenommen und darauf die weitere Beratung des Stats abgebrochen. Ohne Debatte erledigt das Haus noch einige Rechnungsvorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 3/4 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Stats.)

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission hat beschlossen, die Beschlüßfassung über die Wahl des Abg. Dziembowski-Bomst, im Wahlkreise Meserich-Bomst, auszusagen und erst Erhebungen über eine Reihe von Protestpunkten vorzunehmen. Die Wahl des Abg. Dziembowski wurde wegen amtlicher Wahlbeeinflussungen bereits einmal kassirt, doch ist die Neuwahl wieder zu gunsten des D. ausgefallen. Der jetzt vorliegende Wahlprotest, der von polnischer Seite ausgeht, richtet sich wieder hauptsächlich gegen amtliche Maßnahmen. — In der Sitzung von gestern wurden die Erhebungen, welche über die Wahlen der Abgeordneten v. Nimpau und Münch-Heber in früheren Sitzungen beschlossen worden sind, erledigt. Diese Erhebungen über die bereits gültig erklärten Wahlen haben die Protestpunkte zum Theil bestätigt und hat die Kommission beschlossen, die Berichte über die benannten Wahlen den betreffenden Regierungen zur Kenntnisaufnahme zu überweisen. Die Entscheidung über die Wahl des Abgeordneten Grafen Bismarck, die einzige, welche noch nicht zum Abschluß gebracht ist, wurde dadurch noch einmal hinausgeschoben, daß drei Mitglieder des Zentrums wegen Beschäftigung in der Justizgesetz-Kommission fehlten und deshalb um Aussetzung des Punktes baten. Damit ist für den Herrn Grafen Herberdt der Aufenthalt im Reichstag für ein weiteres Jahr gesichert. Nach dem Ergebnis der gepflogenen Erhebungen sieht es um die Gültigkeit der Wahl des Herrn Grafen Bismarck sehr flau.

Aus der Freitagssitzung der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch. Zu §§ 688—691 (Einbringung von Sachen bei Gastwirthen) beantragte Abg. Kauffmann in Uebereinstimmung mit einer Petition des Vereins Berliner Gasthofsbesitzer einen Zusatz, durch den die Haftung des Gastwirths für die Effekten und Kostbarkeiten des Gastes für den Fall ausgeschlossen wird, daß der Gast selbst die Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen hat, die zur Sicherung seines Eigenthums erforderlich waren. Der Antrag wird abgelehnt, weil aus den allgemeinen Bestimmungen des Entwurfs (§ 246) das schon ohne weiteres folgt, was der Antrag bezweckt. — §§ 692—745 (Gesellschaft und Gemeinschaft) sind bereits durch die früher bei Gestaltung der juristischen Persönlichkeit der Vereine gefaßten Beschlüsse erledigt. — §§ 746 und 747 (Leibrentenvertrag) und §§ 748, 749 (Spiel und Wette) werden dem Entwurf entsprechend angenommen. Als § 749a schlägt Abg. Gröber folgenden Antrag vor, um den Differenzgeschäften die Klagbarkeit zu nehmen: „Wird ein auf Lieferung von Waaren oder Wertpapieren lautender Vertrag in der Absicht geschlossen, daß der Unterschied zwischen dem im Vertrag angenommenen Preise der Sache und dem zu einer festbestimmten Zeit geltenden Marktpreise oder Kurse derselben von dem verlierenden Theil an den gewinnenden gegahlt werden soll, so wird eine Verbindlichkeit selbst dann nicht begründet, wenn das Geschäft nur für den einen Theil ein Spiel ist, der andere Theil aber dies weiß oder wissen muß.“ Gegen den Antrag, mit dessen Inhalt und Tendenz alle Mitglieder einverstanden sind, wenden die Nationalliberalen und Regierungsvertreter ein, daß das Börsengesetz in der Geburt begriffen sei. Die Abg. Gröber, Bachem, Stadthagen und Viehhaben halten diesen Einwand für unzutreffend. Die das Börsengesetz gestaltet werde, lasse sich noch nicht absehen, es treffe doch nur Bestimmungen über Börsen-Differenzgeschäfte. Auch anderwärts lämen Differenzgeschäfte vor, die in einem Theile Deutschlands als Klagbare Spiele, in anderen als Klagbare Geschäfte erachtet werden. Der Antrag wird sodann — unter Vorbehalt einer anderen Fassung durch die Redaktionskommission — mit großer Mehrheit angenommen. Sodann gelangen Anträge zur Annahme, die entgegen dem Vorschlag des Entwurfs für die Bürgerschaftserklärung und für die Bestellung einer Leibrente die Schriftform festsetzen. Hingegen werden die Anträge, das vom Entwurf zugelassene abstrakte schriftliche Schuldverprechen und Schuldanerkenntniß zu streichen, gegen die Stimmen einiger Zentrums-Abgeordneter, der Sozialdemokraten und des Antisemiten angenommen. Dadurch ist dem geriebeneren Ganner ein für fast ganz Deutschland neues Mittel gegeben, Geschäftsunkundigen ohne einen anderen Verpflichtungsgrund als den, daß sie unterschrieben haben, gültig zu verpflichten. Insbesondere ist der Bucherei Thor und Thor noch mehr als bislang geöffnet. Die weiteren Beratungen bis § 795 boten nichts Bemerkenswerthes. Die nächste Sitzung findet Montag statt.

Die Justiznovellen-Kommission nahm am Freitag die dritte Lesung vor über die 6 von der Regierung für unannehmbare erachteten Punkte. Bei dem ersten Punkt (noch größere Einwirkung der Justizverwaltung auf die Besetzung der Strafkammern) gelang es noch, den Ansturm der kompromißwichtigen Reaktionen abzuschlagen. Hingegen wurden im übrigen erhebliche Zugeständnisse der Regierung gemacht, insbesondere der auf Beseitigung des Zeugnißzwangs für Redakteure, Verleger, Seyer u. s. w. in den ersten beiden Lesungen gefaßte Be-

schluß wieder aufgehoben. Die Abg. Munde und Frohme erklärten, für die so verschlechterte Vorlage unter keinen Umständen stimmen zu können. Die absonderliche Abstimmung der Freitagssitzung erklärt sich in erster Reihe daraus, daß die Zentrumsparthei in dieser Sitzung durch reaktionäre Abgeordnete als in den ersten Lesungen vertreten war. Der Bericht der Kommission soll nach Ostern an das Haus gelangen.

Lokales.

Die Vertrauenspersonen unserer Partei in Berlin und den Vororten ersuchen wir, jede für sich, und bis zum 1. April die Lokale bekannt zu geben, die im Bezirke jeder Vertrauensperson unserer Partei zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Wir werden das Material dann in Form einer Liste veröffentlichen.

Die Parteigenossen von Nixdorf werden ersucht, Neubestellungen auf den „Vorwärts“, „Volksblatt“, „Jakob“ etc., sowie eintretende Wohnungsänderungen rechtzeitig bei Ostermann, Jägerstr. 70, II., sowie bei den Botenfrauen der Parteispedition aufgeben zu wollen.

Gemeindevahl in Schöneberg. Bei der gestern erfolgten Wahl der dritten Klasse erhielten unsere Genossen 837 668, Bäumler 665 Stimmen. Für die gegnerischen Kandidaten wurden abgegeben: für Rentier Hecht 824, für Rektor Albrecht 806, für Malermeister Jöbel 747 Stimmen. Hecht und Albrecht sind demnach gewählt. Zwischen Jöbel und Köster muß wahrscheinlich eine Stichwahl stattfinden. Mit Sicherheit läßt sich das allerdings im Augenblick noch nicht feststellen, da die angegebenen Zahlen keine amtlichen sind, auch noch einige zerplitterte Stimmen fehlen, wodurch die zur absoluten Mehrheit erforderliche Zahl sich noch ändern kann.

Reinickendorf. Bei der am Donnerstag stattgehabten Gemeindevorwahlen-Wahl legten die vereinigten Gegner in der dritten Abtheilung mit 292 Stimmen gegen 67, welche auf unsere Genossen fielen. Die Wahlhandlung selbst war fürsorglich von unseren Gegnern während der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr festgesetzt und erklärt sich hieraus das erzielte Resultat der Gegner besser, als alle Worte, die man hierzu verschwenden wollte.

Das Lokal Wettiner Hof, Brunnenstr. 34, steht der Arbeiterschaft zu jezt ab zur Verfügung.

Zu Friedrichsberg-Lichtenberg haben bei dem am Donnerstag stattgehabten Ergänzungswahlen zur Gemeindevorwahlen die Kandidaten des Amtsvorstehers Röder mit großer Mehrheit gestiegt.

Steglich. Am Sonntag Früh 1/8 Uhr Flugblattvertheilung. Treffpunkt: Restaurant Schellhase.

Achtung, Bildhauer. Die im heutigen Inserat bekannt gegebene Versammlung wird nicht um 3 1/2 Uhr nachmittags, wie es dort heißt, sondern um 1 1/2 Uhr nachmittags eröffnet.

Achtgroßschneuzungen führt der „Vorwärts“ nicht! Was für Leute sind wohl bei politischen Prozessen im Zuschauerraum anwesend? Es war während der Verhandlung gegen Hillert und Genossen in der vorgestrigen Schöffengerichtssitzung. Der Herr Erste Staatsanwalt Drescher hielt gerade seine große Entrüstungsrede gegen den „Vorwärts“ und sprach von ihm als dem Protektor der „Diebe“, die bekanntlich mit einer ungeheuerlichen Strafe belegt sind. Als die Entrüstung des Staatsanwalts so ziemlich auf dem Gipfel angelangt war, sprach ein Parteigenosse im Zuschauerraum trocken für sich die Worte hin: Na, Achtgroßschneuzungen führt der „Vorwärts“ aber doch nicht! Kaum waren diese Worte in dem angebrachten halblauten Flüsterton gefallen, so fuhr ein Mann dem Sprecher an: „Was sagten Sie? Na, kommen Sie nur heraus, daß werden wir Ihnen besorgen! Unser Parteigenosse betrachtete seinen Nachbar mit dem gebührenden Blick — und schwieg vorläufig. In der nächsten Pause aber ließ er einen anderen Jubler gegenüber die Bemerkung fallen, daß die Polizei wohl selbst im Zuschauerraum vertreten sei. Der Angeredete, der in diesem Punkt offenbar einige Personennennungen hatte, bejahte die Frage und bezeichnete schließlich auch den Mann, der sich wegen der im Zuschauerraum über den „Vorwärts“ gefallene Bemerkung so mächtig erregt hatte, als einen Kriminalbeamten. Jergendwelche Folgen hatte der Zwischenfall nicht weiter. Unsere Parteigenossen werden aus diesem Vorfall aber die altbekannte Lehre beherzigen, daß sie auch in den geheiligten Räumen der Themis vor Lauschern nicht sicher sind.

Das alte Lied. In der letzten Versammlung des Vereins der Berliner Gastwirthe beklagte sich laut dem von Hubertus Jacobi verfaßten und veröffentlichten Sitzungsprotokoll der Gastwirth Lappaschewski über den wieder zu Tage tretenden Terrorismus der Sozialdemokratie. Der „Vorwärts“ habe wieder, wie schon früher, Unwahrheiten berichtet. Nebenher, falls diese Partei das Lokal sperren sollte, doch dasselbe durch Zuführung von Gästen zu unterstützen. Es ist dies das alte Lied. Sobald die Arbeiterschaft einmal nachdrücklich ihre Interessen wahrte, wie es den Herren Gastwirthen und Saalverweirerern gegenüber nur am Platze ist, schreiben diese über „Terrorismus der Sozialdemokratie“, obgleich man von den terroristischen Gelüsten dieser Herren schon manches erbauliche Bröckchen erfahren hat. Der Wunsch nach Zuführung von Gästen“ seitens der Gastwirthe wirkt wahrhaft komisch. Die Herren Kollegen des Herrn Lappaschewski werden vermutlich zufrieden sein, wenn sie selber Gäste haben und wären es auch — Sozialdemokraten!

Gelegentlich der Märzfeier wissen bürgerliche Blätter von einigen Vorfällen zu berichten, aus denen hervorgeht, daß Arbeiter, eingebend der Vorwürfe des Mangels an Patriotismus, die man gegen sie erhebt, sich auf ihre Weise dem zu nähern suchen, was den Musterdeutschen hoch und heilig ist. So wurde gemeldet, daß ein Arbeiter am Mittwoch das Krisgerdenkmal am Friedrichsbad mit einem Kranze zu schmücken suchte. Der Mann ist listig worden. Sinniger ist in einem zweiten Vorfall gehandelt worden. Das in Kaiserlautern errichtete Standbild des Fürsten Bismarck trug am 18. März früh zur Feier des 18. März eine rothe aus Wolle gestrickte Jakobinermütze, die mit Bindfaden auf dem bronzenen Haupt des Reichskanzlers festgebunden war. Hunderte von Passanten umstanden — wie die „Frankfurter Ztg.“ berichtet — von Tagesfrauen an die so sinnig geschmückte Statue, bis ein Polizeiwachmeister die rothe Fierde entfernen ließ.

Die Müllabfuhr soll in den Hauptstraßen Berlins fortan um 10 Uhr morgens zu Ende sein. Es kommen in betracht: Linden, Friedrichstraße vom Oranienburger Thore bis Zimmerstraße, Chausseestraße vom Oranienburger Thor bis Invalidenstraße, Potsdamerstraße vom Thore bis Bülowstraße, Potsdamer Platz, Leipzigerstraße, Kommandantenstraße, Gertraudenstraße, Roltenmarkt, Spandauerstraße, Königsstraße, Münzstraße, Alexanderstraße, Landsbergerstraße, Rosenthalerstraße. In verschiedenen anderen Großstädten ist die Müllabfuhr in allen Straßen schon in viel früherer Stunde beendet, in Hamburg z. B. morgens um 7 oder 8 Uhr. Auch hier zeigt sich, wie die Haupt- und Residenzstadt hinter anderen weniger großen Städten herumpelt, und so das bekannte Sprüchlein Berlin-Krähwinkel für den Reichshauptstädter immer noch erhalten bleibt.

Tägliche Abend-Gottesdienste sollen während der Zeit der Gewerbe-Ausstellung für deren Besucher in der Nähe der Ausstellung veranstaltet werden. Damit dürfte dem Ausstellungs-

Publikum eine Einrichtung gezeigt werden, die bislang nur ganz wenigen Berlinern bekannt war.

Die sämtlichen Werderschen Brauereien, also die Hoffmann'sche, die Brauereien von Lerch und Plettenberg, von Schulze und Hildebrand und von Georg Bauer, sind jezt unter der Firma „Vereinigte Werdersche Brauereien“ zu einem einzigen großen Unternehmen verbunden worden, zu dessen Betrieb eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 800 000 M. begründet worden ist. Den Vorstand bilden die Brauereibesitzer Georg Hoffmann, Georg Bauer und Adolph Plettenberg. So schreitet der Großbetrieb unausfahrlam auf seinem Siegeszuge weiter, der — sozialistischen Produktionsweise entgegen.

Der Großbetrieb hat sich nunmehr auch auf den Zeitungs-handel geworfen. Eine hier gegründete Gesellschaft für Straßenverkauf von Zeitungen entsendet vorläufig 50 Händler in die Straßen.

Die Mißstände in der Offizin, in der die Zeitung „Das Volk“ gedruckt wird, sind bekanntlich in der Dienstnummer unseres Blattes geschildert worden. Diese Veröffentlichung hat bereits die erfreuliche Folge gehabt, daß der Gewerbe-Inspektor die Druckereiräume am Donnerstag eingehend inspiziert und eine ganze Reihe schon lange erforderlich gewesener Verbesserungen angeordnet hat.

Eine minder erfreuliche Erscheinung an dieser Angelegenheit ist aber der Umstand, daß der Verdacht, den Bericht über die Mißstände uns überweisen zu haben, sich auf den kürzlich im „Volk“ entlassenen Seyer Max Badowski lenkt, der sich jezt wohl mit gutem Grund in seinem Fortkommen behindert fühlt. Wir sehen uns daher verpflichtet, auf Verlangen dieses Herrn zu erklären, daß der Bericht keineswegs von ihm herrührt und daß man gut thäte, die Nachforschungen nach dem „Verbrecher“, schon weil sie gänzlich erfolglos sein würden, einzustellen.

Das Passage-Paroptikum, das als Spezialität die Vorführung fremder Völkerverfassungen pflegt, bringt der Reichshauptstadt als neueste Erscheinung auf diesem Gebiete einen — Harem dar, der nach den Versicherungen des Direktors Herrn Neumann echt wie das Gold ist, das seine Damen tragen. In der That sieht man eine ganze Familie mit Zubehör aus der tunesischen Stadt Reprowan versammelt; und die häuslichen Geheimnisse, die im Orient selber dem Fremden streng verschlossen bleiben sollen, enthüllen sich in Berlin in aller Oeffentlichkeit. Freilich ist der Mann im Irthum, der da glaubt, durch besondere Pikanterien überrascht zu werden; man lebt in Tunis, wenn das uns vorgeführte Bild die alltägliche Wirklichkeit treu wieder spiegelt, so züchtig und ehrbar, wie dies anderwärts auch der Fall sein könnte. Es wird ein Nachmittagsdahl in einem orientalischen Hause aufgeführt. Die aus etwa acht meist hübschen Frauen und zwei prächtigen Kindern bestehende Familie befindet sich vorläufig noch in der Hut des Kindes. Eine Hausfrau schwächt den Frauen ihren Trödel an Tüchern auf, welches Geschäft aber jäh abgebrochen werden muß, als der Hausherr, ein Pascha eintritt. Er läßt sich die Hand küssen und vertheilt dann Geschenke unter seine besseren Häften; jede Frau erhält des lieben Friedens halber gleichmäßig ein Armband. Dann wird Kaffee kredenz und hierauf beginnen die Frauen ihren sonderbaren Wuchanz, der den Europäer mehr originell als ästhetisch schön anmüthet. Weiter erfährt das Familienbild eine Abwechslung durch eine neue Gattin, die der Pascha von einem Sklavenhändler gegen eine entsprechende Summe Geldes und — eine seiner bisherigen Frauen erkaufte. Ein Bild, das gestitteten Europäern schauerlich vorkommen müßte, wenn man nicht bedächte, daß im vorgeführten Welttheil das Dasein des Hausgefindes und der ganzen Arbeiterklasse auf noch weit unsicherer Grundlage beruht, wie das der afrikanischen Frauen. Das erste Schauspiel erhält einen heiteren Abschluß durch eine kleine italienische Gesellschaft, die mit ihrem Pollicinell-Theater, der Santa Lucia und der Tarantella auch Tunis heimgesucht hat. — Dem Freunde ethnographischer Studien wird die maurische Gesellschaft reiche Anregung bieten; unsere Frauen aber muß vor allem die prächtige, golddurchwirkte Kleidung der tunesischen Damen in Entzünden versetzen.

In der Galle'schen Mordfahne sind am Donnerstag drei Personen verhaftet worden. Der Steinschläger Hande aus Tempelhof hatte mitgetheilt, daß seine beiden Söhne, die 21 und 20 Jahre alten Steinseher Hermann und Fritj Hande, die bei den Pflasterungsarbeiten für die elektrische Bahn an der Ecke der Liegnitzer- und der Reichenbergerstraße beschäftigt waren, sich sehr viel nachts umhertrieben, auch in den Tagen, in denen der Mord an Klara Galle verübt sein muß, nicht nach Hause gekommen seien und sich später, während sie glaubten, daß er, der Vater, schläfe, in verdächtiger Weise mit einander über die Mordthat unterhalten hätten. Gendarm Fredow aus Tempelhof machte hierauf nach Nixdorf Meldung, und von hier aus gingen sofort vier Gendarmen auf die Suche. Zwei von ihnen trafen die Gebrüder Hande an ihrer Arbeitsstelle und nahmen sie um 11 1/2 Uhr an der Straße fest; die beiden anderen sahn deten auf dem Steinseher August Winger, der mit seinem Vater in der Sorauerstr. 11 zu Berlin wohnt und ebenfalls verdächtig wird, bei der Mordthat theilhaftig zu sein, und fanden ihn auf seiner Arbeitsstelle in der Hasenhaide. Auch Winger, der 26 Jahre alt und bei dem Steinsehermeister Fredow in der Bergmannstr. 36 beschäftigt ist, wurde festgenommen und ins Nixdorfer Amtsgefängniß gebracht. Freitag früh ist auch ein vierter Verdächtiger, der arbeitslose Arbeiter Krüger ergriffen worden. Kriminalkommissar Lazar kam noch Donnerstag Abend nach Nixdorf, beschränkte sich aber auf eine vorläufige kurze Vernehmung der Brüder Hande und ihres Freundes Winger. Eine längere Vernehmung fand gestern Vormittag statt. Zu dem Zwecke war auch der alte Hande durch einen Gendarmen von Tempelhof nach Nixdorf gebracht worden. Der Mann hat nun seine Beziehung gegen seine Söhne vollständig zuzugewandt. Er will von garnichts mehr wissen, nicht einmal, wie der Verdacht gegen seine Söhne zur Kenntniß der Behörde gekommen sei. Die Verdächtigten sind aber noch in Haft behalten worden. Das Ergebnis des Verhörs mit ihnen wird vorläufig noch geheim gehalten. Es wird behauptet, die beiden Brüder hätten früher einmal ihrem Vater durch eine Anzeige zu einer längeren Strafe verholten. Mit Klara Galle sollen sie bekannt geworden sein, als diese früher häufig bei einer Tante namens Heider, die mit einem Handelsmann in Tempelhof verheiratet war, sich aufhielt. Winger soll sich bezüglich seines Aufenthalts in der kritischen Zeit in starke Widersprüche verwickelt haben.

Wie nachträglich gemeldet wird, hat sich der Verdacht gegen die Brüder Hande und deren Freunde, den Steinseher Winger und den Arbeiter Krüger, nicht bestätigt. Nach dem Ergebnis des eingehenden Verhörs erscheint es nicht gerechtfertigt, die Verdächtigten noch länger in Haft zu behalten, und man wartet nur noch auf die Erledigung einiger Formalitäten, um alle vier wieder in Freiheit zu setzen. Der alte Hande hat die Anzeige gegen seine Söhne ohne Zweifel nur erstattet, um sich für eine frühere Anzeige der Söhne gegen ihn zu rächen.

In der Galle'schen Mordfahne bricht sich allmählich auch die Ansicht Bahn, daß die Leiche der Ermordeten gar nicht mit einem Wagen an den Wiefengraben geschafft worden ist. Es müßte auch merkwürdig unangenehm sein, wenn der Transport der Leiche aus einem Berliner Hause und dann weiterhin bis an den Wiefengraben stattgefunden hätte, ohne daß irgendwelche Spuren zurückgeblieben wären. Wenn, wie einerseits behauptet, andererseits aber bestritten wird, am Endpunkte der Fahrt neben der Wagenpurr Blutspuren sich gezeigt hätten, so sollte man meinen, daß man diese je näher dem Ausgangspunkte der Fahrt desto mehr hätte finden müssen. In Nixdorf gewinnt daher die Ansicht immer mehr an Boden, daß die That in der Nähe des Fundortes der Leiche in der Laubkolonie verübt worden sei. Mit Rücksicht auf diese

Möglichkeit und in Betracht früherer Vorkommnisse aller Art, die mit der Laubentzückung zusammenhängen, geht man in Norddorf mit dem Gedanken um, bei der Gemeindevorstellung die gänzliche Beseitigung dieser Lauben anzuregen.

Der spanische Schwindler, der anscheinend mit bestem Erfolg seit langer Zeit eine große Zahl derer, die nicht alle werden, aus dem deutschen Publikum brandschaltete, indem er ihnen Geld entlockte, um für sie Nachgrabungen nach verborgenen Schätzen und Kriegskassen anzustellen, ist, wie zuverläßlich angenommen wird, nun erwischt worden. Wie die hiesige Kriminalpolizei nämlich bürgerlichen Blättern mittheilt, ist sie von dem deutschen Generalkonsul in Barcelona benachrichtigt worden, daß die Straf-Untersuchung gegen einen gewissen Rafael Sunno eingeleitet worden ist. Da nun seit der Verhaftung dieser Persönlichkeit keine Anzeigen zur Schatzgräberei mehr erfolgen, wird angenommen, daß der Schuldige gefaßt ist.

Neber sechzig Personen sind in den letzten Tagen bei einer Razzia festgenommen worden, welche die Polizei in der Gegend des Prenzlauer Thores veranstaltet hatte.

In den Brandstiftungen in Moabit wird der bürgerlichen Presse von der Kriminalpolizei geschrieben: Wie bereits mitgeteilt, hat bezüglich eines Theils der in Moabit in neuerer Zeit vorgekommenen Brandstiftungen die Kriminalpolizei die Ueberzeugung gewonnen, daß die Urheber der Brände im Innern der Häuser zu suchen sind. In einem Falle hat sich der Verdacht gegen die Inhaberin des Bodenverchlages, in welchem am 10. März d. J. unter Anwendung von Petroleum Feuer angelegt worden ist, derartig verdichtet, daß die Verhaftung der Verdächtigten geboten erschien. Es handelt sich um die in der Waldstraße wohnende Ehefrau eines Pferdehändlermeisters.

Ein Betrüger hat am Mittwoch mit alten „Resummen“ am Friedrichshagen spekulirt. Als ein Parzeigebote ein solches von dem Händler gekauftes Blatt später zu Hause entfaltet hatte, wurde er gewahr, daß er eine bereits 1892 erschienene Maifest-Zeitung vor sich hatte. Es gelang leider nicht, den Betrüger abzufassen.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. In bezug auf die Neubefugung der Stelle eines Markthalen-Direktors hat das Magistratskollegium beschloffen, von einer Ausschreibung derselben Abstand zu nehmen und der Deputation der Markthalen den Auftrag zu ertheilen, Vorschläge in dieser Beziehung zu machen. Das Anfangsgehalt für diese Stelle ist auf 7500 M. festgesetzt worden. — Der Magistrat hat beschloffen, an den Kultusminister die Anfrage zu richten, falls der Botanische Garten verlegt würde, ob und unter welcher Bedingung derselbe der Stadt überlassen werden kann. — Die Direktion der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt mit in Kraft treten des diesjährigen Sommer-Fahrplans ihre Linie Weissenhof (Antonplatz) — Prenzlauer Allee — Rosenthaler unter Benutzung der Geleise der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft auf der Mühlendamm-Brücke — Könlischer Fischmarkt — Breitenstraße — Schlossplatz — Werderstraße u. Französischestr. — Kanonenstraße bis Behrenstraße zu verlängern, wozu die Genehmigung des Magistrats nachgesucht worden ist.

Die Magistrats-Briefboten. Uns wird geschrieben: Das Sparsystem des Berliner Magistrats macht sich bemerkbar. Die Briefschaften des Magistrats sollen in nächster Zeit nicht mehr wie bisher von den verordneten Magistrats-Briefboten — 30 an der Zahl — bestellt, sondern einer Privatgesellschaft übergeben werden, um die Diäten — pro Tag 2 M. — zu sparen. Durch diese Maßnahme werden nun nicht weniger als 30 Familien, darunter Familienväter mit 7—8 Kindern brodlos, Leute, die fast ein halbes Menschenalter hindurch der Stadt treu gedient und ihrem Dienste ihre besten Kräfte geopfert haben und nun nach 17 jähriger treuer Pflichterfüllung ohne Rang und Lohn, ohne Pension einfach vor die Thür gesetzt werden. Diese Maßregel wirkt um so einschneidender, als es Leute im Alter bis zu 69 Jahren trifft. — Wir glauben sicher annehmen zu dürfen, daß die Steuerzahler von diesem Sparsystem nicht sehr erbaut sein werden.

Auf dem Terrain der Gewerbe-Ausstellung sind am Donnerstag zwei Unglücksfälle passiert, wogegen am gestrigen Tage „nur“ ein Unfall sich ereignete. So ist es nämlich an der Tagesordnung; nie weiß ein Arbeiter, der morgens gesund von Weib und Kind Abschied nimmt, ob er nicht am Abend als Krüppel heimgebracht wird. Die am Donnerstag Verunglückten sind ein Zimmermann, der abhörte, und ein Maschinenschlosser, der sich gleicherweise durch Abwurf eine tödliche Verletzung holte. Gestern ist im Hauptausstellungsgebäude ein Zimmermann dadurch verunglückt, daß die Plüftung durchbrach. Lassen sich solche Unfälle wirklich nicht vermeiden?

Im Kampf mit Schulleuten ist am Donnerstag Abend der 23 jährige Arbeiter Krüger in der Linienstraße schwer durch Säbelhiebe verwundet worden. Schließlich setzte der Verletzte in einer Drohsche, in welcher er ins Krankenhaus geschickt werden sollte, den Kampf fort, bis er durch starken Blutverlust erschöpft war. Er wurde der Gefangenenaufteilung der Charite überwiesen.

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen schreibt uns: Sie haben in letzter Zeit wiederholt über Unfälle auf dem Domplatz berichtet und der zahlreichen Opfer gedacht, die der Bau selber schon erfordert hat. Wir gestatten uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß alle diese Verunglückten auf unserer Unfallstation V. Bräuerstr. 33 ärztlich versorgt und vermittelst unserer Krankenwagen, falls es sich als notwendig erwies, in ein Krankenhaus überführt wurden. Wir haben ein begriffliches Interesse daran, klarzustellen, daß die Sanitätswagen am Tage überhaupt nicht geöffnet sind, daß dagegen unsere Unfallstationen Tag und Nacht ärztliche Hilfe gewähren.

Beim Essen erstickt ist ein unbekannter Mann, welcher am Dienstag im Krankenhaus Friedrichshagen eingeliefert wurde. Der betreffende hatte in der Mittagsstunde in der Magazinstraße gebettelt und von einer Frau Fleisch und Kartoffeln erhalten, welche der Fremde, der etwa 50 Jahre alt sein mochte, sofort verzehrte. Plötzlich brach der Bettler zusammen und wurde, da die Besinnung nicht zurückkehrte, von einem Schutzmann mittels Drofsche nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht, wo er alsbald nach seiner Einlieferung verstarb. Wie ärztlich festgestellt wurde, hatte der Arme jedenfalls zu häufig gegessen, wodurch ihm ein Stückchen Fleisch in der Kehle stecken geblieben war und so seinen Tod herbeigeführt hat.

Ein sonderbarer Grund zum Selbstmord. Weilt er nicht ananirt war, wurde der 23 jährige Bureaudiar Oskar Grimm, der aus Oels stammt und hier am Johanneßstich wohnte, des Lebens überdrüssig. Grimm, der in einer Versicherungsanstalt thätig war, hatte als Einjährig-Freiwilliger in einem schlesischen Regiment gedient, ohne beurlaubt worden zu sein. Als er nun am Dienstag einen Befehlsgang zu einer achtwöchigen Übung bekam, äußerte er seiner Wirthin gegenüber seinen Mergen darüber, daß er nun als gemeiner Soldat dienen solle. Er hat sich das dann so sehr zu Herzen genommen, daß er nicht mehr leben wollte. Als gestern Morgen um 8 Uhr die Wirthin ihm den Kaffee bringen wollte, hörte sie ein Geräusch, das wie Röhren Klang; sie glaubte jedoch, daß der junge Mann sich den Mund ausspüle, und kehrte zurück, bis er Toilett gemacht habe. Eine Viertelstunde später ging sie in das Zimmer hinein und fand nun Grimm als Leiche auf. Er hatte sich, auf dem Sopha sitzend, einen Schuß in die Schläfe und einen in die Brust beigebracht.

Wahrscheinlich aus unglücklicher Liebe hat sich gestern Freitag morgens in früher Stunde das 22 jährige Dienstmädchen Friederike Lechner, das bei einem Fabrikanten in der Frankfurter Allee in Stellung war, durch Gift getödtet. Das Mädchen wollte sich verheirathen und es waren beim Standesamte schon die vorbereitenden Schritte gethan worden. Plötzlich scheinen Hindernisse dazwischen getreten zu sein, und das scheint auf das Mädchen so stark eingewirkt zu haben, daß es zu sterben beschloß. Als morgens der Kutscher des Fabrikanten die Lechner wecken wollte, erhielt er keine Antwort. Man öffnete nun die Kammer und fand das Mädchen, das nur mit einem Rock und dem Korset bekleidet war, entseelt am Fußboden liegen. Den G a s b a h n hatte es geöffnet, ob es auch sonst noch Gift genommen hat, bedarf noch der Feststellung.

Witterungsübersicht vom 20. März 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (9/10 F.)
Swinemünde	765	NO	2	wolkig	4
Hamburg	766	EO	1	wolkig	5
Berlin	764	SW	2	bedeckt	10
Biesbaden	765	SW	2	wolkig	9
München	765	SW	3	bedeckt	6
Wien	764	Stil	—	Nebel	5
Saparanda	755	Stil	—	halb bedeckt	-10
Petersburg	758	—	2	Negen	3
Coel	753	SW	4	bedeckt	8
Aberdeen	750	SW	3	wolkig	6
Paris	766	SW	2	bedeckt	3

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. März 1896. Nachts etwas kühleres, am Tage wärmeres, vielfach heiteres Wetter mit mäßigen südlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Das Deutsche Theater hat am Donnerstag Shakespeares blutrünstigste Distorie „Richard III.“ in sein klassisches Repertoire eingefügt. Die Stärke des gegenwärtigen Deutschen Theaters liegt nicht in der Vorführung der Distorien großen Stils. Das hat die Darstellung „Richard III.“ aufs neue bewiesen. Der satanische Held, der gewaltige Unmensch wurde von Josef Raing gegeben. Ein Probestück, das nur im einzelnen gelang. Das typische Gebilde gigantischer Häßlichkeit wurde bei Raing ins gemessene verwandelt. Die königliche Bestie Richard wurde zum häßlichen Larfäse, der die Greuelthaten mit boshaftem Humor, zu eigenem belustigenden Spiel ausführt. Raing hebt diese Seite in Richard III. so eindringlich hervor, daß für die schreckhafte Größe dieses Richard wenig mehr übrig bleibt. — Herr Reichert gab den Clarence, fast als spielte er ihn wider Willen, und die anderen Darsteller ließen vollends den hohen tragischen Schwung vermissen. Aus der Mäherin, der ewig grohlenden Königin-Wittwe Margarethe, aus der Gere, wie sie Richard nennt, machte Frau Schmittlein zum Beispiel ein leidendes, erträutes Bourgeoisweib; und Frau Schmittlein ist sonst eine treffliche Schauspielerin. Man soll sie nur nicht in heldenhaften Pathos zwingen wollen.

Die erste Aufführung des Schwan's „Nothe Fettel“ findet im Belle-Alliance-Theater am Sonntag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, unter Regie von Julius Türl statt. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Jordan, Hüstel, Mosler, Prippeuom, der Herren Ruff, Casmann, Peterson, Leo Landek a. G., Paul Hankel a. G.

Literarisches.

„Die Revolution und Kontrarevolution“, Mary's bisher ungedrucktes Werk, das demnächst in London erscheinen wird, ist, wie uns von kundiger Seite geschrieben wird, ein glänzendes Gemälde von Deutschland im „Revolutionsjahr“, eine wunderbare Kritik und Darstellung der preussisch-österreichischen und überhaupt der deutschen Zustände, der Beziehungen Deutschlands, das heißt der russischen Regierung zu Europa im allgemeinen, und des Panislaismus. Es ist in gewissem Sinne das deutsche Gegenstück zu dem französischen Bild des „Nachtgebenten Brumaire“.

Wir sind nicht ermüdet, in weitere Einzelheiten zu gehen. Wir kennen das Werk, seit es geschrieben ward, wir kennen auch die Gründe, welche das frühere Erscheinen verhindert haben. Und wir können mit Sicherheit sagen: Die Erwartungen, welche sich selbstverständlich an ein Werk von Karl Marx knüpfen, werden übertroffen werden. —

Gerichts-Beitrag.

Eine wichtige Entscheidung für die Presse. Aus Leipzig wird telegraphirt:

In der Strafsache gegen Ullstein u. Comp., die Verleger des Hochblattes „Berliner Manufakturist“, erkannte das Reichsgericht unter Aufhebung des Berliner Urtheils auf Freisprechung, da Zeitungstitel keine Waarenzeichen seien.

Eine eigenthümliche Bewandniß hatte es mit dem Diebstahl, der dem Former Gustav F. durch schöffengerichtliches Urtheil einen Tag Gefängniß eingebracht hatte. F. war bei einem Bildhauer beschäftigt, der sich von dem Kopfe seiner Braut ein Modell in Reliefform hergestellt hatte. Der Angeklagte erhielt den Auftrag, hiernach eine Form herzustellen. Der Gipsguß zeigte einen kleinen Fehler, sodas der Bildhauer anordnete, ihn zu zerhacken. Auf die Bitte des Angeklagten, doch ihm lieber den Abdruck zu schenken, erwiderte der Bildhauer: „Nein, mit dergleichen Sachen wird häufig Unfug getrieben.“ Später erfuhr er, daß der Angeklagte sich den Abdruck doch angeeignet hatte. Er würde ihn demnach nicht zur Anzeige gebracht haben, wenn ihm nicht zu Ohren gekommen wäre, daß der Angeklagte das Bild mit der Unterschrift „Bertha Nothe“ versehen und für 5 M. an einen Schankwirth verkauft hätte. Die Verurtheilung der Strafkammer sah die That des Angeklagten ebenfalls als Diebstahl an und bestrafte das erste Erkenntniß.

Die Amtsletten der Spandauer Stadtverordneten und des dortigen Oberbürgermeisters bildeten den Ausgangspunkt eines Strafprojektes wegen öffentlicher Beleidigung, welcher sich gegen die Spandauer Stadtverordneten Arbeiter C u h n und Töpfermeister S c h r o e r richtete und gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht II. zur Verhandlung kam. Die beiden Angeklagten haben in einer Versammlung des Arbeiterbeirathsvereins den vom Stadtverordneten-Kollegium gefassten Beschluß, Amtsletten für den Oberbürgermeister und die Stadtverordneten anzuschaffen, verspottet; sie sollen sich dabei zahlreicher beleidigender Aeußerungen bedient haben, welche sich gegen den Oberbürgermeister, den Stadtverordneten-Vorsteher Neupert, den Stadtverordneten Fahrtenkrug besonders, und weiter gegen das Stadtverordneten-Kollegium im allgemeinen richteten. Wegen aller dieser Beleidigungen wurde Anklage erhoben und das Spandauer Schöffengericht erkannte auf je hundert Mark Geldstrafe. Hiergegen legten die Angeklagten Berufung ein, die vierte Strafkammer am Landgericht II. nahm zwar eine erneute Beweisnahme vor, gelangte aber trotz derselben zu demselben Resultat wie das Schöffengericht, weshalb die Berufung verworfen wurde.

Versammlungen.

Der Verband der Banarbeiter und Berufsgeoffnen veranlaßte am 8. März über eine Reihe interner Vereinsangelegenheiten. Ein Antrag Eddel verlangt, daß für die Versammlungen ein Lokal genommen wird, das der zahlreichen Mitgliederzahl im Norden Berlins gelegener liegt. Diesem Wunsch soll in nächster Zeit entprochen werden. Hierauf sprach Genosse Hansen in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die Bestrebungen der Innungen. Da man von einer Diskussion Abstand nahm, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Eine Versammlung der Vertrauensleute der M e c h a n i k e r saßte am 16. d. M. folgende Resolution: Die Vertrauensleute empfehlen, in allen Werkstätten Besprechungen abzuhalten, um in der nächsten Versammlung einen klaren Ueberblick über die Verhältnisse im Beruf und über die Stimmung für eine Lohnbewegung zu erlangen. — Die ausgearbeiteten Fragebogen sind spätestens bis zum 1. April an Gabriel, Schöneberg, Brunenwaldstr. 121 abzuliefern.

Bosamentierer. Die Filiale II des Textilarbeiter-Verbandes hielt am 18. März eine zahlreiche besuchte Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende des denkwürdigen Tages mit einigen Worten gedacht, ehrte die Versammlung die Märzgefallenen durch Erheben von den Sihen. Hierauf referirte Genosse S a s s e n b a c h über das Thema: Der Uebergang vom Zwangs zur Gewerbetreiberei. Den folgenden Punkt der Tagesordnung bildete die Arbeitsniederlegung bei der Firma G. Gusebdt. Die Darlegungen der betr. Arbeiter ergaben, daß sie durch die Maßregelung eines Kollegen zur Arbeitsniederlegung gezwungen sind, da bei der Entlassung der Chef sich weigerte, einen Grund anzugeben. Hingutrat noch, daß die Behandlung der Arbeiter in der letzten Zeit viel zu wünschen übrig ließ. Nunmehr haben die Arbeiter folgende Forderungen gestellt: 1. Wiedereinstellung des Gemasregelten. 2. Aufhebung der Briefsperr. 3. Verlängerung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 1/2 Stunden. 4. Vollen Tagelohn für Sonnabend. 5. Unbefristete Behandlung. 6. Bei 5 Minuten Zuspätkommen kein Abzug. 7. Es darf binnen einem Jahre keine Maßregelung stattfinden. Das Resultat der Verhandlung mit dem Inhaber der Firma, Herrn A. Friedrich, war, daß er sich bezüglich der Punkte 2, 4, 5 und 6 zu Zugeständnissen bereit erklärte, bezüglich der anderen aber jede Verständigung ablehnte. Die Streikenden weigerten sich daher, die Arbeit aufzunehmen, bevor nicht über alle Punkte eine Einigung erzielt sei. Aus der Mitte der Versammlung wurde den Streikenden allgemein die vollste Anerkennung wegen ihres Vorgehens ausgesprochen und beschloffen, dieselben in ausgiebiger Weise zu unterstützen. Am Sonntag Vormittag soll eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der über den weiteren Verlauf der Angelegenheit berichtet wird.

Die Maler und Berufsgeoffnen hatten sich am Donnerstag bei Keller, Koppentstraße, versammelt, um über die weitere Stellungnahme zu dem Streik zu beschließen. Besonders waren die Maler der drei größten Werkstätten Sobotta, Bodenstein und Lange eingeladen, jedoch hatten nur wenige dieser Einladung Folge geleistet. Der Vertrauensmann Eitl berichtete sodann über die augenblickliche Lage des Streiks. Im allgemeinen sei der Stand als ein günstiger zu bezeichnen. 1300 Kollegen arbeiten bereits zu den gestellten Forderungen und vertheilen sich diese auf ca. 110 Werkstätten, worunter sich auch die Firma Eddorf, überhaupt eine der humansten Firmen Berlins befindet. 600 Kollegen befinden sich zur Zeit im Streik. Bedauerlich ist es jedoch, feststellen zu müssen, daß noch 1750 Kollegen, welche sich auf nur 50 Werkstätten vertheilen, d. h. also gerade die Kollegen der größten Werkstätten, worunter 200 Mann bei Sobotta, 250 bei Bodenstein und 60 Mann bei Lange beschäftigt sind, noch zu den alten Bedingungen weiter arbeiten. Unger stellt einen Antrag, daß der Arbeitsnachweis der Vereinigung jetzt für alle Maler, auch für die, die der Vereinigung nicht angehören, zugänglich gemacht werde. Der Antrag laun nicht zur Abstimmung gelangen und wird daher der Vereinigung zur Berücksichtigung überwiesen. Bezüglich der Unterstüßungsfrage, bei welcher es infolge eines Antrages von Eitl, der 10 und 12 M. pro Woche verlangt, zu einer langen Debatte kommt, gelangt schließlich eine Resolution zur Annahme, nach welcher unverheirathete und verheirathete Streikende sechs Mark pro Woche Unterstüßung erhalten. Familienväter erhalten für jedes Kind 50 Pf. Zuschlag. In der ersten Woche erhalten jedoch alle insgesamt nur 5 M. Vertrauensmann Eitl macht noch darauf aufmerksam, daß alle diejenigen, die zu den bewilligten Forderungen arbeiten, auch dem Beschluß, 2 M. pro Woche an den Streikfonds abzuliefern, nachkommen müssen. Auch haben die Werkstat-Vertrauensmänner die Gelder pünktlich am Sonnabend Abend abzuliefern. Von Montag ab werden die Firmen, die bewilligt haben, regelmäßig im „Vorwärts“ veröffentlicht. Ein jeder müsse dafür sorgen, daß seine Streikkarte in Ordnung ist, sonst erhält er keine Unterstüßung. Diejenigen, die erst im Laufe der Woche in den Streik eingetreten sind, erhalten diesen Sonnabend keine Unterstüßung. Den Stand des Streiks könne man als einen günstigen bezeichnen. Von weit und breit kommen Sympathie-Kundgebungen, von denen besonders die der Budapestter Kollegen hervorzuheben ist, welche auch materielle Hilfe gesandt haben. In sieben Städten befinden sich die Maler zur Zeit im Streik und haben bereits zum theil ihre Forderungen durchgesetzt; auch für Berlin sei die gute Aussicht vorhanden, den Streik siegreich zu Ende zu führen. Nachdem noch Bogels eine Abrechnung über die Kranzspende zum 18. März gegeben, ging die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung auseinander.

Eine öffentliche Maurer-Versammlung tagte am 19. d. M. im großen Saale bei Cohn, Douthstraße, unter zahlreichster Theilnahme behufs Berichterstattung der Vertrauensmänner beider Richtungen über die Einigung. In der vorhergegangenen Versammlung im Feenpalast waren bekanntlich die Vertrauensleute der lokalen und zentralen Richtung beauftragt worden, mit einander in Berathung zu treten behufs Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung zwecks Eintritt in eine Lohnbewegung, die von beiden Seiten für unvermeidlich anerkannt worden ist. Das Resultat der gepflogenen Verhandlungen war folgende Resolution: Als Grundlage für ein gemeinsames Handeln schlagen die beiden Vertrauenskörper der Berliner Maurer der Versammlung folgendes vor: 1. In einer gemeinsamen Maurer-Versammlung wird eine Lohnkommission von 6 Kollegen gewählt und zwar je 3 von einer Richtung. 2. Die Kommission wählt sich einen Obmann und einen Kassirer und zwar in folgender Weise: durch Loos wird bestimmt, welche Richtung den Obmann resp. den Kassirer zu stellen hat. 3. Die Berliner Maurer gründen für die Dauer der Lohnbewegung im Jahre 1896 einen Streikfonds; die Lohnkommission wird beauftragt, Listen, sowie Marken à 25 Pf., 50 Pf. und 1 M. herauszugeben. 4. Wählen die Maurer zwei Revisoren, je einen von jeder Richtung, welche die Einnahmen und Ausgaben vierzehntäglich zu prüfen haben. 5. Nach jeder Revision verbleibt ein Bestand bis zu 100 M. in Händen des Kassirers, der Ueberfluß ist in einer noch näher zu bestimmenden Bank niederzulegen. 6. Zur Hebung dieser Gelder ist die Unterschrift des Obmanns und des Kassirers erforderlich. Beim Tod oder sonstiger Verhinderung eines dieser beiden tritt dessen Stellvertreter in die Rechte derselben. 7. Von allen Einnahmen werden sämtliche Ausgaben inkl. Streik-Unterstützung für alle von der Lohnbewegung in Mitleidenchaft gezogene Kollegen gedeckt. 8. Zur Aufnahme etwa zu leistender Gelder zur Durchführung der Lohnbewegung ist die Lohnkommission berechtigt. 9. Die Tilgung dieser Schulden ist Ehrenfache der gesammten Berliner Maurer. 10. Ein etwaiger Ueberfluß nach Beendigung der Lohnbewegung ist der Lohnkommission zu überweisen.

Silberschmidt als erster Redner in der Debatte erläuterte eingehend Punkt für Punkt der vorgelegten Resolution und erklärte sich mit derselben einverstanden. Der folgende Redner war der nächste Redner, Karl Behrend, während Peters den entgegengesetzten Standpunkt vertrat und von einem Kartell nichts wissen wollte. Als ersten Schritt zur Einigung befürwortete Beierdorf in trefflichen Ausführungen die Resolution, darauf verweisend, daß durch Annahme derselben noch lange nicht ein Streik proklamiert sei, vielmehr es noch der thätigsten Unterstützung der gesamten Kollegenchaft hierzu bedürfe. Für wünschenswert erachtete er es, daß in Absatz 6 der Resolution auch die Unterschrift der Revisoren vorgesehen würde, während Hanisch unter Befürwortung der Resolution das Recht der Aufnahme von Geldern den öffentlichen Versammlungen vorbehalten wissen wollte. Nachdem noch Legeler, Gröppler und Fritsche für die Resolution gesprochen hatten, wurde die Generaldiskussion geschlossen und in die Spezialdiskussion über die Resolution eingetreten. Passus 1 der Resolution gelangte unverändert zur Annahme, desgleichen Passus 2, 3, 4 und 5. Zu Passus 6 war beantragt, daß auch die Unterschrift eines Revisors erforderlich sein soll. Aus praktischen Erwägungen wurde der Unterantrag abgelehnt und der Passus 6 in der vorgeschlagenen Form angenommen, ebenso Passus 7. Zu Passus 8 waren die Unteranträge gestellt, der öffentlichen Versammlung das Recht zur Aufnahme von Geldern zu überlassen, sowie den ganzen Passus zu freieren. Beide Unteranträge wurden abgelehnt und der Passus unverändert angenommen, ebenso Passus 9 und

Passus 10 unter Ablehnung des Antrages, daß die öffentliche Versammlung über die Verwendung eines etwaigen Ueberschusses zu beschließen haben soll. Die Resolution war somit angenommen. Die Versammlung vollzog nunmehr die Wahl der Lohnkommission. Es wurden gewählt von der zentralen Richtung Silberschmidt, Panzer, Fritsche, von der lokalen Richtung Kater, August Richter, Westphal. Zu Revisoren wurden bestellt Mehle (lokal), Braun (zentral). Mit Aufnahme der Thätigkeit der Kommission hören alle anderen Sammlungen auf. Mitte nächster Woche findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher das weitere erfolgen wird. Die Einberufung der Versammlung wurde der Kommission überlassen.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht am Sonnabend, Südost-Schule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie. — Nordische, Müllerstr. 179a: Reduktion. Beginn abends 9 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials (schon von 9 Uhr an geöffnet).

Fund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgebung Alle Briefschaften, den Fund der geselligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: V. Gent, Trebbenerstraße 107/108. **Sonnabend:** Vergnügungsverein „Helgoland“, Grüner Weg 20 bei Rabold (während des Winters alle 14 Tage Sonntag).

Arbeiter-Kinderbund Berlins und Umgebung. Kinderkinder im Bereichsbezirk sind zu richten an R. Pflug, Trebbenerstraße 9, Keller. **Sonnabend:** „Unverzagt“, Seebucherstraße 13 bei Vogel. — „Pia u. Pia“ u. „Kleinrot“ 22 bei Steuer.

Freireligiöses Gemeinde. Sonntag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, in Keller's Saalraum, Kopenstraße 29. Fester des 51. Stiftungsfestes.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Fiktal Richter. **Sonnabend,** den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, Kopenstraße 69, bei Preker. **Versammlung.** Tagesordnung: Kassendbericht. Wahl der Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Hofmann, Alexanderstraße Nr. 27c. **Große Versammlung.** Vortrag des Herrn Dr. Jöel über „Der Einfluß der Naturwissenschaften auf die städtischen Anstalten.“ Nachdem: Gefälliges Beisammensitzen und Tanz.

Fachverein der Uhrmacher u. verw. Berufsgenossen Berlins und Umgebung. Deute, **Sonnabend,** abends 9 Uhr, im Vereinslokal Ring u. K. Alle Jakobstraße 21. Vortrag des Gen. Dr. Weill.

Poliz- und Helfertrüger und Gefährlicher Berlins u. Umgebung. **Sonnabend,** den 22. März, vormittags 10 1/2 Uhr, Weberstraße 17 und Müllerstraße 7. Zwei öffentliche Versammlungen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29.) Fiktale Berlin. **Sonnabend,** den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Preker, Kopenstraße 69. **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Kassendbericht. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Vergnügungs-Verein „Lustige Geier.“ **Sonnabend,** den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Graf, Trebbenerstraße 22. **Sitzung** mit Damen. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen. **Sonnabend,** den 22. März, vormittags 10 Uhr, bei Kuntz, Jüdenstr. 69. **Sitzung.** Tagesordnung: Diskussion über das Lehrerte Programm.

Einflüßer-Verein. **Sonnabend,** den 21. März, abends 9 Uhr, Meißelstraße 15: **Versammlung** mit Damen. Tagesordnung: Vortrag. Gäste haben Zutritt.

Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen. **Sonnabend,** den 22. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Meißel, Meißelstr. 17. **Große öffentliche Versammlung.** Tagesordnung: Sind die Tabakarbeiter gewillt, angesichts ihrer elenden Lage in eine Lohnbewegung einzutreten?

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29.) Fiktale Charlottenburg. **Sonnabend,** den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Eder, Dismarckstr. 74. **Mitglieder-Versammlung.** Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29.) Fiktale Berlin. Die Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, Kopenstraße 27, statt. Wahl der Delegierten. Beiträge werden daselbst entgegengenommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 21. März.
Opernhaus. La Traviata.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Deutsches Theater. König Heinrich IV.
Lesing-Theater. Die Gräfin.
Berliner Theater. König Lear.
Neues Theater. Winter schlaf. Vorher: Ihre erste Liebe.
Residenz-Theater. Hotel zum Frei-hofen.
Theater Unter den Linden. Pariser Leben. Hierauf: Divertissement.
Schiller-Theater. Die Kinder der Eyzellen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Felle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Alexanderplatz-Theater. Die Musketiere im Damenstift.
National-Theater. Zimmermann's Lene.
Nachmittags-Vorstellung: Der Rattenfänger von Hameln.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Rausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Kinder der Eyzellen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. — Abends 8 Uhr: Ohne Geläut.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Freitag, den 20. März 1898:
Emil Thomas als Gast.
Zum 198. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Jul. Freund und Wilh. Mannsdorf.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang 1/2 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomass. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von E. D. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Eden-Theater.
Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Weltberühmte Tyroler-Sänger u. Gesellschaft
Almenrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Entree vollständig frei!
Im Theater-Saal:
Sensationelles März-Programm!
Bestes Ensemble Berlins!
Auftritte sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.
Nur hochkomische Nummern!
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
Der Rattenfänger v. Hameln.
Boltspieß in 8 Bildern von Dr. Gustav Braun.
Regie: Max Samst.
Abends 8 Uhr:
Zimmermann's Lene.
Berliner Sittenbild in 4 Akten von E. Meißner.
Regie: Max Samst.
Morgen, nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends 8 Uhr: Zimmermann's Lene.

Alexanderplatz-Theater.
Sonnabend: Zum 1. Male:
Die Musketiere im Damenstift.
Operette in 3 Akten von L. Barney.

Begründet 1845. Begründet 1845.
Circus Renz
Karlstrasse.
Sonnabend, den 21. März 1898, Anfang präzis abends 7 1/2 Uhr:
Kolossaler Erfolg!
Novität! Novität!
Lustige Blätter!
Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballetmeister August Siems für Berlin komponiert, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung. Inszenierte Original-Vorstellung in 2 Abteilungen mit den Ausstattungs-Divertissements
Weltstadtbilder!
Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorzuheben: Jouson hippique (Bagdad arab. Bolleblutschimmelhengst, 6 Tralehner Rapphengste, die Spaziersfahrt eines Jagdherrn) vorgeführt vom Direktor Fr. Renz, Austr. des anerkannt besten Schulpferdes der Welt Mr. James Phillis mit seinem Schulpferde Germal. Ferner einfache und doppelte Sagnettsprünge über Hindernisse, ausgeführt von 12 Herren. Auftreten der beliebtesten Klowns, sowie der vorzüglichsten Ränker-Spezialitäten.
Sonntag, den 22. März: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 1 Kind unter 10 Jahren frei: 1870—71. Abends 7 1/2 Uhr:
Lustige Blätter.
Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Sörse).
Schluß der Saison am 2. April.
Sonnabend, 21. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
zum Benefiz für
Mme. Maria Doré-Footitt.
Die Jagd nach d. Glück.
Ferner: 3. 1. Male: Leichte Cavallerie, ger. von der Benefiziatin. Die Benefiziatin als unerreichbare Drahtseilkünstlerin. 6 trakeh. Hengste, dress. u. vorgeführt vom Dir. Busch.
3. 1. Male: Gladiator, schwed. Prämiengewinn, ger. v. d. Schulpferder Herrn Kloss. The Rudolfs, die best. Reckturner der Welt. Auftreten der beliebtesten Klowns.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: (Ermäßig. Preise. Auf numer. Plätzen Kinder halbe Preise, auf nicht numer. 1 Kind unter 10 Jahren frei): Zschoua, das Waldmädchen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.
Montag: Zum vorletzten Male: Die Jagd nach dem Glück.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 7—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
Die 3 getigerten Grazien!!
aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Passage-Panopticum.
Ein Harem aus der afrikanischen Stadt Kayrowan. Haremsfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerinnen, Eunuchen und Sklaven.



Feen-Palast
Burgstraße Nr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Deute und folgende Tage:
Neu! **Tourbillions Trio.**
9 1/2 Uhr: Jex Tanisan.
10 1/2 Uhr: Jackley's. **Affenspiele.**
Und das 20 Nummern. Sen-sations-Prögr.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

I. Rennen in Carlshorst
Jeden Abend das urkomische **Burzelbaum-Jockey-Rennen**
Kaufmann's Variété-Theater
Königstraße, Colonnaden.
Das neue Programm hat gelacht.
Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen von Stephanis & Behrens. Hokus, Pokus von Joe Harro. Charley's Tante v. Max Menzel. Das Unikum Schindler. 1000 Köpfe hat Häuschle.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.
Neu! Sensationell! Neu!
Servais Le Roy
die räthselhafte Illusion.
Eugenie Fougère
die unerreichte franz. Excentrique.
Fritzi Ferry
die pikante Wiener Soubrette.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Kuenstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Famille Schenk — (5 Personen).
Neu! Truppe Marveill — (6 Personen), darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis — Geschw. Stucky — schärf. Orig.-Zup-Duett.
Neu! Schnapphahn, Finken u. Schraube!
Neu! Posse in 1 Akt v. H. Humo.
Woche. 10 Pf., Anf. 8 U.
Sonntag 80 „ „ 6 1/2 „
R. Winkler.

Janssen & Andrée, Esens in Ostfriesland. **Fabrik seiner Fleischwaren** mit Dampftrieb u. Räucherer. Nur Fabrikate eigener Schlachtungen, ohne Farbe und Mehl.
Cervelatwurst ff. 110 Pf.
Rohwurst 90 „
Kochwurst, auch zum geräuchert 60 „
Rohessen 80 „
Jungenwurst 70 „
Leberwurst 70 „
Rohwurst I. u. II. Sorte 60 u. 80 „
Brettschinken 70 „
Feinstes Rlomenschmalz in Rübelen von 25 u. 30 Pfd., sowie in Blechdosen von 5 u. 9 Pfd. pr. Pfd. 55—60 Pf.
Bauchspeck schön durchgewaschen und ff. geräuchert pr. Pfd. 60 Pf., Speck, fetten von Landschweinen pr. Pfd. 52 Pf.
Versand an Unbekannte gegen Nach-nahme. Auf Wunsch Sortimentspakete. Größere Posten entsprechend billiger. Garantie: Zurücknahme.
Empfehle meinen 44348
Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch, S. Fieberschfel, Mariannenstr. 48.

Th. Boltz' Festsäle, S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt I, 1082. 4501L.
Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu feinsten Bedingungen.

Mart. Berndt's Würstchen
empfehle nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichsten **Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.** Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: ff. Eisbeins. Für gute Biere ist selbstverständlich beständige Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke.

„Zum Bruder Heinrich“
14 Blumenstraße 14.
Weiss-, Bairisch-, Kulmbacher Bier. Auswahl in kalten u. warmen Speisen. Sonntags: Humorist. Unterhaltung.

Restaurant zum Eichbusch
Neue Krug-Allee 4. Neue Krug-Allee 4.
3 Minuten hinter dem Paradiesgarten. **Großer Tanzsaal.** Jeden Sonntag: Großer Ball. Zimmer für Vereine und Gesellschaften unentgeltlich. 45708
Georg Schulmeister.
Vergnügungszimmer mit Piano, 50 Personen fassend, noch einige Tage frei. 332b
Winkel, Ackerstraße 145.

Empfehle allen Genossen, Freunden und Bekannten mein **Weiß- u. Bairisch Bier-Lokal u. Vergnügungszimmer.** 373b Georg Rasemann, Liegnitzerstr. 30.
Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Unterganges nur 1 M. 50 Pf. anser Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pincenes.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Hierdurch mache allen Genossen, Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Mittheilung, daß mein guter Mann, unser Vater, Schwieger-vater und Großvater, der Restaurateur **Georg Redanz** im Alter von 45 Jahren am Freitag, den 20. März cr. früh 4 1/4 Uhr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. März cr. nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Brangelstr. 84 aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Britz statt. [3846.]
Die trauernde Wittwe **Louise Redanz** nebst Kindern.

Todes-Anzeige.
Allen Parteigenossen hiermit die traurige Nachricht, daß unser lang-jähriger Mitkämpfer **Gastwirth Georg Redanz** am Freitag Morgen im Alter von 45 Jahren nach langem, schwerem Leiden verstorben ist. — Wir verlieren in demselben einen braven Genossen. — Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. März nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Brangelstr. 84 nach dem **St. Emmaus-Kirchhof in Britz** statt, und erucht um zahlreiche Theilnahme der sozialdemokratische Ver-trauensmann für den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, daß mein lieber Mann, unser Vater, Bruder und Schwager, der Zimmermann u. jegige Restaurateur **Hermann Schulz,** Chausseestr. 95 am Gehirnschlag plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr vom Augusta-Hospital aus statt. 885b.
Im Namen der Hinterbliebenen die trauernde Wittwe **Frau Bertha Schulz.**

Hosen, Anzüge, Paletots
nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Mühlstr. 4. Engel, Schneider. 564

Achtung! Kein Laden. **Kontroll-Gauckmarkt.**
Nur eigene Fabrication, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 4261L.
G. F. Pinstlage, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-fabrik von W. Hirschko, gegründet 1872, Staligerstr. 13, Ecke Admiralsstraße, am Kottbuser Thor. 42702*

Aleiderjind, Wäschejind, Schlaf-joppe, Bettst. u. Mat-tragen, Küchenachen sofort billig [596
Reichenbergerstr. 160, v. I. Behring.

Gebrauchte Möbel kauf Lazarus, Anklamstr. 20. 367b

Vollständige Geschäftsaufb.ung.
Elegante Herrenstoffe weit unter Preis.
Theodor Lehmann, Kochstr. 49.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen Jordan,
Kleine Marius-Strasse Nr. 28.

Xylographen
für technische Schnitte (in und auferu Hause) sucht 375b
Rich. Bong, Potsdamer Str. 83, Berlin.

Anständ. junger Mann findet Schlaf-stelle Briegenerstr. 8, 1. Luerg 2 Tr., Goldbach.
Möblirtes Zimmer zu vermieten Kottbuserstr. 19 part. [377b] Onno.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 20. März, 11 Uhr.

Am Ministertische mehrere Regierungs-Kommissarien und Minister v. Hammerstein.

Die Verordnung betr. den Wiederaufbau von Brotterode wird in dritter Lesung debattiert, ebenso der Gesetzentwurf betr. die Novelle zur Schleswig-holsteinischen Synodalordnung.

Der Gesetzentwurf betr. die Errichtung einer General-Kommission für Ostpreußen wird in dritter Lesung angenommen. Ferner wird debattiert die Vorlage betr. Aufhebung der ärztlichen Tazen in dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Antrag Wallbrecht (natl.) betr. die Einführung von Ortsstatuten zur Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker. Derselbe wird gemeinsam mit einer Petition des Innungsverbandes deutscher Bauwerksmeister in Berlin, welche denselben Gegenstand betrifft, zur Debatte gestellt. — Die Justizkommission beantragt, letztere Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Wallbrecht (natl.) begründet seinen Antrag, der im wesentlichen dahin geht, die baupolizeiliche Genehmigung abhängig zu machen von dem Nachweis der Zahlungsfähigkeit des Bauunternehmers; zur Ermittlung der Sicherheit des Bauunternehmers soll ein Bau-schöffens-Amt, bestehend aus gewählten Gemeindegliedern, mitwirken. Der Antragsteller bittet, seinen Antrag einer Kommission zu überweisen, damit diese daraus einen brauchbaren Gesetzentwurf formuliere.

Abg. v. Wonna (H.) findet zwar in dem Antrage Wallbrecht einen sehr glücklichen Gedanken, kann aber das neue konstruierte zivilrechtliche Verhältnis, dessen Ausbau nach dem Gemeindefürsorge überlassen werden soll, nicht billigen und beantragt Vorberatung des Antrages durch eine vierzehner-Kommission.

Abg. Felsch (L.) schildert das Verfahren beim Bauhandwerker, das oft von wucherischen Unternehmern getrieben wird, denen die hervorragendsten Rechtsanwälte zur Seite stehen. In der raffiniertesten Weise werden die kleinen Handwerker ruinirt. Der Antrag Wallbrecht genügt nicht; das nötige Ortsstatut würde in großen Städten, wo der Bauhandwerker am gefährlichsten ist, nicht angenommen werden. Die Pflichten der Schöffen sind sehr verantwortungsvoll. Mehr als dieser Antrag würde uns der Befähigungsnachweis nützen. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn wir helfen wollen, muß es bald geschehen.

Abg. Jäckel (fr. Vg.): Die Beweggründe des Antragstellers sind anzuerkennen; seine Vorschläge würden den angestrebten Zweck nicht erreichen. Die Schöffen können die ihnen gestellte Aufgabe, die Zahlungsfähigkeit der Unternehmer zu prüfen, nicht erfüllen. Auch an dem Verhalten der Bauhandwerker liegt oft die Schuld des Bauhandwerkers, denn sie rechnen den Unternehmern hohe Personen und würden das künftig noch mehr thun. Gegen Terrainspekulationen mag man streng vorgehen. Der Antrag Wallbrecht ist entbehrlich, da die Materie im bürgerlichen Gesetzbuch geregelt wird.

Abg. Bode (L.): In das Belieben der Städte kann die Regelung dieser wichtigen Angelegenheit nicht gestellt werden; die Nothwendigkeit der Regelung anerkennen wir.

Abg. Dr. Eckels (natl.): Die Bedenken gegen den Antrag verkennen wir nicht, aber der schwindelhafte Bauunternehmer wird sicher von der Bildfläche verschwinden, wenn der Antrag Gesetz wird. Aus Rücksicht auf Berlin allein machen wir keine Gesetze.

Abg. Kollisch (fr. Vg.): Die Zahl der wirklichen Schwindelbauten ist nicht so erheblich. Der Antrag Wallbrecht beruht

auf praktischen Erfahrungen und verdient wohl eine eingehendere Prüfung.

Abg. Kirsch (Z.) hält die Stellung einer Baukaution für das Beste, man könnte sogar diese Kautionbestellung obligatorisch machen.

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag Wallbrecht geht an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern, der Kommissions-Antrag auf Ueberweisung der Petitionen an die Regierung zur Erwägung wird angenommen.

Es folgt der Antrag v. Mendel-Steinfels (L.), die Regierung zu ersuchen, bei der sächsischen Staatsregierung unverweilt und nachdrücklich dahin zu wirken, daß die Stadt Leipzig veranlaßt werde, ihre Abwässerungsverhältnisse bald und gründlich zu ordnen.

Abg. v. Erffa (L.) begründet den Antrag. Die Abwässerungsverhältnisse Leipzigs sind sehr ungünstig. Die in die Elster und Lippe geleiteten Fabrikabwässer enthalten Arsenik und verunreinigen den Fischbestand der Flüsse und die anliegenden Weiler.

Minister v. Hammerstein anerkennt das Vorhandensein von Uebelständen; doch schweben Unterhandlungen wegen der Anlage von Kläranlagen mit der sächsischen Regierung und der Stadt Leipzig, die auch die Anlage von Rieselfeldern in Aussicht genommen hat, um dem Uebel gründlich abzuhelfen.

Abg. v. Tepper-Laski (L.): Die Uebelstände sind sehr groß; es herrschen jetzt bereits Epidemien in der Umgegend Leipzigs. Von den Kläranlagen erwarte ich nicht viel; die Anlage von Rieselfeldern hat ihre Schwierigkeit. Die erforderlichen Terrains liegen meilenweit von der Stadt entfernt.

Abg. Pleß (Z.) stimmt dem Antrage bei, ähnliche Uebelstände bestehen auch an anderen Orten, namentlich in den Industriegegenden.

Abg. Wallbrecht (natl.) warnt davor, zu weitgehende Anforderungen zu stellen, die nichts nützen.

Der Antrag wird angenommen.

Morgen (Sonnabend) 11 Uhr: Petitionen.

Schluß 4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

An die Buchdrucker Berlins und der Provinz Brandenburg.

Vielfachen Beschwerden gegenüber, daß zu wenig Stimmzettel zur Tarifvertreterwahl eingegangen seien, theilen wir mit, daß die fehlenden in der Verwaltung der Ortskrankenkasse, Berlin, Ritterstr. 94, sowie in der Verwaltung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Neue Grünstr. 14, nachbezogen werden können. Kranke und Arbeitslose können ebenfalls die Stimmzettel durch eine der beiden Verwaltungsstellen beziehen. Die Stimmzettel müssen bis spätestens den 25. März, abends 8 Uhr, dem Leipziger Einigungsamte übermittleit sein. Die Kandidaten für den Tarifkreis VIII (Berlin-Brandenburg) sind: E. H. Giesecke, Vertreter, Albert Wachs, Stellvertreter, beide in Berlin. J. A. Albert Raffini.

Achtung, Sattler Berlins! Der Streik in den Treibriemen-Fabriken dauert fort. Die ansässigen Kollegen haben das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen. Wir bitten, die Sammlungen für die Streikenden am heutigen Tage rege fortzusetzen. Die Lohn- und Agitationskommission. J. A. Bruno Börsch, Stalitzerstr. 141a, 4 Tr.

Achtung, Schuhmacher Berlins! Zwecks Verbreitung des Flugblattes zu der am Montag, den 23. März,

im Königshof, Bülowstraße, stattfindenden öffentlichen Schuhmacherverammlung werden die Kollegen dringend ersucht, Sonntag, morgens 1/2 8 Uhr, bei Herrn Werner, Bülowstraße 59, zu erscheinen. Die Agitationskommission.

Situationsbericht der streikenden Stellmacher Berlins und Umgegend. Die Forderungen sind bis jetzt in 25 Werkstätten mit 130 Kollegen bewilligt. Im Streik befinden sich 300 Kollegen in 85 Werkstätten. Bearbeitet wird noch in den Werkstätten der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft, Badstr. 41, der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft, Frobenstr. 1, in der Fabrik von Neuf, Friedrichstr. 225 sowie in einigen kleineren Werkstätten. Zwecks genauer Kontrolle haben sich die streikenden Kollegen unbedingt einmal täglich, und zwar vormittags von 9-11 oder nachmittags von 2-5 Uhr im Streiklokal, Elsfasserstr. 9, einzufinden. Weiter werden die Kollegen auf den Beschluß der Versammlung vom 16. d. M. aufmerksam gemacht, wonach jeder arbeitende Kollege verpflichtet ist, während der Dauer des Streiks wöchentlich 1,50 M. an die Lohnkommission abzuliefern.

Die Innung faßte in ihrer letzten Versammlung eine Resolution, worin u. a. gesagt ist, man fühle sich nicht veranlaßt, mit der sogenannten (1) Lohnkommission zu verhandeln, weil nur ein Mitglied derselben bei einem Innungsmeister in Arbeit stehe. Diese Behauptung ist unwahr. Von den 9 Mitgliedern, aus welchen die Lohnkommission besteht, arbeiten 7 bei Innungsmeistern, 1 ist arbeitslos und 1 ist bei einem nicht der Innung angehörigen Meister beschäftigt. Weiter ist die in derselben Versammlung gemachte Angabe unwahr, daß von den 922 bei Innungsmeistern beschäftigten Gehilfen sich nur 180 am Streik betheiligten.

Aus Dänemark. Auf die Initiative der Hauptleitung des dänischen Buchbinder-Verbandes und einiger in diesem Gewerbe thätigen Frauen ist ein Verein der weiblichen Arbeiter des Buchbindergewerbes in Kopenhagen gegründet worden. Er führt den Namen „Fachverein der weiblichen Buchbinderarbeiter“. Der Verein zählt etwa 40 Mitglieder und will dem „Dänischen Buchbinder-Verbande“ beitreten. Im ganzen mögen etwa 200 Mädchen und Frauen im dänischen Buchbinder-gewerbe thätig sein. Die Begründung eines derartigen weiblichen Fachvereins, so gering er vorläufig auch an Mitgliederzahl ist, ist ein bedeutender Vorgang in der dänischen Arbeiterbewegung.

Versammlungen.

Die Schmiede, deren Organisation in den letzten Wochen sehr große Fortschritte gemacht hat, veranstalteten im Laufe der vergangenen Woche 5 öffentliche Versammlungen in den verschiedenen Stadtgegenden, um den einheitlichen Ausbau der Organisation durch das neu eingeführte Vertrauens-männer-System zu vervollständigen. Mit Ausnahme einer Versammlung in Moabit, in der Genosse Neumann sprach, referirte Genosse Jahn in allen Versammlungen. Die Stellungnahme der Gesellen gegen den Arbeitsnachweis der Innung hat natürlich die Innungsmeister nicht schlafen lassen und diese veranlaßt, sich gegenständig gegen das Vorgehen der Gesellen zu schämen, und zwar dadurch, daß sie, wie von Jahn in einer Versammlung mitgeteilt wurde, jeden Meister, der einen Gesellen aus dem Arbeitsnachweis der Schmiede-Organisation entnimmt, mit 200 M. Strafe belegen, um, wie es heißt, die Gesellen einzuschüchtern. Dagegen werden die Gesellen u. a. gegen die noch sehr stark fortschreitende Sonntagsarbeit energisch vorgehen und die betreffenden Meister zur Anzeige bringen. Der Arbeitsnachweis der Gesellen wird jedenfalls in die Mitte der Stadt verlegt werden. Die letzte große beschließende Versammlung für Sonntag Vormittag konnte leider

Der Frauenabend im Verein Berliner Presse

hatte ein großes Publikum angelockt. Ob Neugierde oder Interesse die Haupttriebfeder war, möchte ich nicht entscheiden. Als Johanna Ambrosius, die arme ostpreussische Bauerstau mit den blauen, gramdurchfurchten Zügen das Podium betrat, war es sicherlich zuerst Neugierde, die alle Blicke auf sie richten ließ. Vor diesem Publikum hatte noch nie ein solches Weib aus dem Volke ihr Herz erschlossen und wie eine Profanierung kam mir's vor, daß es geschah, und daß sie sich ein Beifallklatschen gefallen lassen mußte, wo sie von ihres Daseins Qual und Noth, von ihren Leiden und Freuden sprach. Sie ist keine kürmische Revolutionärin wie Ada Negri; das Elend, das sie sieht und das sie selbst erlebt hat, stimmt ihre Harse wohl zu rührender Klage, zu inbrünstigem Gebet, nicht aber zu einem Kampflied, das alle Leidenden zusammenruft. Sie singt auch das alte Lied vom Stolz der Armuth, ja von seinem Reichthum, der in der Arbeit besteht, und gerade dieses Lied, das mir Zeugniß davon ablegte, wie tief die Sorge sie niederbeugt hat, fand vor dem bürgerlichen Publikum den größten Beifall. Es ist so bequem, kostet gar keine Angst, höchstens ein paar Thränen der Rührung, einen Armen zu bewundern, der stolz seine Bürde trägt. In dem ergreifenden Gedicht „Der Wasserjunge von Selisberg“, in dem rührenden Lied der Mutterliebe „Mein Bub“, in dem sehnsüchtigen Gesang vom Glück brachte sich ein Gefühlleben zum Ausdruck, wie es die Dichter dem deutschen Weibe zugesprochen haben, ohne daß es sich ihnen allzu häufig hätte offenbaren können. Als Johanna Ambrosius schloß und an stelle der schwermüthigen, schwarzgekleideten Frau in moderner, elegantester Toilette die äppige Schauspielerin Marie Pospischil das Podium betrat, da empfand wohl jeder den schneidenden Gegenfah; als sie dann noch Maria Janitschels Gedichte zu lesen begann, umwob sich das Bild der schlichten Volksdichterin mit einem Strahlenkranz, während die Salonidichterin mit all ihrem Wort- und Bildreichtum unwahr erschien bis ins Innerste. Im Gegensatz zu dem echten Gefühl der Ambrosius, war der hohle Pathos und die kalte Leidenschaft der Janitschel nur zu deutlich zu erkennen. Erwähnenswerth ist besonders ihr Gedicht: „Der Gottsucher“, worin sie einen finsternen Glaubensfanatiker schildert, der mit Feuer und Schwert die Ungläubigen auszottet und seine Religion verbreitet, ohne Gott, dem er zu dienen meint, zu finden. Da endlich offenbart er sich ihm in gütiger Milde, weil — der wunderliche Menschenmörder ein aus dem Nest gefallenes Vögelchen errettet hat! Das Publikum war natürlich tief gerührt, denn dieses Publikum gründet aus gutem Herzen Thierschutzvereine und läßt die Noth der Menschen ungelindert fortbestehen. Maria Janitschel ist seiner würdig.

Nach Fraulein Pospischil betrat Frau Professor Gyzki das Podium, um über „Die neue Frau in der Literatur“ zu sprechen. Ihr formvollendeter, das überreichste Material vollkommen beherrschender Vortrag rief neben lebhaftem Beifall auch in schrillen Zischen sich äusernden Widerspruch hervor. Das Zischen wurde aber bald durch den steigenden Beifall zur Ruhe gebracht. Soweit dies im Rahmen

eines Zeitungsreferats möglich ist, sei der Inhalt des Vortrages skizziert.

Die Vortragende leitete ihre Darstellung ein mit der Erinnerung an die Aufregung und die Diskussionen, die sich in England an die Aufführung eines Theaterstückes: „The new woman“ (Die neue Frau) im vorigen Jahre knüpften. In diesem unbedeutenden Theaterstücke finden sich die üblichen Karikaturen der Emanzipirten und als Idealfrau wird die gute Köchin geschildert. So gleichgültig das Stück war, so wichtig war die sich an seine Aufführung anknüpfende Diskussion in Versammlungen und in der Presse. Die Typen der neuen Frau, die in diesen Debatten eine so große Rolle spielten, finden sich in den zahlreichen englischen Romanen, die die Vortragende treffend „Frauenbewegungs-Romane“ nannte. Die charakteristischen Frauengestalten aus denselben wurden in dem Vortrage treffend skizziert. Das Ergebnis ihrer Darstellung ist, daß keine der in den englischen Romanen gezeichneten Frauengestalten wirklich die neue Frau ist. Von der Erörterung schloß Frau von Gyzki die „neue Frau“ in der romanischen Literatur aus, weil sie fast ganz der Decadence angehört und ihr das Prädikat neu nicht gegeben werden kann. Ausführlich bespricht die Vortragende dann die von den skandinavischen Dichtern geschaffenen Frauengestalten. Ueber Ibsen's Frauengestalten sagt sie: Ibsen wurde der Verkünder des Evangeliums der unverständenen, nach Freiheit der Persönlichkeit ringenden Frauenemancipation, aber er wurde auch der Verderber der vielen, die dieses Ringens, dieses Unverstandensein und Affektirens, nicht nur weil es Mode geworden ist, sondern weil es das leere Leben unbeschäftigter Frauen angenehm ausfüllt, sie vor sich selbst interessant macht. Ibsen's „neue Frau“ (Nora) zieht die Konsequenz der Erkenntniß vieler Frauen, denen es plötzlich zum Bewußtsein kommt, daß ihnen ihr Mann ein Fremder ist, mit dem sie niemals ein ernstes Wort über ernste Dinge gewechselt haben, sie bleibt nicht bei dem „fremden Mann“, sie laßt ihr Puppen-dasein nicht fortsetzen, sie geht aus Pflicht gegen sich selbst und tritt ohne zu zögern, allein mitten in den Kampf um das Dasein. Das „Wunderbare“, auf das der Schwächling von Mann noch hofft, wird sicherlich nicht eintreten, denn Nora wird noch weiter über ihn hinauswachsen, als sie schon hinausgewachsen ist. Ihre That wäre eine sittliche That, des Ideals der „neuen Frau“ würdig, wenn sie nicht durch einen Umstand, der den männlichen Verfasser kennzeichnet, zu einer brutal egoistischen würde. Nora verläßt nicht nur den „fremden Mann“, sondern auch ihre kleinen Kinder. Sie überläßt in vollster Seelenruhe ihre Kinder dem Manne, dessen ganze Erdarmlichkeit sie durchschaut hat.

Und von hier geht der schädigende Einfluß dieser Ibsen'schen „neuen Frau“ aus: Das tolle Talmi-Nora's, arm an Geist, kalt an Herzen und nur stark in ihrer Pflicht, laufen durch die Welt. Die echte Nora, zu deren Vollendung dem grübelnden Dichter das tiefe Gefühl gefehlt hat, hätte ihre Erkenntniß zuerst dadurch behältigt, daß sie ihre Kinder mit sich nimmt, daß sie sie erlumpft, wenn es sein muß, sie herandrückt aus der Atmosphäre, in der sie geistig und sittlich ersticken werden. Unter Ibsen's Frauengestalten ist nicht eine, welche ganz Weib ist, aber andererseits ist auch nicht eine unter ihnen, die nicht mit der Wahrscheinlichkeit einer nicht retouchirten Photographie irgend eine Variation der neuen Frau darstellte. Dies bewies die Vortragende durch die feine Charakteristik anderer Frauengestalten des berühmten Norwegers. Frau v. Gyzki führt dann die Frauencharaktere, die Björnson, Ransjen

und Strindberg zum Theil in scharfer Opposition gegen Ibsen geschaffen haben, vor und kommt zu dem Schlusse, daß keine der von den Skandinavieren geschaffenen Frauentypen dem Problem der „neuen Frau“ nahe gekommen sind. Leider verbietet es uns auch der Raum, auf die treffliche Polemik gegen Laura Marholm's Auffassung der Frauenfrage einzugehen. Bloß zwei Versuche deutscher Dichter, die „neue Frau“ dichterisch zu gestalten, scheinen ihr beachtenswerth: die Magda in Sudermann's „Heimath“ und die Anna Mahr in Gerhard Hauptmann's „Einsame Menschen“. Aber auch in diesen Typen konnte die Vortragende nicht das Bild der neuen Frau erkennen. Sie schloß ihren Vortrag beläufig folgendermaßen:

Wenn wir trotzdem darauf hoffen, daß doch noch ein deutscher Dichter sein wird, der all die einzelnen Züge der neuen Frau, die Englands und Skandinaviens Schriftsteller geschildert haben, zu einer lebensvollen Erscheinung zusammenfaßt, so ist das nicht etwa ein chauvinistischer Traum. In England und Skandinavien hat die einseitige Frauenbewegung, der einseitige Kampf der Frau gegen den Mann auch einseitige Charaktere und abnorme Frauen hervorgebracht. Die Frau hat sich in erster Linie nicht als ein Glied der leidenden Menschheit fühlen gelernt, sondern als Glied des leidenden Geschlechtes. Sie geht nicht Hand in Hand mit dem Mann; die gegenseitige Einwirkung fehlt und damit das gegenseitige Verständnis. In Deutschland dagegen birgt der niedrige Stand der Frauenbewegung einen Vortheil in sich: sie wird in den Strom der stärker und stärker anschwellenden allgemeinen sozialen Bewegung mit hineingerissen werden, ehe sie Zeit hat, es zu einer großen selbständigen Entwicklung zu bringen. Und in dieser allgemeinen Bewegung härt nicht nur der Mann der Zukunft seine Kräfte und weitet sein Herz, aus ihr heraus wird auch als seine Gefährtin und Mitschreiterin die „neue Frau“ entstehen. Denn wenn ihr auch vom Recht und von der Befreiung der Menschheit von den rechtlichen und wirtschaftlichen Fesseln zu kämpfen.

Vielleicht wird es dann kein Dichter, sondern eine Dichterin sein, die den Zwiespalt zwischen der Frau der alten und der neuen Zeit zuerst in sich gelöst hat und ein Selbstbekenntniß in der Form einer dichterischen Gestalt der Welt vor Augen führt. Sie wird von dem Geist und Herz einschneidenden Fesseln unserer Mädchenerziehung nicht empfunden haben, in einem Verne, der ihren Fähigkeiten entspricht, wird sie innerlich und äußerlich selbständig geworden sein. Sie wird von früh an mit Männern ebenso ungehindert und daher ebenso harmlos verkehren wie mit Frauen. Und aus der Sympathie der Geister, aus der Freundschaft hervor, wird die höchste Offenbarung ihres Wesens: ihre Liebe erschauen.

Ohne nach dem Urtheil der lieben Nachbarn fragen zu brauchen, wird sie dem Manne ihrer Wahl gehören. Denn zu jener Zeit wird man wissen, daß das Heiligste im Leben: die Vereingung zweier Herzen, des Menschen eigenste Angelegenheit ist, seiner persönlichen Freiheit anheimgegeben, in die kein anderer wagen darf einzugreifen. Das freie Weib wird dem Mann als treuer Kamerad zur Seite schreiten, nicht über und nicht unter ihm. Und aus dem Schooße dieser neuen Frau werden die Führer des Volkes, die Träger der Zukunft erwachsen: die neuen Menschen.

nicht stattfinden, da der Revierleutnant das Abhalten zweier Versammlungen, die dort stattfinden sollten, kurzer Hand untersagte und die beiden Säle räumen ließ. Die weitere Beschlußfassung wird in einer späteren Versammlung erfolgen.

Die öffentliche Versammlung der Schriftthauer, welche am 17. d. M. auf Einladung des Vertrauensmannes der Steinarbeiter Berlins bei Wille tagte, hatte sich eines unerwartet starken Zuspruchs zu erfreuen. Wie der Referent darlegte, hat sich in diesem Beruf, begünstigt durch die starke Konkurrenz, die Bohndrucker und Bohnenzüchter zu einem unheilvollen Verhältnis gestaltet. Dazu kommt, daß die Schriftthauer Saisonarbeit ist und eine geregelte Arbeitszeit nicht besteht, vielmehr Tag und Nacht gearbeitet wird. Die Debatte über die einzelnen Geschäfte zeigte, daß in der Bezahlung der Arbeit ein großer Unterschied herrscht. In anbetrach der in Frage kommenden Verhältnisse beschloß die Versammlung, den bisherigen Minimallohn von 23 Pf. pro Buchstabe auf 25 Pf. zu erhöhen und wählte eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Tarifs. Der Tarif wird einer demnächst einzuberufenden neuen Versammlung vorgelegt werden, welche auch die weiteren Beschlüsse zu fassen hat. Diese Versammlung findet am Montag, den 23. d. M., bei Wille Andreasstr. 26, statt.

Die Manipulationen einiger Berliner Großbrauereien und wie verhalten sich die Berliner Gastwirthe dazu? war das Thema einer Versammlung der Gastwirthe, die am 17. März bei Keller, Kopenstraße, tagte. Das Referat hatte der frühere Brauer, jetzt Gastwirth Gärtner übernommen, der eingangs seiner Ausführungen betonte, daß er aus Erfahrung spreche und die Verhältnisse in den einzelnen Brauereien kenne. Redner behauptet, indem er die betreffenden Brauereien namhaft macht, daß im Jahre 1879/80 eine Brauerei ein großes Quantum dunkles Bier eingebracht habe, ohne es nachher an ihre Kunden absetzen zu können, an eine andere Brauerei verkauft hat, die es dann für ihr eigenes Gebräu an ihre Kunden abgab. Bei einer anderen Brauerei, die einen enormen Versandt nach außerhalb zu verzeichnen hat, werden Biere zweierlei Güte hergestellt. Das gute Bier werde zum Versandt und zum Füllen der Flaschen für den eigenen Vertrieb der Brauerei eingebracht, während den Berliner Restaurateuren minderwertiges verabfolgt wird. Verschiedene Brauereien seien so loyal, abgestandenes Restbier von ihren Kunden zurückzunehmen, um es dann mit frischem Bier zu verschnitten und wieder zu verkaufen. In einer Brauerei sollen im Jahre 1891 200 Tonnen saures Bier verschnitten worden sein. Die sogenannten Retourbiere werden fast wie besonders gebräu, sondern kommen auf die Kisten und werden dann wieder verschnitten. Der Redner behauptet weiter, in einer Brauerei sei Bier zum Ausschank gebracht, daß nur fünf Tage lagerte. In Berlin gebe es überhaupt nur eine Brauerei, die ohne Filter arbeitet. Kaum ein einziger Wagen Bier könnte vom Hofe gefahren werden, wenn der Filter, der „eiserne Braumeister“, durch den alles Mögliche gemacht wird, verboten sein würde. Die Wirthe werden, verkaufen sie abgestandenes oder verschnittenes Bier, auf das strengste wegen Nahrungsmittelverfälschung bestraft, während die Brauereien straflos ausgehen. Größtentheils seien es die kleineren Gastwirthe, denen von den Brauereien solch verschnittenes Bier geliefert werde, die dann ohne ihren Willen ihren Gästen, größtentheils Arbeitern, minderwertiges Bier verkaufen. Die Gastwirthe hätten daher alle Ursache naturreines Bier zu verlangen. In der darauf folgenden Diskussion bedauert der Gastwirth Rudolph, daß von den Referenten solche Beschuldigungen gegen die Brauereien, die seines Erachtens alle nur gutes Bier brauen, erhoben worden

sind. Es sei dies um so bedauerlicher, als die Ausstellung nun bald eröffnet werde und jeder Gastwirth sein Bestes thun müsse, um die vielen Gäste auf das Angenehmste zu bewirthen. Redner ersucht die sehr zahlreich anwesenden Vertreter der Presse, von den gemachten Ausführungen des Referenten nichts an die Öffentlichkeit zu bringen, um den guten Ruf, den die Berliner Brauereien genießen, nicht zu schädigen. An der Diskussion theilnehmten sich weiter noch die Gastwirthe Günther, Berndt und Platje. Von den anwesenden Vertretern der Brauereien meldete sich keiner zum Wort.

Zwei Versammlungen des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes tagten am Dienstag Abend. Die Versammlung für Noabit-Wedding war gut besucht. Kollege Timm behandelte das Thema: Was müssen wir thun, um das Errungene zu halten? Die dahingehenden Vorschläge des Referenten fanden allgemeinen Beifall. In der Diskussion wurden mehrere Angaben gemacht über Zwischenmeister der Damen- und Kindermantel-Konfektion, die sich bisher nicht an die Vereinbarungen gehalten haben. Zwischenmeister Keller, Gerichtstr. 2, zahlt für Sachen, die vor dem Streik mit 1 M. bezahlt wurden, nur 10 Pf., für Sachen von 1,20 M. nur 15 Pf. mehr. Dreweß, Plantagenstr. 42, zahlt für Sachen, die vor dem Streik mit 1,10 M. bezahlt wurden, jetzt nur 20 Pf. mehr. Ein Tarif hängt dort nicht aus. Richter, Neue Hochstraße 36, will seinen Tarif aushängen. Richter soll für die Firma Nidelsburg arbeiten, die den Vereinbarungen beigetreten ist. Richter, Müllerstr. 173, zahlt wieder die alten Löhne wie vor dem Streik. Kirchheim, Chauffeestr. 88, zahlt anstatt Sonnabends am Montag, hat keinen Tarif und zahlt nicht den Lohnzuschlag. Für Sachen, die vor dem Streik mit 1,10 M. bezahlt wurden, bezahlt Herr Kirchheim nur 20 Pf., für Sachen, die mit 1,25 M. bezahlt wurden, nur 25 Pf. mehr. Martzgraff, Brunnenstr. 107, hat Kinderjaquets vor dem Streik mit 50 Pf. bezahlt, gleich nach dem Streik zahlte er dafür 60 und 65 Pf., jetzt dagegen nur noch 55 Pf. Förster, Adolfsstr. 4, zahlt die alten Preise und hängt keinen Lohnzettel aus. G. Richter, Panfstr. 50, will den Lohnzuschlag nicht zahlen. 10 Arbeiterinnen haben die Arbeit deshalb hingelegt. Goy, Panfstr. 58, hat keinen Tarif und zahlt auf Sachen, die vor dem Streik mit 1 M. bezahlt wurden, jetzt nur 10 Pf. mehr. Siemann, Vorhingsstraße 33, zahlt die alten Löhne und hängt keinen Tarif aus.

Es wurde von dem Referenten bemerkt, daß sich die Fünfer-Kommission mit allen Fällen beschäftigen und die nötigen Schritte zur Durchführung der Vereinbarungen einleiten werde. Zum Schluß wurde noch auf den neu geschaffenen Arbeitsmarkt hingewiesen und aufgefordert, denselben rege zu benutzen.

In Rixdorf war die Versammlung gut besucht. Das Referat von Fräulein Waader wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion ergänzte Zander, Mitglied der Fünfer-Kommission, die gemachten Ausführungen. Von allen Seiten wurde betont, daß die erzielten Erfolge nur durch ein geschlossenes Zusammenhalten weiter ausgebaut werden können. Alle Zuwiderhandlungen müßten der Fünfer-Kommission, Bureau Alte Jakobstraße 88, mitgeteilt werden.

Die Hausdiener und Väter nahmen in der öffentlichen Versammlung am Dienstag Stellung zu dem am 24. und 25. Mai d. J. in Halberstadt stattfindenden zweiten Verfassungskongreß der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands. Schumann referirte einleitend über die in der Fachpresse vorgeschlagene Tagesordnung des Kongresses. Nach einer eingehenden Debatte, an der sich Kähler, Grauer, Aboldt, Schumann und Klein theilnahmen, gelangen folgende Anträge zur Annahme: Zum Punkt 2 der Tagesordnung haben die Delegirten

Berlin eine Resolution einzubringen, in welcher der zu wählende Vertrauensmann beauftragt wird, ein Denkschreiben über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Bezug abzugeben. Dieses Schriftstück soll später der Reichskommission für Arbeiterstatistik vorgelegt werden. Der dritte Punkt der Tagesordnung soll geändert werden in: Das bürgerliche Gesetzbuch, der Arbeitsvertrag und die Gesinde-Ordnungen. Ein Antrag Kamp - Bauer bestimmt, die Form der Organisation, insbesondere Zentralisation mit Vertrauensmänner-System, beizubehalten. Schließlich verlangt ein Antrag Grauer, für die gegenwärtige Organisationsform einzutreten und zustimmen.

Hier anschließend wird nach langer Geschäftsordnungs-Debatte die Wahl der Delegirten vorgenommen: Gewählt werden als Delegirte für Berlin Kähler mit 77, Pohlitz mit 59 und Schumann mit 40 Stimmen. Die schon während der Wahl sich steigende Unruhe der Versammlung, aus welcher Protest erhoben wird gegen den Wahlmodus, so daß eine wiederholte Wahl stattfindet, wird durch persönliche Schimpfereien eines Anwesenden derartig gesteigert, daß sie zu einer tumultuarischen Szene ausartet und der überwachende Beamte sich erhebt, um die Auflösung anzuordnen. Der Vorsitzende Aboldt vereitelte dies dadurch, daß er die Versammlung schloß, so daß die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht erledigt werden konnten.

Die streikenden Arbeiter der Eisenmöbelfabrik von Carl Schulz, Hasenhaide 9, nahmen am Freitag Vormittag einen Bericht der Lohnkommission entgegen. Die Situation hat sich bisher nicht geändert. Nachdem von der Kommission sowie von den theilnehmenden Gewerkschaften versucht worden ist, Verhandlungen mit den Fabrikanten anzubahnen, bisher allerdings vergebens, sollen weitere Schritte nicht mehr unternommen werden. Herr Schulz wäre jetzt auch nicht mehr in der Lage, die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit mit der Motivierung abzulehnen, daß er nicht der erste Fabrikant sein will, der diese Forderung bewilligt, da ungefähr 80 Metallwarenen-Fabriken diese Arbeitszeit bereits eingeführt haben. Von allen Rednern wurde aufgefordert, den Eifer für die gute Sache auch ferner zu bewahren und von den gestellten Forderungen nicht abzugehen. Unter keinen Umständen sollen die einzelnen Arbeiter mit Herrn Schulz in Unterhandlung treten, sondern dies den Beauftragten überlassen. Allgemein wurde über das Verhalten der Polizei gegenüber den kontrollierenden Arbeitern Klage geführt und behauptet, daß einzelne Eistritungen zu unrecht vorgenommen seien. Von dem Vorsitzenden konnte konstatiert werden, daß kein einziger der zahlreich besuchten Versammlung gewillt ist, die Arbeit aufzunehmen, bevor die Forderungen bewilligt sind. Die nächste Versammlung, die auch die Unterstützungsforderung regeln wird, findet am Montag, den 23. März, nachmittags, bei Aliem, Hasenhaide statt.

Rixdorf. Im hiesigen sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“ sprach am 10. März Dr. Bernheim über das Wesen des Sozialismus. Nach einer kurzen Diskussion, die dem interessanten Vortrag folgte, beschloß die Versammlung, auf die Gräber der Märzgefallenen einen Kranz niederzulegen. Am 22. März veranstaltet der Verein einen Theaterabend, für welchen um recht regen Besuch gebeten wurde.

Friedrichshagen. Mittwoch Abend fand in Müller's Saale eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Bebel einen zweistündigen Vortrag über die März-Gedenktage hielt, der lebhaften Beifall fand. Da keine Gegner sich meldeten, wurde die Versammlung abends 1/11 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Waarenhaus A. Brasch, Berlin SO, Brückenstraße 8, nahe Jannowitzbrücke.

Sonnabend Abend Eröffnung sämtlicher neu eingeführter Artikel in den Abtheilungen der Kurz- und Nähartikelbranche, Putzabtheilung, Besatzartikel, Kleiderstoffe, sämtliche Manufakturwaren, eigene Wäsche- und Schürzenfabrikation zu unerreicht billigen, aber festen Preisen.

20 gleiche Geschäfte in allen Theilen Deutschlands.

Waarenhaus A. Brasch, Brückenstraße 8.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herabdöten bei Bestellung umsonst. Gudel, Bauhzerplatz 2, Elsäßerstr. 12.



Herren-Hüte 65 Pf.

Confirmanden u. bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir

Barnimstr. 45, Müllerstr. 12c. Kastanien-Allee 101.

Jede Hausfrau lusse sich zur Probe Schürzenstoff aus der Weberei der Firma

E. Zühlsdorff & Co., Grüner Weg 119.

Wir empfehlen dem werthen Publikum beude, duntgewebte Stoffe zu Hauschürzen, welche in unserer Fabrik bearbeitet sind. Für die Echtheit der Farben (Indigoblau) können wir garantiren. Nichtkonvenirendes nehmen wir gerne jederzeit zurück. Proben und Muster gratis.

E. Zühlsdorff & Co., Grüner Weg 119, Fabrikhof part. links. Kein Laden. Neu eröffnet.

Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf.

Franz Tutzauer, Tischlermeister, 45128* Berlin SW., Blücher-Str. 14.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert Schuhwaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99 und **Rosenthalerstr. 63/64** verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: **Gringev Verdienst, rascher Umsatz.** — Jedem unserv Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Plüsch-Garnituren, Bancel-Sopha's, Teppiche, Portiären, Gardinen, ganze Wohnungeinrichtungen, auch auf Theilzahlung, mit geringen An- u. Ratenzahlungen bei V. Silberstein, Rosenhallerstr. 49, 1 Tr. 4150*

Neueingetroffen!

Stelle u. weiche Herrenhüte:

Bl. 1,-; 1,50; 1,75; 2,-; 2,50; 2,80; 3,50; 4,-.

Einsegnungshüte, neuestes Japon, Bl. 1,50; 1,75; 2,-.

Elegante Cylinder: Bl. 5,-; 6,-; 7,50; 10,-; 12,-. Kein Laden.

H. Gabriel, Hut-Engros-Geschäft, Grüner Weg 112, a. d. Marktkirche.

Täglich (Sonntags nur von 7-9 Uhr) findet Verkauf von **gek. Rindfleisch** à Pfund 25 Pf. **„ Schweinefleisch,** à Pfund 40 Pf. 46182*

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof.

M. J. Mahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstr. 8. Patentnachsuehung und Verwerthung. 45068* Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Waschanstalt. Erste a. Ort, verb. m. Plättereie und Rolle zu verkaufen. Pr. 1000 M. Gut. Rundschn., vorzügl. Inventar, bewährte Kräfte. **J. Cuescher, Eberwalde.**

Arbeitsmarkt.

Achtung! Metallarbeiter!

Sämtliche Arbeiter der Eisenmöbelfabrik von **Carl Schulz, Hasenhaide Nr. 9,** haben die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Einen Silberschleifer auf große Sachen verlangt Rohrmann, Stall-Schreiberstr. 57. 372b

Glasschleifer auf **Mora-Gläser** verl. 374b **A. Hummel, Blumenstr. 77.**

Schlafst. Fr. Sternberg, Hochmeisterstr. 11.

Rummelsburg.

Junger Verein wünscht stimmbegabte Herren als Mitglieder (1. u. 2. Tenor). Weintritt zum Sängerbund steht bevor. **Uebungsstunden** Mittwoch von 9-11 Uhr Kantstraße 36 bei Ritter. 264/20

Gehrock-Anzug. elegant, große sehr schlanke Figur 880b **Stalitzerstr. 44, Hof r. II.**

Lüchtige und ersparende **Granitpolirer** erhalten in Hamburg lohnende Beschäftigung. Adressen sub H. Qu. 3353 befördert Rudolf Mosse, Hamburg.

Karlton - Arbeiterinnen, Schrämmchen und geübte, verl. 376b **J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.**

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Palmsonntag, den 29. März, im Lokale des Herrn Henke, Raunynstraße Nr. 27:
Großes Vokal- und Instrumental-Konzert
 zum Besten des öffentlichen Unterstützungsfonds der Metallarbeiter, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins der Metallarbeiter „Osten“ (M. d. A.-S.-B.), sowie der Volkshumoristen Gebr. Zmogzin.
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren, die daran theilnehmen, zahlen 80 Pfennige nach.
 Eröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
 Billets à 30 Pf. sind bei allen Werkstatt-Vertrauensleuten und in den Zahlstellen zu haben.
 Um zahlreiche Theilnahme ersucht
Das Komitee. J. A.: Richard Heinrich.

Belle-Alliance-Theater.
 Belle-Alliancestraße 7-8.
 Morgen, **Sonntag, den 22. März, nachm. 3 Uhr:**
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Novität! Zum ersten Male: **Novität!**
Rothe Bettel.
 Schwank in 4 Akten nach einem norwegischen Stoff von Richard Mark. Peter Jon, Bürgermeister Wilhelm Ruff. Norbert, Redakteur, Leo Landeck a. G. Johanna, seine Frau Elise Hättel. Stanislaus Wenzel. Ernst Peterson. Wilsy, seine Tochter Lotte Prosenow. Ubelaide Hedwig Jordan. Adalbert Wolter, Direktor, Paul Hackel, als Gast. Stumpe, Polizeidiener Charl. Cassmann.

Beginn der Verloosung der Billets 2 Uhr.
 Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben; diese Volksvorstellungen sind öffentlich, so daß jeder Zutritt hat. 235/20

Einsegnungs-Anzüge
 in blau, schwarz, Cheviot, Satin, Kammgarn- etc. feinsten Stoffen v. 10-30 M. Streng reelle Bedienung, auch n. Maß i. eleg. Ausf. a. Kottb. Thor, 2. Haus v. der
A. Wormann, Dresdenerstr. 2, Stalitzerstraße.

Herren-Hüte 75 Pf.
 Mustersachen. Vollständig fehlerfrei. Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab
Die Fabrik
 im Comptoir im Comptoir
 Grüner Weg 2, I. Reichenbergerstraße 166.
 im Comptoir
 Chausseestraße 59, I. an der Nordb. Brauerei.
 Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Fordert nur
Tippentriller
 4627L*
 in allen Auschanklokale Berlins.

**Ausstellung für Kochkunst, Volksernährung, Bäckerei, Conditorei und alle verwandten Gewerben vom 21.-29. März Leipzigerstr. 4 (alter Reichstag), vom 21.-24. März Königgräferstr. 132 (fr. Eisenbahn-Vetriebsamt). Eröffnung 21. März, vorm. 11 Uhr. 4630L*
 Täglich: Concert deutscher, schwedischer und ungarischer Kapellen.
 Eintrittspreis am Eröffnungstage 3,-, Sonntag und Montag 1,-. Vereinskarten (30 Pf. Nachzahlung) sind von den verehrlichen Vereinsvorständen im Bureau, Leipzigerstr. 4, unentgeltlich entgegenzunehmen.**

Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof „Börse“
J. Brünn,
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Möbeltischlerei
 11. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in folgender Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Apelt, Tischlermeister, Stalitzerstr. 6.
 Eigene Werkstatt im Hause.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brautwein. alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26
 Kleinverkauf von 10 Pf. ab. 4245L*

Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstrasse Nr. 38.
 Grösste Auswahl der Hutbranche.
 Neueste feine Form „Elegant“, prima Qualität 2,40, 2,80 Mark.
 Großes Sortiment weicher und steifer „schneidiger“ Herrenhüte von 1,75, 2,00, 2,40, 2,75 Mark. 4475L*
 Konfirmanden-Hüte, weich oder steif, von 1,00 Mark an, bis 2,50 Mark.
 Hochleganter Cylinderhut „Ohio“ 7,50 Mark.
 Sonntags von 7-10 und von 12-2 Uhr geöffnet.



Maimarken und Maikarten (Eintrittskarten) in bekannter geschmackvoller Ausführung wie bisher liefert 4647L*
Conrad Müller,
 Schkönditz-Leipzig.
 Muster und Preislisten gratis.

Sonnabend: Resterverkauf.
Anzug- u. Valetostoffe
Brenner & Cie.
 Alte Jakobstr. 57/59.
 Jedes Raack zu Engrospreisen.

Friedrichsfelder Waarenhaus
Joh. Theodor Stenger,
 Friedrichsfelde, Berliner-Strasse 100a.
 Großes Lager in Herren- und Knaben-Garderobe, Hüten, Cravatten, Schirmen, Stöcken, Handschuhen, Eriktotagen und Wäsche. 4505L*
 Spezialität: Arbeiter-Anzüge.

Gardinen-Reste
 ausreichend zu 2-4 Fenstern, spottbillig.
 Einen Posten Portièren 3 Meter lang 1,40.
 Steppdecken mit H. Fehlern, Wollatlas, 2 Meter lang, Handarbeit 4,75. 4652L*
Waarenhaus A. Jost,
 Kottbusjerdaum 5.

Möbelgelegenheitskauf!
 Sehr wichtig für Brautleute. Reelle gute Arbeit, sehr billig. Spinden, Vertikow 55 M., franzöf. Muschelbettstellen 45 M., Säulentrumeaur 65 M., Spiegelspind, kompl. Bettstelle 30 M., Mod. Muschel-Rücheneinrichtung 50 M., Sopha 36 M. Bilder zur Einrichtung gratis. Dresdenorstr. 63, I. Berlin.

Filz- und Seidenhüte
 billigste Quelle Berlins
 eigenes Fabrikat, daher billiger wie beim Wollschneider.
 Fabrik: Schillingstr. 35, part.

Möbel-Ausverkauf,
 passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelspeicher, Neue König-Strasse 69, sollen circa 200 Wohnungs-Einrichtungen, verlassen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise schleunigst verkauft werden. Besonders zu empfehlen in der große Vorrath vertrieben gewesener Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, Ihnen ganze Wirtschaften für 90, 100, 200 M. abzugeben. Ebenfalls hochseine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 2000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung, Kleiderpind 12 M., Komoden, Küchenspind 12, Stühle 2 M., Kuchentisch-Kleiderpind, Vertikow 30 M., Wuschelspinden 25, Bettstellen mit Matragen 18 M., Sophas 18, Säulenspind, Kleiderpind, hochlegant 56, Trumeaur mit Säulen und Krustenglas 60, Goldverbräunung, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibstühle 30, Wuschelarmaturen 60 M., Pianinos, Vanselpianos 75 M., Bücherspinden, Pristrotischen, Chaiselongues, Salon-Garnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster à 3 M. Vollständig ausgestattete und decorirte Salons, Speisezimmer und englische Schlafzimmer fest zur Ansicht. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein entchieden größtes und billigstes Möbellager zu besichtigen und von den neuesten billigen, aber festen Tapeten zu überzeugen. Verkaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Aufwahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt auch nach außerhalb. 1480L*

Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr:
Große Frankfurterstraße 117:
Gr. öffentliche Versammlung
 aller in der Schuhindustrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen **Berlins und der Umgegend.**
 Tages-Ordnung: 1. Der Stand des Streiks in den hiesigen Schuhfabriken. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 169/14
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Agitations-Kommission der Schuhmacher Berlins.

Achtung! Schraubendreher! Achtung!
 Sonntag, den 22. März, vorm. präz. 10 Uhr, im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:
Große öffentliche Versammlung
 aller in Schrauben-Fabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Beschlußfassung über die Neunstunden-Bewegung. 2. Verschiedenes.
 NB. Es ist Pflicht aller in dieser Branche beschäftigten Personen, zu erscheinen, um zu beweisen, daß wir gewillt sind, die zu stellenden Forderungen durchzuführen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet! 280/4
 Der Vertrauensmann: G. Eisenblätter, Eisenbahnstr. 33.

Friedrichsberg-Rummelsburg!
 Montag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Spitzig, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 193:
Oeffentliche Versammlung
 aller in der Textilindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen von Rummelsburg-Friedrichsberg, Stralau u. s. w.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Kampf ums Dasein und die Mittel zur Erleichterung desselben. Referent: Reichstags-Abgeordneter Friedrich Darm (Eberfeld). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**
 NB. Arbeiter und Arbeiterinnen auch anderer Verufe sind zu dieser Versammlung eingeladen. 197/11

Große Berliner Schneider-Akademie
 Berlin C., Rothes Schloß nur Nr. 1.
 Seit 1880 in denselben Räumen. Größte und besuchteste Fachschule, garantiert gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäsche Schneideri. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Man beachte genau unsere Firma u. Haupteingang: nur Nr. 1. 4188L*
 Die Direktion (früher Kuhn).

Einsegnungs-Anzüge
 in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Zum rothen Cylinderhut!
Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarke.
Große Auswahl in 14642L*
 Schirmen und Strohhüten.
W. Zapel,
 Skalitzerstr. 131
 neben Frister & Rossmann.

Waldemarstr. 44
 parterre rechts im Comtoir, zwischen Elisabethufer und Walbertstraße ist die billigste Bezugsquelle für **Herren- und Knaben-Filzhüte.**
 Knabenhüte von 1,- M. an
 Herrenhüte 1,50
 Cylinderhüte 4,-
 Einsegnungshüte 1,25
 Nur moderne fehlerfreie Waare.
 Größte Auswahl! Kein Laden!
 Auch Sonntags geöffnet.
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.

Wegen Liquidation
 des hiesigen Lagers der **Export-Compagnie für deutschen Cognac** verkaufe ich die Vorräthe zu erheblich ermäß. Preisen und mache besonders auf die vorzügl. abgel. Cognacs in mittleren und besseren Marken
 à M. 1,40, 1,60, 1,80, 2,00, 2,25 per Liter oder 1/2 Fl. aufmerkham. 4579L*
Siegfr. Zickel, Berlin SO., Brüdenstr. 10a.

Nordhäuser
 1 Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit 1/2 Korn (verschied. gemischt) 1/2 Mark ohne 1/2 Korn, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
 38b. **Carl Schindler, Chausseestr. 55.**

Grünau. Gastwirthschaft Grünau.
 von **Gustav Lindenhayn, Friedrichstraße 2.**
 Garten - Kegelbahn - Kleiner Saal mit Piano. Verkehrslokal des Arbeiter-Bildungs- und Arbeiter-Gesang-Vereins.
Grünau. Grünau.

Altes Schützenhaus, Finienstraße 5,
 empfängt seine Gäste
 Neu eröffnet: Naturgarten, Sitzplätze für 300 Personen fassend.
 Sonnabende im April, Mai, Juni, Juli etc. noch frei. 326b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Westen und Südwesten. Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, bei Zubeil, Lindenstraße 106:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil über: Was lehrt uns der letzte Streik? 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. 276/3

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Zur Beachtung der Beitragsämmler!

Die Marken- und Süderausgabe besorgt von heute ab der 2. Bevollmächtigte H. Kunze, Reichenbergerstr. 50, 1 Tr.

Verband der Möbelpolierer.

Nächsten Montag Abend 8 Uhr, im Saale des „Märkischen Hofes“, Admiralstraße Nr. 180:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Beseitigung des Privateigentums. Referent: Genosse B. Pörsch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

Die Kollegen, welche mit ihren Beiträgen restituieren, werden ersucht, dieselben heute Abend in den Zahlstellen zu begleichen. — Willets zur Urania à 80 Pf. sind daselbst zu haben. 148/5

Der Vorstand.

Möbelpolierer.

Nachstehende Werkstätten sind von den Kollegen streng zu meiden: Mathuse, Admiralstr. 18. Jänike (Büh), Bürgerstr. 16. Aufran, Brunnenstraße 98. C. Krüger u. Comp., Eisenbahnstr. 30b. Fischer, Forsterstr. 4. Salzmann, Frankfurter Allee 143. Bolle, Gerichtstr. 72. Derford, Heinersdorfer Weg 8. Gerkenhorn, Grüner Weg 105. Werner, Langestraße 91. Cnigan, Maibach-Ufer 3. Tigen (Weißensee), Prenzlauer Allee 12. P. Dnan, Zwischenmeister Straße 10. Rübensdorferstr. 28 u. 47. Baumgart, (Weißensee), Charlottenburgerstr. 81. Köfener, Weinstr. 6. Berend, Wienerstraße 31. Kienow, Wollmerstr. 27a. Görschner, Wienerstr. 44. Seibel, Wienerstr. 57a. Rübens, Königsbergerstr. 29. Tirolf, Langestraße 85. Schneider, Reichenbergerstr. 125. Freistenstein (Weißensee), Königs-Chaussee Nr. 65. Frister u. Hoffmann, Stalischerstr. 184/85. Lucat u. Weibelberg, Cuvrystr. 46. Schoy, Mariannenstr. 81/82. Laborenz (Nigdorf), Knefsebeckstraße.

Kollegen! Von obigen 27 Werkstätten sind nur einige ernst zu nehmen, denn die Mehrzahl sind so klein, daß die Arbeit von den Meistern und Lehrlingen gemacht wird, also gar keinen Polierer brauchen, nur bei einigen, und zwar den letzten drei Firmen haben sich Streikbrecher gefunden, die wohl die Fabrikanten trögen, aber nicht lieferungsfähig machen können. 3 bis 4 Streikende sind noch zu unterstützen, also vergeßt den Streikfonds nicht. 148/6

Die Kommission.

Metallarbeiter!

Sonntag, den 22. März, vorm. 10 Uhr, im „Feen-Palast“, Burg- und Wolfgangstrahlen-Gde:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes.
2. Neuwahl der Vertrauensmänner.
3. Die Lohnbewegung der Klempner.

Die Kollegen werden um zahlreiches u. pünktl. Erscheinen ersucht.

Achtung, Klempner!

Die Forderungen sind noch von folgenden Firmen bewilligt worden: Steinborn, Chausseestr. 18; Kächler, Kaiserstr. 46; Jahn, Brunnenstr. 181; R. Schweigler, Kurfürstenstr. 15; H. Hundt, Markussstraße 22; Scheithauer, Schöneberg; Blakowsky, Groß-Lichterfelde; Weltzmann & Cie., Blumenthalstraße 8; Schäfer Nachf., Dreßdenerstr. 97; Gebr. Mechnig, Alexandrinenstraße; Schmidt, Prinzessinnenstr. 15.

Insgesamt haben 66 Werkstätten mit 997 Arbeitern bewilligt.

In folgenden Werkstätten befinden sich die Kollegen im Ausstand:

F. A. Schulze, Fehrbellinerstraße. Lautenschläger, Oranienburgerstraße 64. Kersten Nachf., Simeonstr. 13. Aktiengesellschaft vorm. Butzke, Ritterstraße. O. Vogel, Andreasstr. 32. Vogt & Uerpman, Tempelhofer Ufer 23. Isidor Schwarz, Liniestr. 154a. Heise, Kleine Rosenhalerstr. 10. Saager, Kopenstr. 81. Simonson, Neue Steinmehlr. 2. C. Vogler, Prinzessinnenstr. 5. Blas, Liniestr. 177. Schultze & Kupczyk, Wilhelmstr. 48. Müller, Münchebergerstr. 33. Labs, Amalienstr. 17. E. Heinicke, Köpnickstr. 88a. Mäselor, Alexandrinenstr. 108. Schulz, Blumenstraße 74. Harting, Stallschreiberstr. 9. Clemens, Gleimstr. 18. Sohn, Nigdorf, Richard-Platz 11. Kunitz, Mariannen-Platz 12. Bock, Kastanen-Allee 36. Gustav Schwarz, Liniestr. 154a. Schulz, Ackerstr. 114. Wendt, Thurmstraße 84. Gebr. Kopps, Reichenbergerstraße 47. Kasse, Sühowstr. 44. Alschölsky, Alexandrinenstr. 23. Textor, Landsberger-Allee 50. Quandt, Jadenstr. 80.

Insgesamt 30 Werkstätten mit 291 Kollegen.

Zugang ist fernzuhalten.

Das Streikbureau befindet sich Annenstr. 16 und ist geöffnet von früh 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

Otto Naether, N., Anklamerstraße 44. 280/6

Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.

Am Dienstag, den 24. März 1896, abends 8 1/2 Uhr,

Brauchen-Versammlung

der Former u. Giessereiarbeiter im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die eingelaufenen Fragebogen und wie stellen sich die Kollegen dazu? 2. Bericht über die Erfolge in verschiedenen Metallgießereien. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten u. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 122/17

Der Vorstand.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Dienstag, den 24. März, abends 6 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in Fey's Lokal, Brunnenstraße Nr. 184.

Tages-Ordnung:

Die Einigung der Kollegen Berlins.

Wir bitten, für den Besuch dieser Versammlung recht rege agieren zu wollen. 193/10

Die Kommission.

Zentralverein der Bildhauer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Mitglieder

der Holzbildhauer

Felix Peisert, Berlin,

und der Steinbildhauer

Paul Steiger, Potsdam,

verstorben sind.

Die Beerdigung des ersteren findet

Sonntag nachmittags 1/2 4 Uhr auf

dem Begräbnisplatz der St. Pius-Gemeinde in

Wilhelmsberg statt, die des

Koll. Steiger auf dem Begräbnis-

platz in Potsdam, hinterm Bahnhof.

Um rege Beteiligung ersucht

22/16 Der Vorstand.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle

der

Metallarbeiter.

(E. S. 29, Hamburg.)

(Filiale Berlin VI.)

Montag, d. 23. März, abends 8 1/2 Uhr,

Ackerstr. 123 b. Marien (Gartenfaal)

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wahl der Delegierten zur General-

Versammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Er-

scheinen ersucht

119/7 Die Ortsverwaltung.

NB. Die Wohnung des Bevollmächt.

Emil Schmittau befindet sich v. 1. April

Ufedomstr. 32, Portal 2 v. III Tr.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter.

(E. S. 29 Hamburg, Filiale Berlin V.)

Mitglieder-Versammlung

am 22. März, vorm. 10 Uhr, in der

Bronnenbrauerei (oberer Saal), Alt-

Moabit 43/45.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.

2. Neuwahl des Vertrauensrates.

3. Wahl der Delegierten zur Gene-

ral-Versammlung.

4. Verschiedenes.

119/6 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkaße

der Maschinenbau-Arbeiter und

verwandten Gewerbe in Berlin.

Der Erlass des Herrn Oberpräsi-

denten vom 7. August 1895 betreffend

die Herabsetzung der Krankenunter-

stützungsdauer auf 13 Wochen und des

Sterbegeldes auf den zwanzigfachen

Betrag des durchschnittlichen Tage-

lohnes (siehe V. Nachtrag) ist unterm

17. März d. J. (Z.-Nr. D. P. 4014)

wieder aufgehoben worden.

Es tritt somit der III. Nachtrag und

in betreff des Sterbegeldes § 18 des

Statuts wieder in Kraft.

Berlin, den 19. März 1896.

Der Vorstand. 381b

Hans Zeyssig, H. Steinfeldt.

Genossenschafts-Buchdruckerei

(Eingetr. Gen. mit beschr. Haftung)

in Solingen.

Sonntag, den 29. März 1896,

nachm. 6 Uhr, im Lokale des Wirtes

Herrn Karl Ern zu Solingen (Wehr-

wolf): General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Erklärung über die

statutgebundene amtliche Revision. 2. Ge-

schäftsbericht. Vorlage der Bilanz pro

1895. 3. Beschlussfassung über die Ver-

wendung des Geschäftsgewinns. 4. An-

träge. 5. Anträge: a) Ausschluss von

Mitgliedern; b) Änderung der

Satzungen; 6. Stellungnahme zur pro-

jektirten Uebernahme der „Vergifteten

Arbeiterstimme“. 65b

Der Aufsichtsrath.

Stimmeneinheit

wird selten in dem Maße erzielt,

als in dem Urtheil über die

gute Wirksamkeit des Opal-

Flaschenwässers.

Opal-Flaschenwasser nimmt

jeden Fleck und schädigt selbst

die zartesten Gewebe in keiner

Weise; es ist weder giftig noch

feuertödtlich und nach ein-

stimmigem Urtheil aller Kon-

sumenten das beste und billigste

Fleckenreinigungsmittel der Welt.

Benzin dagegen hinterläßt Rän-

der, riecht unangenehm und ist

feuertödtlich.

Preis 30, 50 und 90 Pf. Er-

hältlich in Drogeriehandlungen.

Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7.

Mein Saal mit Nebenräumen noch

einige Sonnabende zu vergeben. [4260L*

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 1/2 Uhr:

2 große öffentliche Versammlungen

der Holz- u. Bretterträger

sowie sämtlicher Bretterschneider Berlins u. Umg.

in Nieff's Festsälen, Weberstraße 17, und in

Meier's Festsälen, Müllerstraße 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Zweck und Ziele unserer Organisation. (Die

Referenten werden in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion.

3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in diesen zwei

öffentlichen Versammlungen Mann für Mann zahlreich und

pünktlich zu erscheinen. 84/14

Der Einberufer.

Achtung! Bilderrahmenmacher! Achtung!

Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in der

Bilderrahmen-Branche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen

bei Zauermann, Adalbertstr. 8.

(Referent und Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.)

Pünktliches Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. 44/7

Der Einberufer.

Stellmacher.

Sonntag, den 22. März, vorm. 1/2 10 Uhr, im Lokale

von Noack, Brunnenstr. 16:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 159/16

2. Berichterstattung über die Lage des Streiks.

3. Verschiedenes.

Um rege und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Lohnkommission. J. A.: Friedr. Michels, Sebastianstr. 1, v. 4 Tr.

Lackierer!!!

Sonntag, den 22. März cr., vorm. 9 Uhr, im „Englischen

Garten“, Alexanderstrasse 27c:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht der Lohnkommission über den Stand des Streiks und weitere

Mahnahmen zu demselben.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist durchaus notwendig.

Die Lohnkommission. J. B.: B. Semisch.

Allgemeine Orts-Krankenkaße gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Da die am 8. Dezember v. J. stattgehabten Delegiertenwahlen in der

I, III und IV. Abtheilung infolge von eingereichten Protesten wegen vor-

gekommener Unregelmäßigkeiten von der Aufsichtsbehörde — für diese drei

Abtheilungen — für ungültig erklärt worden sind, so muß am Sonntag, den

29. März d. J., vormittags 9 Uhr, eine Neuwahl stattfinden.

Die Mitglieder dieser Abtheilungen werden daher ergebens ersucht,

1. der Abtheilung I, alle im Südosten und Süden Beschäftigten, im

Lokal von Henke, Tauentzstraße 27, sich zur Wahl von 68 De-

legierten einzufinden;

2. in der Abtheilung III, alle im Norden und Nordwesten Beschäftigten, im

Lokal von Schröder, Müllerstraße 178, zur Wahl von 58 De-

legierten;

3. in der Abtheilung IV, alle im Osten und Nordosten Beschäftigten, im

Lokal von Haase (Königsbank), Große Frankfurterstraße

Nr. 117, zur Wahl von 50 Delegierten einzufinden.

Die Herren Arbeitgeber und die Mitglieder aus den Abtheilungen II

und V wählen nicht.

Für diese Eintheilung sind die Bezirke der Reichspost (§ 49 des Statuts)

maßgebend.

Die Wahl ist geheim. Abgabe der Stimmzettel daher von 9 bis 1 Uhr.

Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als oben die Zahl für

die einzelnen Abtheilungen angegeben ist; ferner müssen die Stimmzettel ent-

halten: Vor- und Zunamen, die Wohnung, die Buchnummer und den

Betriebsort der zu Wählenden. Stimmzettel, welche obige Angaben nicht

enthalten, sind ungültig.

Um 1 Uhr wird der Wahlakt geschlossen und die Ermittlung des

Wahlergebnisses beginnt.

Wahlberechtigt und wählbar sind männliche und weibliche Mitglieder,

welche großjährig (21 Jahre) und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Das Legitimationsbuch ist am Eingang des Wahllokals und bei Abgabe

des Stimmzettels vorzuzeigen.

Die Herren Arbeitgeber und Betriebsunternehmer werden dringend

ersucht, den Mitgliedern ihre Legitimationsbücher zum Zweck der Wahl aus-

zuhändigen.

Berlin, den 16. März 1896.

Der Vorstand.

H. Haeger.

264/19

Achtung, Glasarbeiter!

Montag, den 23. März, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Berliner Glasarbeiter zur Forderung eines einheit-

lichen Lohns?

2. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.

3. Gründung einer Filiale der Hilfskasse in Meissen. 379b

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Achtung! Steinarbeiter Berlins und Umgegend!

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr,

im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung. 2. Vortrag des Genossen Kessler über „Nutzen der

Abkürzung der Arbeitszeit“. 3. Verschiedenes. 207/3

Der Vertrauensmann: J. Buchmann, Fiedrichstr. 38.